

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Europa-Lüge

In wenigen Wochen wird man den angeblichen Siegeszug der „europäischen Idee“ feiern. Ein wichtiger Abschnitt „auf dem Weg nach Europa“ sei mit der Eingliederung von zehn Anwarter-Staaten, deren nationale Souveränität damit de facto untergeht, zurückgelegt worden, wird man verkünden und den Triumph des Gedankens der „europäischen Integration“ hochleben lassen. Besonders in Berlin dürften die Sektkorken knallen. Denn für den deutschen Imperialismus lohnt sich das als Eiapoepia ausgegebene europäische Schlachtfest allemal: Er hat einen Teil seiner unter Hitler mit kriegerischen Mitteln erfolglos verfochtenen Ziele auf vorerst friedliche Weise (sieht man von Jugoslawien ab) erreichen können. Jetzt ähnelt die osteuropäische Landkarte fast schon der Generalstabskarte verflossener Monokel-Marschälle. An der Spree setzt man darauf, daß das vereinigte Europa der Monopole ein Erdteil unter deutscher Führung werden soll, wenn man auch die Ansprüche anderer – vor allem des französischen Imperialismus – in Rechnung stellen muß. Ziel aber ist die Einheit der Schafe im Magen des Wolfes. Was als Integration ausgegeben wird, heißt in Wahrheit Vereinnahmung. Schon erweist sich das deutsche Kapital als dominierende Kraft in der Wirtschaft der meisten ost- und südosteuropäischen Länder. Der größte Brocken Europas fehlt allerdings noch. Denn der Kontinent reicht ja bekanntlich bis zum Ural und zum Kaukasus. Die Ukraine, Belarus, Rußland sollen zunächst umschlichen, eingekreist und ökonomisch sturmreif geschossen werden. Ob diese Revanche für Stalingrad gelingt?

Das ganze Gerede von der europäischen Einheit, deren höchster Ausdruck die EU sei, ist nichts als Schall und Rauch. Das Maastricht-Abkommen und alles, was ihm folgte, zielt allein auf die Einverleibung kleinerer und schwächerer „Partner“. Wehe, jemand tanzt – wie im Falle der sogenannten europäischen Verfassung – aus der Reihe. Da wird gleich mit der Peitsche geknallt. Wir haben noch gut im Gedächtnis, wie Schröder nach dem leichten Aufmucken Polens und Spaniens in der Verfassungsfrage sofort das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ im Munde führte. Wer das rasante Tempo der Annexion des halben Kontinents nicht mitmachen wolle und sich gar gegen die schwerere Gewichtung der deutsch-französischen

Stimmen in der EU-Exekutive wehre, werde abgehängt und müsse dem Spitzenfeld hinterherjagen. Schon fordert die Bundesregierung (oder besser: das Deutschland der Hundts und Rogowskis) einen Wirtschafts-„Superkommissar“ Verheugen im künftigen EU-Ministerrat! Natürlich gibt es nicht nur bei den Einzuverleibenden, sondern auch bei den Dresurreitern in Berlin und Paris Befürchtungen, die hitzige Anschlußoperation könne sich auf die „alte EU“ negativ auswirken. Als die Monsterverfassung, die Kriegsabenteuer und Hochrüstung gestattet, die Nationalstaatlichkeit der „Integrierten“ zerschlägt, unter der EU-Präsidentschaft des Halbfaschisten Berlusconi nicht auf Anhieb zustande kam, verkündete Konzernjournalist Udo van Kampen am 13. 12. 2003 im ZDF: „Lieber ein Kerneuropa als ein unübersichtlicher Moloch!“ Er hielt sich damit gewissermaßen an Adenauers bekannte Devise „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze halb“.

Ab 1. Mai 2004 wird es drei Klassen von Europäern geben: In der ersten fahren die Dompteure aus „Kerneuropa“, in der zweiten die Hiwis aus den unterworfenen Handlanger-Staaten und in der dritten jene, die als Ausgeschlossene vor der EU-Tür stehen.

Bleibt die Frage: Was dagegen tun? Ohne Zweifel kommt es darauf an, in jedem einzelnen Land und im kontinentalen Maßstab Widerstand zu leisten. Dabei ist das Zusammenwirken kommunistischer, sozialistischer und anderer antiimperialistischer Kräfte unerlässlich. Es darf jedoch keinerlei Orientierung an den Strukturen der EU geben und schon gar nicht im Rahmen von ihr für die Gründung gesamteuropäischer Parteien bereitgestellter „Fördermittel“. Die Hauptform des Reagierens und der Aktion muß der außerparlamentarische Kampf bleiben. Er richtet sich direkt gegen das imperialistische System. „Europa wird entweder kapitalistisch oder sozialistisch vereinigt sein. Es gibt keinen dritten oder einen mittleren Weg“, bemerkte Aleka Papatriga, die Generalsekretärin der KP Griechenlands (KKE) zur Zukunft der Europäischen Union. Die kommunistische Bewegung müsse die innerimperialistischen Widersprüche nutzen und auf die Veränderung des sozialen und politischen Kräfteverhältnisses, auf eine Niederlage des Europas der Monopole hinarbeiten.

Klaus Steiniger



INHALT

Erinnern an Immanuel Kant	S. 2
Zwiesprache mit Lenin	S. 3
Ein Daimler-Betriebsrat im RF	S. 4
Die DDR und die Wohnungsfrage	S. 5
Der Superhai: Horst Köhler	S. 6
Torkeleien und Türkeleien	S. 6
Gescheiterte Bilderstürmerei	S. 7
Blaublütiges aus Thüringen	S. 7
Herrn Timms „Dschungelheime“	S. 8
Der Überwachungsstaat	S. 9
Sprung auf, marsch, marsch	S. 10
Unsere ABF (2)	S. 11
Die Münchner Räterepublik	S. 12
Mißbrauch Rosa Luxemburgs	S. 13
Zur Glaubensfrage	S. 14
Ich war Mitglied der NDPD	S. 15
„Volkskontrolle“ in der	
Bautzner Straße	S. 16
Weg mit der Schandtafel!	S. 17
Ein Späher in der Park Avenue	S. 17
Huseyin Yildirim ist frei	S. 17
Neuer RF-Kessel	
Chemnitz/Zwickau/Plauen	S. 18
Antwort an den Leser G. D.	S. 18
Torgau: Geschichtsrevisionismus	S. 19
Gerhard Schmidt: Das Kapital	S. 20
Hochrüstungs-Maut	S. 20
Berlusconis großes Fressen	S. 21
Wiederbegegnung mit Vietnam	S. 22
Wer die Schuldner sind	S. 23
Frankreich: Pol kommunistischer	
Wiedergeburt	S. 24
CIA stürzte Aristide	S. 24
Kerry gegen Bush	S. 24
Syrien: Kommunisten regieren mit	S. 25
Venezuelas Ölwanne	S. 25
KPRF: Zweiter Platz	
bei Präsidentschaftswahlen	S. 25
KKE: Prinzipienfestigkeit belohnt	S. 25
Spanien: Kriegspartei abgeblitzt	S. 25
Michael Mäde trommelt Alarm	S. 26
Der Colonel von Cattenberg	S. 26
Erinnern an Bodo Uhse	S. 27
Zum Tod des marxistischen	
Historikers H.-J. Krusch	S. 27
Trauer um Gerhard Bengsch	S. 27
¡Presente!	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

280 Jahre nach der Geburt des Aufklärungsphilosophen Immanuel Kant

Durch Vernunft zum Frieden

200 Jahre nach Immanuel Kants Todestag am 12. Februar 1804 und 280 Jahre nach seinem Geburtstag am 22. April 1724 wird des großen Philosophen der Aufklärung auf vielfältige Weise gedacht.

Hier soll an Gedanken und Pläne Immanuel Kants erinnert werden, die höchst aktuell sind und in anderen Besprechungen kaum eine Rolle spielen. Es handelt sich um das Traktat „Zum ewigen Frieden“ (1795), das sich aus Kants kategorischem Imperativ logisch ergibt: Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne. Die Idee vom „ewigen Frieden“ war für Kant keine unerreichbare Utopie, sondern das Ergebnis vernünftigen, ethischen und gesetzlichen Handelns. Er wandte den Grundsatz der Aufklärung, wonach sich jeder Bürger seines Verstandes bediene und aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit befreien solle, auf die internationalen Beziehungen der Staaten an. Bei Kant ist zu lernen, daß es in der Frage Krieg – Frieden keine Alternative zur Vernunft gibt. Seine Botschaft lautet, auf eine Kurzformel gebracht: durch Vernunft zum Frieden. Die Botschaft des Philosophen aus Königsberg steht in unversöhnlichem Widerspruch zur Unvernunft und Unmoral der Politik der Herrschenden. Kant konnte noch nicht die sozialökonomischen Grundlagen von Kriegen erkennen. Er setzte auf die Verbesserungsfähigkeit des Menschengeschlechts. Und in seinem Essay „Zum ewigen Frieden“ entwickelte er eine Art Plan, wie in einem langen historischen Prozeß mit Hilfe vernünftiger Gesetze und Verhaltensnormen der Krieg aus der Geschichte verbannt werden könne. Prüfen wir seine Vorschläge und Argumente unter aktuellen Gesichtspunkten:

1. „Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden.“ Anderenfalls würde es sich um einen bloßen Waffenstillstand handeln, der künftige Feindseligkeiten nicht ausschließt und Vorwände für kommende Kriege liefert. Wie viele Beispiele für die Richtigkeit dieser Erkenntnis brachten die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts?

2. „Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß, das gilt hier gleichviel) von einem anderen Staate durch Erbung, Tausch, Kauf oder Schenkung, erworben werden können.“ Das muß so sein, weil der Staat „eine Gesellschaft von Menschen“ ist, „über die niemand anders als er selbst zu gebieten und zu disponieren hat“. Frieden verlangt also den Verzicht auf Intervention, Aggression und Okkupation – aus Gründen der Vernunft. Kant verurteilt auch „die Verdingung der Truppen eines Staates an einen andern ..., denn die Untertanen werden dabei als nach Be-

lieben zu handhabende Sachen gebraucht und verbraucht“.

Wird nun aus „Juchhe, nach Amerika!“ (Schiller: Kabale und Liebe) die Losung: Weltweit (zunächst am Hindukusch) vorwärts für die Interessen der USA-Administration? Worin bestünden „deutsche Interessen“?

3. „Stehende Heere (miles perpetuus) sollen mit der Zeit ganz aufhören.“ Keiner von den Gründen, die Kant vortrug, hat sich erledigt. Heere bedrohen andere Staaten, provozieren zum Wettrüsten, verursachen schon im Frieden drückende Lasten und führen dazu, daß Menschen als Söldner Tötungswerkzeuge werden.

4. „Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden.“ Kant, der die „Geldmacht“ als das „sicherste Kriegswerkzeug“ betrachtete, warnte vor einem „Kreditsystem“, das zur Verschuldung führt und schließlich „Industrie und Erwerb“ zugrunde richtet. Der unvermeidliche Staatsbankrott füge auch anderen Staaten schweren Schaden zu. Muß diese Wahrheit Deutschen nach den ökonomischen und finanziellen Katastrophen, die Rüstung und Kriege zur Folge hatten, mit „neuen“ Erfahrungen eingebleut werden?

5. „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen.“ Selbst „Skandale“ in einem anderen Staat sind für Kant kein Grund zum Eingreifen, weil damit der „innere Streit“ geschürt, die Intervention also selbst zum „Skandal“ wird. Die aktuellen imperialistischen Interventionen (Jugoslawien, Afghanistan, Irak u. a.) dürften genügend Anschauungsmaterial für die Richtigkeit der Kantschen These liefern.

6. „Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen: als da sind, Anstellung der Meuchelmörder (percussores), Giftmischer (venefici), Brechung der Kapitulation,

on, Anstiftung des Verrats (perduellio) in dem bekriegten Staat usw.“ Für Kant gilt, daß zwischen Staaten kein „Bestrafungskrieg“ (bellum punitivum) gerechtfertigt ist, weil es zwischen ihnen kein Verhältnis von oben und unten geben kann. Die Folge von „Bestrafungskriegen“ könne nur sein, daß der ewige Frieden auf dem großen Kirchhofe der Menschengattung stattfinden würde. Wie buchstäblich diese Warnung angesichts der heutigen Waffensysteme Wirklichkeit werden könnte, hat Kant sicherlich nicht geahnt.

Er schloß seine Betrachtung „Zum ewigen Frieden“ mit dem Appell an alle Menschen, die von ihm dargestellten Prinzipien als Aufgabe zu betrachten, „die nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele (weil die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden) beständig näherkommt“.

Mit der Marxschen Inauguraladresse, mit Bertha von Suttners „Die Waffen nieder!“, mit dem Kampf von Liebknecht und Luxemburg wurden Kants Ideen weitergetragen. Mit dem Leninschen Dekret über den Frieden, dem ersten der Sowjetmacht, sollte das Denken Kants Staatspolitik werden, mit der UNO-Charta und vielen Konventionen wurde es das Grundgerüst des Völkerrechts.

Aber 200 Jahre nach Kants Tod herrschen noch immer jene Kräfte, die nicht den Prinzipien der Vernunft, des Rechts und der Moral folgen, sondern das Faustrecht praktizieren, weil das dem Klassenwesen des Imperialismus entspricht. Wenn die Bush und Schröder als dessen Sachwalter auf die Prinzipien und Pläne Kants pfeifen, muß das Gedankengut der Aufklärung, vor allem Kants über Wege zum „Ewigen Frieden“, von den Kriegsgegnern genutzt werden. Sollten sich die Herrschenden erdreisten, den Namen des großen Philosophen in den Mund zu nehmen, dann wäre das mehr als Blasphemie.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider



Was der große proletarische Strategie dem „RotFuchs“ antworten würde

Zwiesprache mit Lenin

Am 22. April jährt sich zum 134. Male der Geburtstag W. I. Lenins. Fragen wir ihn in einem fiktiven Interview, was er zu Themen unserer Zeit zu sagen hätte.

Worin besteht die welthistorische Bedeutung der Lehre von Marx?

Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung. Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat. (LW 19, S. 3 f.) ... Erst sie hat den Sozialismus aus einer Utopie zur Wissenschaft gemacht, hat diese Wissenschaft auf feste Grundlagen gestellt und den Weg vorgezeichnet, der beschränkt werden muß, um diese Wissenschaft weiterzuentwickeln. ... Sie hat das Wesen der modernen kapitalistischen Wirtschaft aufgedeckt. ... Sie hat gelehrt, unter der Hülle eingewurzelter Sitten, politischer Intrigen, verzwickter Gesetze, schlaue erdachter Lehren den *Klassenkampf* zu sehen. ... Sie hat die wirkliche Aufgabe der revolutionären sozialistischen Partei klargelegt: nicht Pläne zur Umgestaltung der Gesellschaft zu erfinden, nicht den Kapitalisten und ihren Lakaien Predigten zu halten über eine Verbesserung der Lage der Arbeiter, nicht Verschwörungen anzuzetteln, sondern den *Klassenkampf des Proletariats zu organisieren und diesen Kampf zu leiten, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Organisierung der sozialistischen Gesellschaft ist.* (LW 4, S. 204 f.)

Manche „linke“ Partei bezieht sich in ihrem Programm auch auf Eduard Bernstein, der bisher als Vater des Opportunismus in neuer Zeit gesehen wurde ...

Und nun fragen wir: Was haben denn jene großmäuligen „Erneuerer“ der Theorie, die sich um den deutschen Sozialisten Bernstein gruppieren ..., Neues zu dieser Theorie beigetragen? *Rein gar nichts:* Sie haben die Wissenschaft, deren Weiterentwicklung uns das Vermächtnis von Marx und Engels zur Pflicht macht, nicht um einen Schritt vorwärtsgebracht; sie haben das Proletariat keine neuen Kampfmethoden gelehrt; sie sind lediglich zurückgegangen, haben Bruchstücke rückständiger Theorien übernommen und predigen dem Proletariat keine Theorie des Kampfes, sondern eine Theorie der Nachgiebigkeit ... gegenüber seinen ärgsten Feinden, den Regierungen und den bürgerlichen Parteien, die nicht müde werden, neue Mittel zur Hetze gegen die Sozialisten ausfindig zu machen. (Ebenda)



Wie muß sich die revolutionäre sozialistische Partei zur Theorie von Marx verhalten?

Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln *müssen*, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen. (LW 4, S. 205 f.)

Unsere Lehre, sagte Engels von sich und seinem berühmten Freund, ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. In diesem klassischen Satz ist mit wunderbarer Kraft und Prägnanz jene Seite des Marxismus hervorgehoben, die sehr oft außer acht gelassen wird. Wenn wir sie aber außer acht lassen, machen wir den Marxismus zu einer einseitigen, mißgestalteten, toten Lehre, nehmen wir ihm die lebendige Seele, untergraben wir seine fundamentale theoretische Grundlage – die Dialektik, die Lehre von der allseitigen und widerspruchsvollen historischen Entwicklung, untergraben wir seinen Zusammenhang mit den bestimmten praktischen Aufgaben der Epoche, die sich bei jeder neuen Wendung der Geschichte ändern können. (LW 17, S. 23)

Die linken revolutionären Parteien werden von den bürgerlichen Ideologen und Politikern seit eh und je als eine in der Geschichte überflüssige Erscheinung verteufelt. Welche Rolle spielt die revolutionäre Partei im Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten?

Ohne eine eiserne und kampfgeästelte Partei, ohne eine Partei, die das Vertrauen alles dessen genießt, was in der gegebenen Klasse ehrlich ist, ohne eine Partei, die es versteht, die Stimmung der Massen zu verfolgen und zu beeinflussen, ist es unmöglich, einen ... Kampf erfolgreich zu führen. (LW 31, S. 29)

Ich stehe ... auf dem Standpunkt, daß eine politische Partei im allgemeinen und die Partei der fortgeschrittensten Klasse im besonderen keine Existenzberechtigung hätte, daß sie unwürdig wäre, als Partei zu gelten, und in jeder Hinsicht ein klägliches Nichts wäre, wenn sie, ist einmal die Möglichkeit der Machtübernahme gegeben, auf diese Macht verzichten wollte. (LW 26, S. 72 f.)

Ob jedoch eine Partei wirklich eine politische Arbeiterpartei ist oder nicht, hängt nicht nur davon ab, ob sie sich aus Arbeitern zusammensetzt, sondern auch davon, wer sie führt und was der Inhalt ihrer Aktionen und ihrer politischen Taktik ist.

Wie die Geschichte lehrt, ist auch keine revolutionäre Partei vor Fehlern in ihrer Politik gefeit. Wie soll sich diese Partei zu ihnen verhalten?

Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die *tatsächliche* Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer *Klasse* und den werktätigen *Massen*. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernstesten Partei. ... (LW 31, S. 42)

Für die Politik und die Partei gilt – mit entsprechenden Änderungen – dasselbe, was für einzelne Personen gilt. Klug ist nicht, wer keine Fehler macht. Solche Menschen gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist, wer keine allzu wesentlichen Fehler macht und es versteht, sie leicht und rasch zu korrigieren. (LW 31, S. 20)

Für die kämpfende Partei der fortgeschrittensten Klasse sind Fehler kein Unglück. Ein Unglück wäre das Beharren auf einem Fehler, wäre die falsche Scham, einen Fehler zuzugeben und zu korrigieren. (LW 26, S. 41)

Das Interview führte Dr. Rudolf Dix.

Der „RotFuchs“ übermittelt dem bedeutenden marxistischen Historiker

Prof. Dr. Ernst Engelberg

dessen Bismarck-Biographie zu einem unverzichtbaren Standardwerk geworden ist, im Zeichen großer Wertschätzung herzliche Grüße zu seinem

95. Geburtstag
am 5. April 2004

Was ein Gewerkschaftsfunktionär von DaimlerChrysler zum Tarifabschluß meint

Nach wie vor in der Defensive

Das inzwischen von anderen Tarifbezirken mehr oder weniger übernommene Verhandlungsergebnis von Baden-Württemberg ist entgegen offiziellen Aussagen der IG Metall völlig unakzeptabel. Der Normalarbeitstag soll liquidiert und die unbezahlte Arbeit (Sklavenarbeit) eingeführt werden.

Der in BW verhandelte Tarifkompromiß ist insbesondere ein Ergebnis auf Kosten der Klein- und Mittelbetriebe.

Den „Betriebsratsgroßfürsten“ der Automobilindustrie in den arbeitskampfstarken Unternehmen wie Daimler, Audi, Porsche, Bosch usw. reicht das Ergebnis, um weiterhin das Geschäft des Ko-Management zu betreiben. Sie sind dazu imstande, mit ihrem Einfluß die Geschicke der Belegschaft zu lenken. Sicher ist, daß bei Daimler niedrige Tarifabschlüsse mit Effektivzahlungen und Sondervergütungen aufgefangen werden.

Warum bieten der Gesamtbetriebsrat und die IGM-Spitze dem Vorstand von DaimlerChrysler Ergänzungstarifverträge zu einer Zeit an, in der der Angriff auf den Flächentarifvertrag läuft und weitere Belegschaften im Betrieb schafft. Sollen Kollegen, die vorher ausgegliedert wurden, zu schlechteren Bedingungen als Teil der Stammbelegschaft eingestellt werden? Sind die effektive Umsetzung des Tarifvertrages und Sonderzahlungen (1.375 € Gewinnbeteiligung) etwa das Zuckerbrot, für das Betriebsräte über Ergänzungstarifverträge mitverhandeln und damit den Flächentarifvertrag durch solche Abschlüsse weiter unterhöhlen? Welche Betriebe sollen denn diese Angriffe der „Arbeitgeber“ abwehren, wenn nicht Daimler und die anderen Großen? Die Macht der Betriebsräte in Klein- und mittelständischen Firmen reicht wohl kaum aus, um auf betrieblicher Ebene gegen die Position der Bosse vorgehen zu können.

Verhandlungsführer Zwiebelhofer von Südwestmetall sieht das Ergebnis folgendermaßen:

1. Die Unternehmen hätten künftig in stärkerem Maße als bisher die Gelegenheit, bei Bedarf ihr Arbeitszeitvolumen zu erhöhen. So sei jetzt bei besonders qualifizierten Belegschaften eine Steigerung der bisherigen 18-Prozent-Quote, wonach 18 Prozent der Belegschaft eines Betriebes 40 Stunden in der Woche arbeiten dürften, auf bis zu 50 Prozent denkbar. Überdies erhielten die Betriebe die Möglichkeit, für einzelne „Arbeitnehmer“, Arbeitnehmergruppen oder Betriebsteile die Arbeitszeit bis zu 40 Stunden pro Woche zu verlängern, ohne daß Mehrarbeitszuschläge anfielen. „Diese Regelung ist aus unserer Sicht ein Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland“, erklärte Zwiebelhofer.

2. Die IG Metall müsse sich mit dieser Vereinbarung künftig intensiver und ver-

antwortungsbewußter als in der Vergangenheit den jeweiligen Notwendigkeiten stellen. Zwar behielten die Tarifvertragsparteien die Zuständigkeit bei betrieblichen Abweichungen von Tarifnormen; sie müßten diese aber letztlich gutheißen, wenn damit in einem Betrieb die Beschäftigungsentwicklung nachhaltig gesichert oder sogar verbessert werden könne. „Jetzt läuft mehr in den Betrieben. Die IG Metall bleibt mit im Boot, hat sich aber verpflichtet, mit uns in die gleiche Richtung zu rudern“, sagte Zwiebelhofer.

Konkret bedeutet die Umsetzung des Abschlusses:

1. Unbezahlte Arbeitszeit (Sklavenarbeit) wird eingeführt.

In der Vereinbarung zwischen dem Verband der Metall- und Elektroindustrie und der IG Metall soll die „Erhöhung oder Absenkung der Arbeitszeit mit oder ohne vollen Lohnausgleich“ ermöglicht werden:

Die Arbeitszeit kann also ohne vollen Lohnausgleich verlängert werden. Es wird



noch nicht einmal gesagt, bis 40 Stunden in der Woche, wie es das Kapital verlangt hatte, sondern offenbar unbegrenzt bzw. bis zur gesetzlichen 60-Stunden-Woche.

2. Es erfolgt die weitere Liquidierung des Normalarbeitstages.

Die 13-Prozent- bzw. 18-Prozent-Regelung kann auf 50 Prozent aller Beschäftigten ausgedehnt werden. Heißt es im ersten Absatz noch, dies gelte nur in Betrieben mit einem großen Anteil Beschäftigter hoher Gehaltsgruppen, so kann auch dieser Grundsatz wieder aufgehoben werden:

„Um Innovationsprozesse zu ermöglichen oder Fachkräftemangel zu begegnen, sollen, soweit diese Regelung nicht die Struktur des Betriebes abbildet, auf Antrag der Betriebsparteien die Tarifparteien nach Prüfung eine höhere Quote für den Betrieb oder Teile des Betriebes vereinbaren.“

3. Lohn und Gehalt steigen nicht so stark, wie behauptet wird.

Für Januar und Februar 2004 gibt es keinen Cent Lohnerhöhung, also zwei Nullmonate. Ab 1. März 2004 zahlen die Unternehmer 2,2% mehr Lohn, 0,7% davon gehen in den ERA-Fonds (Entgelt-Rahmen-Abkommen) und sind nicht tabellenwirksam. Ab 1. März 2005 gibt es 2,7% mehr, 0,7% davon werden ebenfalls für ERA abgezogen. Vor der Auszahlung der 2. Stufe soll die wirtschaftliche Lage geprüft und festgestellt werden, ob von den 2,7% abgewichen werden kann.

Rein rechnerisch ergibt sich eine jährliche durchschnittliche Lohnerhöhung von

2,26 %, was die massiven Preiserhöhungen und Kürzungen der Sozialleistungen (Verschlechterungen im Gesundheitswesen, Zuzahlungen etc.) nicht im entferntesten ausgleicht. Nach Abzug von 1,4% für ERA ergibt sich eine tabellenwirksame Lohnsteigerung von 1,61% im gesamten Tarifzeitraum von 26 Monaten.

Da Betriebsräte an das Betriebsverfassungsgesetz gebunden sind und es in Deutschland nur ein kollektives Streikrecht der Gewerkschaften gibt, können wir unsere stärkste Waffe, den Streik, bei den Verhandlungen auf betrieblicher Ebene nicht mehr einsetzen. Auch die Versicherung „Wir lassen unsere Betriebsräte nicht im Regen stehen“ wird daran nichts ändern.

Die Forderungen wurden schon defensiv gewählt, die Beschlüsse des Gewerkschaftstages ignoriert; eine Umverteilungskomponente schloß man bewußt aus. Dadurch konnte keine Reallohnsicherung zustandekommen (dafür benötigten wir ein Ergebnis, das den Inflationsausgleich und die Produktivitätssteigerung berücksichtigt, die wir oft mit Leistungsverdichtung erbringen). Die IG Metall übernimmt durch das Tarifergebnis beschäftigungspolitische Verantwortung, die ihr gar nicht zusteht. Wo sind wir hingekommen?

Als Fazit bleibt, daß sich die „Arbeitgeber“ durchgesetzt haben; die Arbeitszeiten werden flexibler, es ist keine Reallohnsteigerung zustande gekommen. Die Tarifbewegung wurde nicht dazu genutzt, mit Forderungen nach Reallohnsicherung und Arbeitszeitverkürzungen endlich aus der Defensive der Gewerkschaften herauszukommen. Auffällig bleibt auch, daß die Tarifrunde nicht in einen Zusammenhang mit Schröders Sozialabbau-Kurs gestellt wurde, was die Entwicklung übergreifender Kampfformen ermöglicht hätte. Denn die „Agenda 2010“ und die Zerschlagung des Flächentarifvertrages sind zwei Seiten einer Medaille.

Was bleibt, ist die Tatsache, daß Hunderttausende Kollegen in Warnstreiks für diese schon im voraus als gemäßigt bezeichneten Forderungen auf die Straße gegangen sind. Bei den Kundgebungen vor Betrieben und in der Öffentlichkeit wurde von den Metallern oftmals der Zusammenhang zwischen Tarifrunde und Agenda dargestellt.

P. S. Die Tinte unter den Abschlüssen der einzelnen Tarifgebiete war noch nicht trocken, da vereinbarten der Stuttgarter Daimler-Betriebsrat Klemm und Personalvorstand Fleig die Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Es ist eben Verlaß auf sozialpartnerschaftliches Verhalten unter Ko-Managern. **Detlef Fendt**

Unser Autor ist IG-Metall-Vertrauensmann und Ersatzbetriebsrat bei DaimlerChrysler Berlin.

Wie die DDR das Menschenrecht auf Wohnen verwirklichte

Außergewöhnliches oder Selbstverständliches?

Niemand wird wohl ernsthaft behaupten, daß Wohnen kein Menschenrecht wäre. Um überhaupt menschenwürdig leben zu können, braucht jeder Erdenbürger auch ein Zuhause, das für ihn und seine Familie Heimstatt ist. Das ist in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ so festgelegt. Sie wurde als Resolution 217 A (III) von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 in New York angenommen. Artikel 25 dieser Erklärung besagt: „(1) Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung und Wohnung ...“

Doch von diesem allgemeinen Recht können Millionen und Abermillionen Menschen keinerlei Gebrauch machen. Sogar in den hochentwickelten Industrieländern gibt es Hunderttausende Obdachlose, obwohl z. B. in der Bundesrepublik von einer „Wohnungsnot“ im Sinne fehlender Unterkünfte nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil: Es gibt in bestimmten Regionen zu viel Wohnraum „am Markt“. Deshalb werden ganze Häuserblöcke, besonders im Osten der BRD, abgerissen. „Rückbau“ oder auch „Stadtumbau“ heißt das im jetzigen Schönsprechdeutsch. Zuviel leerstehende Wohnungen drücken nämlich die Mietpreise. Erst wenn Wohnungsmangel herrscht, können die Vermieter wieder kräftiger zulangen. Und dennoch gibt es einige hunderttausend Wohnungslose, die buchstäblich auf der Straße oder in nächtlichen Notunterkünften leben müssen. Eine Statistik, die diese bedauernswerten Bürger dritter Klasse erfaßt, gibt es nicht.

In der wirtschaftlich viel schwächeren DDR waren Obdachlose unbekannt. Niemand glaubte ernsthaft, daß ihm so etwas zustoßen könnte. Der Begriff der „Land- oder Stadtreicher“, die in jeder BRD-Großstadt zu finden sind, klang für Ostdeutsche wie eine Vokabel aus einer anderen Welt. (Inzwischen gehören mehrere tausend „Ossis“ auch dazu.) Jedem DDR-Bürger war, unabhängig von seinem Einkommen, eine Wohnung sicher, denn in der Verfassung seines Staates wurde das in völliger Übereinstimmung mit der UNO-Menschenrechtserklärung in Artikel 37 garantiert. Sie sicherte jedermann das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie, entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und örtlichen Bedingungen. Der Staat sei verpflichtet, hieß es in der Verfassung, dieses Recht durch Förderung des Wohnungsbaus, die Werterhaltung vorhandenen Wohnraums und die öffentliche Kontrolle über die gerechte Verteilung des Wohnraums zu verwirklichen. Gleichzeitig verbrieft sie Rechtsschutz für jeden im Falle der Kündigung. Niemand durfte einfach auf die Straße gesetzt werden. Vermieter hatten kein Recht auf Kündigung. Wenn sie

diese anstrebten, mußten sie vor Gericht klagen.

Das Recht auf Wohnraum war keine wohlklingende Propagandaphrase, es war einklagbar. Die Fürsorge des Staates wurde leider, in guter Absicht, aber ohne Rücksicht auf die Realitäten, perfektioniert und derart übertrieben, daß sie von sehr vielen Bürgern überhaupt nicht mehr als ein in der Welt außergewöhnlicher Zustand wahrgenommen wurde. Eine Wohnung „stand einem ja zu“, niemand durfte abgewiesen werden. Nicht wenige mokierten sich über die „Arbeiterschließfächer“ der Großsiedlungen des industriellen Wohnungsbaus, die über allen modernen Komfort wie Fernheizung, Warmwasserversorgung, Aufzüge usw. verfügen. Die Mieten beanspruchten nicht mehr als drei bis fünf Prozent der Haushaltseinkommen, für heutige Verhältnisse eine Traumvorstellung, daß es so etwas je gab.

In den Wohnungsbau, der allen Bürgern eine ordentliche bezahlbare Wohnung sichern sollte, flossen enorme volkswirtschaftliche Mittel, was die Leistungsfähigkeit der DDR auf anderen Gebieten einschränkte. Durch die Konzentration der Kräfte auf die Baustoffindustrie, auf Vorfertigungsstätten sowie auf die Technologie der Wohnungsbaukombinate bestimmte die DDR das Weltniveau im Massenwohnungsbau. Technologische Linien und Taktstraßen montierten bezugsfertige Wohnungen ähnlich wie Autos. 1987 entstanden täglich rund 313 industriell neugebaute Wohnungen. Für eine solche

Wohnung mit 58 Quadratmetern Wohnfläche wurden im gleichen Jahr nur noch 561 Stunden Arbeitszeit benötigt. Aber diese Konzentration nahm so erhebliche materielle und finanzielle Mittel in Anspruch, daß für den Erhalt der Altbausubstanz oder die Erneuerung des Maschinenparks – um nur einige Beispiele zu nennen – kaum noch etwas übrigblieb.

Es ist eine Tragik, daß trotz der guten Absicht, das Menschenrecht auf Wohnen voll zur Geltung zu bringen, dies zugleich zur Stagnation und zum einsetzenden Verfall von Gebäuden in den Innenstädten führte. Es erwies sich schließlich als verhängnisvoller Fehler, der die Bereitschaft zur Identifizierung vieler Bürger mit ihrer Heimatstadt regelrecht ausschaltete. Wohl kaum jemand wäre auf die Idee gekommen, seine Wohnung leichtfertig aufzugeben, wenn er – materiell angemessen – persönlich zu ihrem Bau oder ihrer Instandhaltung beizutragen gehabt hätte. Das aber war, außer bei den Wohnungsbaugenossenschaften, nicht der Fall. Die einem selbstverständlich „zustehende“ Wohnung bekam man ja umsonst zugeteilt, und gerade dadurch wurde ihr wirklicher Wert, überhaupt das international beispiellose Wohnungsbauprogramm der DDR, vielfach völlig verkannt.

Inzwischen haben die Ostdeutschen neue Lebenserfahrungen machen müssen: Im Grundgesetz der BRD, das vielen anziehender als die DDR-Verfassung erschien, gibt es kein Recht auf Wohnen. Als im Oktober 1991 die PDS-Parlamentarier im Bundestag forderten, dieses Recht aus der DDR-Verfassung zu übernehmen (was damals auch von Gewerkschaften und vom Mieterbund gefordert wurde), höhnten die Vertreter der etablierten „Volksparteien“ zynisch und arrogant: „Dann könnte man ja gleich auch das Recht auf Sonnenschein als Menschenrecht“ ins Grundgesetz hineinschreiben. Der CDU-Abgeordnete Staatsrechtler Rupert Scholz dozierte: „Ich bin nicht der Meinung, daß wir Grundrechte oder Staatszielbestimmungen . . . wie ein Recht auf Arbeit oder ein Recht auf Wohnen“ aufnehmen müssen. Das seien nichts als „utopische oder sozialistische Vorstellungen“. Eine liberal-freiheitliche Verfassung dürfe nicht „mit ideologisierenden Utopismen oder mit reiner Verfassungsliturgie“ belastet werden. (Wird fortgesetzt)

Hans Rehfeldt

Unser Autor, Journalist, ist seit Jahrzehnten der Spezialist für Bauwesen und Wohnungspolitik des ND.



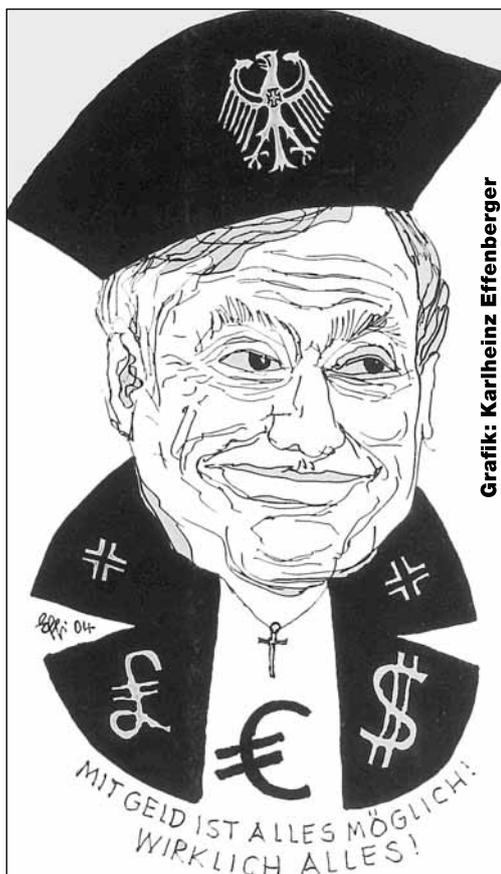
Der Superhai

Wenn die hierzulande jedem bekannten Herren Hundt und Rogowski – die obersten Rausgucker der einheimischen Ausbeuterklasse – ihren Hut in den Ring werfen und Ansprüche auf die Präsidentschaft der Bundesrepublik anmelden würden, stieße das wohl bei vielen auf Empörung. Einführung italienischer Verhältnisse hieße es dann: ein Berlusconi nach Bellevue.

Jetzt haben CDU/CSU und FDP einen „in Deutschland weithin Unbekannten“, den markigen Manager Horst Köhler, der zeitweilig in den USA geparkt worden war, für das höchste deutsche Staatsamt nominiert. Er hat daraufhin seinen Washingtoner „Bettel“ sofort hingeschmissen und bekundet, daß er nicht zögere, wenn „die Nation“ ihn rufe.

Beim Namen Köhler halten die Hundts und Rogowskis ehrfürchtig den Atem an. Denn mit ihm können sie sich nicht messen. Der Internationale Währungsfonds (IWF), dem dieser stramme CDU-Mann auf Empfehlung eines SPD-Bundeskanzlers bisher vorstand, ist nämlich die globale Würgeschlinge Nr. 1 für Dutzende Völker und Staaten, vor allem in der Dritten Welt. Sein Präsident – der Topmanager des Finanzkapitals überhaupt – ist zugleich der Arrangeur der berüchtigten G7-Gipfel, auf denen der Daumen für die Schwächeren stets nach unten gerichtet wurde.

Horst Köhler hat sich als Superhai im imperialistischen Aquarium bewährt. Jetzt soll er das repräsentative Aushängeschild der Bundesrepublik Deutschland werden. Das ist ein Programm, das anderen Furcht einflößen muß. Ein Alarmsignal! **S. R.**



Grafik: Karlheinz Effenberger

Torkeleien und Türkeleien

Kurz vor seiner USA-Visite besuchte der Bundeskanzler die Türkei. In Washington erklärte Schröder, daß er sich mit allem Nachdruck für die Aufnahme des eurasischen Landes in die Europäische Union einsetzen werde. Mit diesem in jeder Hinsicht kostspieligen Versprechen im Gepäck wurde der Kanzler dann auch sehr freundschaftlich von Präsident Bush im Weißen Haus empfangen. Es fragt sich allerdings: Warum haben die USA ein solches Interesse an der türkischen EU-Mitgliedschaft, da doch die Stärkung der Europäischen Union sonst nicht ihrer Strategie entspricht? Und weiter: Warum machen sich Schröder und Fischer so stark für einen Beitritt der Türkei, obwohl deren Zugehörigkeit zur EU mit sehr großen Risiken für alle Beteiligten verbunden ist? Es könnte der Eindruck entstehen, als ob hier zwei Regierungen gegen ihre ureigensten Interessen handeln. Was steckt also hinter derartigen diplomatischen Aktivitäten?

Hier der Versuch einer Antwort: Die Vereinigten Staaten sind aufgrund ihrer globalen und regionalen Ziele an einer militärisch stabilen und politisch einflußreichen Türkei brennend interessiert. Immerhin unterhält das hochgerüstete NATO-Land am Bosphorus eine beachtliche Streitmacht. Und überdies: Ankaras Politik zielt auf die Schwächung sowohl Iraks als auch Irans. Kurz: Die Türkei gehört – trotz abweichender Positionen in der Kurdenfrage – zu jenen NATO-Staaten, auf die sich Washington fest verlassen kann. Ihr Stellenwert hat sich mit den USA-Aggressionen gegen Afghanistan und Irak außerordentlich erhöht, denn die Amerikaner wollen das eroberte Gebiet langfristig gesichert sehen. Doch weder in Kabul noch in Bagdad zeichnet sich ab, daß in absehbarer Zeit militärisch stabile Kräfte der jeweiligen Satellitenregimes zur Verfügung stehen. Im Gegenteil: Das Pentagon muß weiterhin mit erheblichen Verlusten und wachsendem Widerstand rechnen.

Die Lage könnte sich nach Überlegungen der Bushisten dann zugunsten der USA ändern, wenn die Türkei Mitglied der EU würde. Um zur zweiten Frage zu kommen: Warum macht sich die gegenwärtige deutsche Regierung plötzlich zu einem Vorreiter für die Aufnahme der Türkei in die EU, ob-

wohl doch „Europa“ einen solchen Beitritt z. Z. kaum verkraften würde?

Offenbar ist der Druck der deutschen Konzerne, die ihr imperialistisches Konzept weltweit durchsetzen wollen, in letzter Zeit erheblich angewachsen. Sie wollen sich in der Türkei neue Absatzmärkte und noch mehr billige Arbeitskräfte erschließen. Diese Konzerne denken nicht daran, Afghanistan oder Irak allein den USA zu überlassen. Auch darum sind sie an Über-einkünften mit der Türkei interessiert. Unverkennbar ist aber auch, daß Kanzler Schröder der Bush-Administration mit seiner vehementen Bejahung einer türkischen EU-Mitgliedschaft in der Irak-Frage indirekt entgegenkommen wollte. Das wurde im Weißen Haus verstanden. Das angestrebte „politische Tauwetter“ war auf den Weg gebracht.

Mit seinem einvernehmlich verlaufenen Besuch bei Bush nahm Schröder der Opposition im eigenen Land Wind aus den Segeln: Das Argument von der „zerstörten Freundschaft“ mit den USA hat seine Gültigkeit verloren. Die CDU-Führung geriet zwischen die Stühle. Schröder sicherte sich durch sein Auftreten in Ankara zugleich die Stimmen jener Türken, die in Deutschland leben und wahlberechtigt sind. Aber nicht nur das. Er kam auch Bush bei dessen Wahlkampf direkt zu Hilfe, wofür er jetzt entsprechende Gegenleistungen erwartet. Der Kanzler sprach die Schwäche des Dollars und die damit verbundene Belastung der exportorientierten deutschen Wirtschaft an, wozu sich Bush jedoch nicht äußerte. Auffallend war auch, daß der Gast aus Berlin eine Begegnung mit dem de facto designierten demokratischen Präsidentschaftsbewerber John Kerry mit der Erklärung vermied, er wolle sich nicht in den USA-Wahlkampf einmischen. Das Gebot der Stunde sei der „strategische Dialog mit der amtierenden Washingtoner Administration“.

Dessen Fazit lautet: Die Schröder-Regierung ist auch in der Irak-Frage ganz auf den Kurs der USA eingeschwenkt. Der BRD-Regierungschef hat sich dafür engagiert, den ganzen NATO-Block vor den Karren der USA zu spannen. Das ist mehr, als Bush erwarten konnte. Schröder hat zugleich den gegen die Repression kämpfenden Kräften der Türkei einen schlechten Dienst erwiesen. Wieder einmal zeigte er sich als das, was er wirklich ist: der Geschäftsführer der Konzerne.

Prof. Kurt Tiedke

Unser lieber und treuer Genosse

Dr. med. Ratscho Ratschew

Oberst a. D. der bulgarischen Volksarmee
hat eine schwere Operation hinter sich.
Wir wünschen ihm gute Genesung.

Gescheiterte Bilderstürmerei

„... demoliert hatten Bilderstürmer in der Wendezeit den Gedenkstein für Ernst Thälmann. Eine ältere Bürgerin des Ortes hatte jedoch die Bruchstücke der zerstörten Reliefplatte aufbewahrt, die auf Umwegen zur Gemeinde zurückgelangte. Winfried Petzold hat die Plakette mit viel Geschick zusammengeschweißt, so daß sie wieder an ihren angestammten Platz zurückkehren kann. Firma Holger Dospiel-Mellingen wird die Tafel am wiedererrichteten Stein anbringen, dessen Sichtfläche nun wie früher zur Thälmann-Straße weist.“

So stand es zu lesen in der Ausgabe vom November 2003 des „Gemeinde-Journal für die Verwaltungsgemeinschaft Mellingen“ bei Weimar. Und tatsächlich: Nach mehr als einem Jahrzehnt der Verbannung erinnert der wiedererrichtete Gedenkstein gegenüber der Ernst-Thälmann-Straße von Mellingen an den Führer der deutschen Kommunisten, der wenige Kilometer entfernt im August 1944 von den Nazis ermordet wurde. Ihr Ziel, den Marxismus und Kommunismus



azurotten, haben sie genauso verfehlt wie manche ihrer moderateren Nachfolger, auch wenn sie das die Menschen glauben machen wollten und wollen. Die inzwischen modernisierten Neubauten aus der DDR-Zeit auf der gegenüberliegenden Straßenseite künden davon, daß zum Programm dieser sozialistischen Gesellschaft die Bereitstellung von ausreichendem und preiswertem Wohnraum für die Masse der Bevölkerung gehört hat. Wenn zum sicheren Arbeitsplatz die bezahlbare Wohnung, der erschwingliche Urlaubsplatz, die freie Bahn für Bildung und Studium hinzukommen, ist schon eine Menge für eine lebenswerte Gesellschaft getan. Das spüren viele Menschen heute, wenn sie manches davon oder auch alles Genannte entbehren müssen – trotz überquellender Warenhäuser und exotischer Reiseangebote.

Am 16. April und am 18. August werden an diesem Gedenkstein nun wieder Blumen zum Geburtstag und zum Todestag den deutschen Arbeiterführer ehren.

Peter Franz

Blaublütiges aus Thüringen

Unlängst führten mich familiäre Gründe von Cloppenburg, wo ich jetzt lebe, nach Thüringen. Die Natur ist hier immer wieder ein Erlebnis. Dazu die berühmte (und entbehrte) Rostbratwurst, vor allem aber die vielen Spuren des kulturellen Erbes. Doch gerade über dieses Erbe kommt nicht nur Freude auf. Denn „geerbt“ haben wir mit der Eingliederung in die Bundesrepublik auch die Adligen und deren Fürstenhäuser.

Der Freistaat Thüringen sucht händeringend Käufer für den ehemals volks- und nun landeseigenen Wald, um dem Fürstehaus Sachsen-Weimar mehr als 11 Millionen Euro in den weit aufgesperrten Rachen zu werfen. So viel verlangen die Blaublütigen nämlich, um auf die Schließung „ihrer“ Schätze – z. B. des Schlosses Weimar und der Anna-Amalia-Bibliothek – für die Öffentlichkeit zu verzichten. Nun bleibt dem zahlungskräftigen Volk erst einmal das zugänglich, was von den Vorfahren dieser heute besonders raffigierigen Fürstengeneration der Allgemeinheit vererbt wurde.

Der erste Anlauf zum Waldverkauf platzte, weil der einzige Bieter keine glaubhafte Finanzierung durch seine Bank nachweisen konnte. Daraufhin wurde der Hektar-Preis auf 4 500 Euro halbiert, um in den nächsten Wochen 12 Wälder mit 9 bis 121 ha an den Mann zu bringen. Bisher sind allerdings erst 647 ha zum Verkauf ausgeschrieben, doch etwa 2000 ha müssen „abgestoßen“ werden, um die aktuell noch fehlenden 7 Millionen Euro für die Fürsten aufzubringen. Und bis Mai muß gezahlt werden! Jetzt sollen größere Partien angeboten werden. Denn für Wälder mit 250 bis 500 ha gibt es Privat-

interessanten. Es sollte mich nicht wundern, wenn sich dahinter das Fürstehaus selbst durch Strohmänner verbergen würde. Dann hätte es zum Geld auch noch billig ein Stück Thüringer Wald.

In Gera pokert das Adelshaus Reuß mit der Stadt. Und das, obwohl bereits 1997 eine „Gütliche Einigung“ erzielt wurde, die den Reußen der jüngeren Linie unter Heinrich XIII. einige Millionen DM und etliche Kunstschätze in die Familienkasse spülte. Als „Gegenleistung“ versprach seine Durchlaucht den Geraer Museen Sicherheit im Hinblick auf die verbliebenen, weil nicht begehrten Restbestände.

Aber wie das so ist, wenn man den kleinen Finger reicht: Trotz „Gütlicher Einigung“ gelüstete es das Haus Reuß schon 1998 nach dem Residenztheater. Es folgten Ansprüche auf das Schloß Osterstein, die Prinzenhäuser, die Orangerie und weitere Begehrlichkeiten. Die Situation geriet außer Kontrolle, als das Stadtmuseum Gera die reußische Familiengeschichte auf kleinerer Fläche als zuerst vereinbart darstellen wollte, da man mehr Raum für andere Ereignisse benötigte.

Die Reußen kündigten erbost die „Gütliche Einigung“ und verlangten nun eine „Anpassung an die neue Lage“. Und eigentlich wollen sie die ganze „unrechtmäßige Enteignung von 1945“ revidieren. Nach Teilrückgaben haben ihre Anwälte ja auch viele neue Argumente.



So mutierte das einstige Muster eines Übereinkommens zwischen einer in den Osten zurückströmenden Fürstengeneration und der „vom Sozialismus erlösten“ Stadt Gera zum abschreckenden Beispiel. In Bälde entscheiden die „unabhängigen“ Gerichte. Ab 24. März sollte die 2. Kammer des Verwaltungsgerichts Gera über die Rückgabeforderungen der fürstlichen Erben befinden. Die Verlierer standen wohl schon vorher fest.

Richard Georg Richter

Die „Dschungelheime“ im Landkreis Parchim

Im letzten Jahr verkündete das Schweriner Innenministerium, daß in Mecklenburg-Vorpommern Verbesserungen hinsichtlich der Unterbringung und der Lebenssituation von Flüchtlingen getroffen würden. Deren totale Isolation in den sogenannten Dschungelheimen, tief versteckt in den Mecklenburger Forsten, sollte aufgehoben werden. Menschenrechtsorganisationen und die Flüchtlinge selbst haben diese längst überfällige

besteht. Die Wahrscheinlichkeit militärischer Hinterlassenschaften und Gefahrenstoffe wie Chemikalien, Altöl und Munitionsresten ist groß. Beide Lager befinden sich ca. 10 km von der nächsten Ortschaft entfernt. Zu den „Dschungelheimen“ führt von der Landstraße ein jeweils drei bis vier Kilometer langer Weg durch tiefen Wald. Aufgrund der Isolierung sind etliche Flüchtlinge physisch und psychisch krank. Seit Jahren schon wird die Schließung der Lager von einschlägigen Organisationen dringend gefordert.

Am 3. 12. 2003 meldete die Regionalzeitung „Nordkurier“ unter der Schlagzeile „Dschungelheime“ gehören bald der Vergangenheit an“, daß das Barackenlager in Peeschen bis Jahresende geschlossen werde. Für Tramm stehe nach einer Übergangsfrist 2004 ebenfalls die Auflösung an. Die Flüchtlinge in Peeschen warteten bereits seit Sommer letzten Jahres auf eine neue Unterkunft in menschlicher Zivisation. Im Herbst wurde ihnen mitgeteilt, in der Ortschaft Dabel stünden Wohnungen in einem leeren Plattenbau für sie bereit. Bald darauf hieß es, der Bürgermeister weigere sich, sie aufzunehmen. Bis in das neue Jahr hinein passierte nichts mehr, sieht man davon ab, daß der Bustrans-

port der schulpflichtigen Kinder aus Peeschen eingestellt wurde. Am 23. Januar 2004 erschien dort ein Behördenvertreter und forderte von den Flüchtlingen, innerhalb von drei bis vier Tagen ihre Sachen zu packen. Im Laufe der nächsten Woche würden sie nach Tramm gebracht. Die Betroffenen protestierten und erklärten, sich nicht von einem „Dschungel“ in den nächsten Abschieben zu lassen. Auch in Tramm erhob sich Protest, da das Lager bereits mit 300 bis 400 Menschen überbelegt ist. Hier sind teilweise vier oder fünf Personen in einem Raum einquartiert. Die dortigen Flüchtlinge fordern die sofortige Schließung des Camps und beziehen sich auf die vorjährige Ankündigung des Innenministeriums. Doch die zuständigen Behörden in Parchim wollen das „Dschungelheim“ weiter betreiben und sogar noch „verdichten“. Im übrigen geben sich die Verantwortlichen in Parchim wortkarg und verweisen auf Timms Behörde. Ob nach Redaktionsschluß des RF etwas die Lage der Flüchtlinge Verbesserendes geschehen ist, wird zu prüfen sein. Im Parchimer Landkreis sind Menschen seit Jahr und Tag wie eine Herde Vieh von einem Ödland in ein anderes getrieben worden. Angesichts dessen haben sich die Flüchtlinge entschieden, den Kampf für ihre Menschenrechte mit aller Konsequenz fortzusetzen. Sie verlangen eine Unterbringung in der Stadt oder die Möglichkeit, Privatwohnungen zu beziehen, was in Anbetracht des extrem hohen Leerstandes kein Problem sein dürfte. Wenn das Innenministerium in Schwerin zu seiner Entscheidung vom Jahr 2003 steht, dann sollten die Verantwortlichen in Parchim angewiesen werden, diese unverzüglich umzusetzen.

Zugesandt von K. W., Hamburg, gestützt auf Informationen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten, Sektion Nord



Entscheidung des Innenministeriums und seines obersten Dienstherrn, Dr. Gottfried Timm, begrüßt und Hoffnungen daran geknüpft. Sie äußerten die Erwartung, daß es sich nicht nur um eine propagandistische Finte handle, um die beliebte Tourismusregion vom berechtigten Vorwurf der Installierung einer Variante des Apartheidsystems durch Trennung der Asylbewerber von der einheimischen Bevölkerung freizusprechen.

Einige Landkreise haben die Beschlüsse des Ministeriums inzwischen umgesetzt. Aber in anderen scheinen die zuständigen Behörden sie zu unterlaufen. Das gilt besonders für den Landkreis Parchim, wo die „Dschungelheime“ Peeschen und Tramm eingerichtet wurden. Peeschen sollte bis Ende März aufgelöst werden. Es handelt sich dabei um ein inzwischen verrottetes ehemaliges Ferienlager mit nicht für einen Daueraufenthalt geeigneten Baracken. Tramm wiederum ist ein ehemaliges Camp der NVA, das aus drei Kasernenblöcken mit Bunkeranlagen



Grafik: SHAHAR

Schwerin: Konsens SPD-PDS über Machtzuwachs für Verfassungsschutz

Der Überwachungsstaat

„Verdächtigen droht Ungemach – Timm will zur Terrorabwehr Befugnisse des Landesverfassungsschutzes erweitern“. Unter dieser Schlagzeile berichtete der Neubrandenburger „Nordkurier“, die meistgelesene Tageszeitung in der Region, am 21. Januar über ein Gesetzgebungsvorhaben der Schweriner SPD-PDS-Koalition, das Innenminister Timm, vor 1989 evangelischer Pastor im Müritzstädtchen Röbel, vorgestellt und begründet hat. Am einfachsten ist es wohl, wenn ich aus diesem Beitrag zitiere: „Mecklenburg-Vorpommerns Landesverfassungsschutz soll künftig auch die Post, die Bankgeschäfte, die Telefonverbindungen und die Flugbuchungen von Verdächtigen überwachen dürfen. ... Er soll so besser im Vorfeld Gefahren erkennen, die von Extremisten, Terroristen und Spionen ausgehen, und auch Hintermänner besser enttarnen können.“ Vordergründig wird zwar vom „internationalen Terrorismus“ gesprochen, aber die Erfahrung lehrt uns, daß sowohl dieser Begriff als auch die bezeichneten Personengruppen sehr breit interpretierbar sind, wenn es darum geht, wen man darunter vielleicht eines Tages geheimdienstlich erfassen könnte. Außerdem wird in dem Artikel weiter vermeldet, daß Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und von privaten Unternehmen, teilweise aber auch deren Ehepartner oder Lebensgefährten, durch den Verfassungsschutz einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden sollen, wenn sie in lebens- oder verteidigungswichtigen Bereichen arbeiten, wozu laut Gesetzentwurf Wasser- und Energiebetriebe, Pharma- und Chemiefirmen, Banken, Bahn- und Telefongesellschaften gehören sollen. Kommt vielleicht auf diesem Wege eine neue Welle von Berufsverboten auf uns zu? Besagter Nordkurier-Artikel geht aber noch weiter. Bisher entspricht ja alles tradiert budesrepublikanischer Realität. Am Ende kommt das Neue: „Laut Timm ... seien (die jüngsten Gesetze) in monatelangen Gesprächen mit dem Koalitionspartner PDS abgestimmt worden.“ Und dann zitiert die Zeitung dazu den SPD-Minister wörtlich: „Da gibt es keinen Dissens.“

Und was bedeutet das nun alles? Die PDS als Protagonist des Verfassungsschutzes bei der Stabilisierung seines Schnüffelapparates? Wir kennen doch die Aufgabe dieses Dienstes, nach dem Verfassungsschutzgesetz von 1950 „die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung ... zum Ziele haben“, zu betreiben. Wir wissen auch um seine jahrzehntelange Praxis und seine „Erfolge“ bei der Niederhaltung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in der alten Bundesrepublik. Man denke nur an die Vorbereitung des KPD-Verbots im Jahre 1956.

Die PDS weiß das alles. Ihr ist auch die Rolle bekannt, die gerade der Verfassungsschutz bei der Vorbereitung unzähliger Gesinnungsprozesse und politisch motivierter Berufsverbote gespielt hat. Daran hat sich nichts geändert. Erweist sich also die bejahende Haltung der PDS zu diesem Organ des staatlichen Unterdrückungsapparates jetzt als Ausdruck ihres generellen und dauerhaften Verzichts auf eine grundsätzliche Opposition? Sieht sie in dieser gar das „Vorfeld“ für eine „Störung der verfassungsmäßigen Ordnung“? Vor exakt zehn Jahren lautete die Wahlkampflosung der PDS noch: „Ver-

du bist verdächtig, verlierst deshalb vielleicht sogar deinen Arbeitsplatz! Die Jagd auf eigene Genossinnen und Genossen ist dabei gar nicht einmal ausgeschlossen. Ist das gemeint, wenn in bestimmten Führungskreisen die Rede davon ist, man sei in der „neuen Gesellschaft“ endgültig angekommen?

Abschließend noch drei Anmerkungen: Erstens informierte der „Nordkurier“ im Nachgang noch über Gegenstimmen zu diesem Projekt, die vom Bündnis 90/Die Grünen, nicht im Landtag vertreten, und vom Landesdatenschutzbeauftragten kommen, der so zitiert wird: „Es fehlt aber



änderung beginnt mit Opposition“. Alles vergessen? Ist das Verhalten der PDS heute vielleicht „nur“ eine peinliche Folgeerscheinung des umstrittenen zwanghaften Mitregierenwollens bestimmter Kreise, die der Logik „Mitgegangen, mitgefangen“ folgt? Vielleicht wird jetzt deutlicher, was dabei herauskommt: ein Beitrag der PDS zur Stabilisierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Und hängt das wiederum ganz unmittelbar mit ihrem neuen Parteiprogramm zusammen? Ich neige dazu, ja zu sagen.

Wenn es, wie Herr Timm formuliert, keinen Dissens gibt, wie sieht dann der Konsens im einzelnen aus? Wo werden künftig die Grenzen der Verdächtigkeit liegen? Soll das etwa bedeuten, daß alles, was politisch links von der PDS und ihrem Programm steht, entgegen den Regeln des Grundgesetzes von vornherein für suspekt gehalten werden darf, Extremist, Terrorist oder Spion zu sein? Es ist doch augenblicklich gar nicht schwer, am äußersten linken Rand der PDS zu stehen. Noch ein weiterer Schritt nach links, und

jeder Nachweis, daß diese Aufgabenerweiterung für den Geheimdienst notwendig ist.“ Er, nicht aber die PDS, sieht in der angestrebten Gesetzesänderung „erhebliche Grundrechtseinschränkungen für die Bürger unseres Bundeslandes“. Zweitens teilte die Zeitung dann unter dem 31. 1./ 1. 2. 2004 mit, daß der Gesetzentwurf entgegen Herrn Timms Wünschen am 28. 1. im Landtag nicht verabschiedet, sondern erst noch einmal in den Innenausschuß verwiesen wurde. Das wird im Grundsatz nichts verändern. Und drittens will ich ohne weiteren eigenen Kommentar mitteilen, daß meine Nachfrage im Abgeordnetenbüro des aus Neubrandenburg stammenden Vizevorsitzenden der PDS-Landtagsfraktion ergab, man sei sich des heißen Eisens zwar bewußt, sehe aber infolge der aktuellen Bundesgesetzgebung zur Sache „keinen Raum für Alternativen“. Ich kann mich allerdings nicht erinnern, durch die Führung der PDS zu scharfem außerparlamentarischem Protest gegen diese Bundesgesetzgebung aufgefordert worden zu sein.

Wolfgang Mäder

Mit der EU-Osterweiterung erfüllt sich ein Traum der deutschen Revanchisten

Sprung auf, marsch, marsch!

Die Fabel eines „Tatorts“ mit Peter Sodann machte erschreckend deutlich, wie weit die Bestrebungen „Alteingessener“ fortgeschritten sind, ihre Ländereien jenseits von Oder und Neiße wieder zu besetzen. Polnische Strohmannen kaufen auf. Die Geschichte hat eine Vorgeschichte: Kaum, daß die Junker im Mai 1945 eine Niederlage anerkennen mußten, formulierten sie schon wieder ihre Raffgier in Parteiprogrammen. Einige Beispiele mögen das illustrieren. Am 28. Oktober 1946 wurde die Bayernpartei gegründet. In ihrem Programm vom Juni 1949 hieß es: „Wir fordern die Rückführung aller Evakuierten in ihre Heimat.“ 1951 konstituierte sich auf Bundesebene der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Seine Leitsätze vom April 1957 machten um die Dinge keinen Bogen: „Das Ziel muß die Herstellung Gesamtdeutschlands in den ihm rechtens zustehenden Grenzen sein. Der erste Schritt dazu ist die Wiedervereinigung der sowjetischen Besatzungszone mit der Bundesrepublik. Ihm folgen wird die Beendigung fremder und völkerrechtswidriger Herrschaft über die Ostgebiete des Deutschen Reiches und die Einbeziehung dieser Gebiete in Gesamtdeutschland mit friedlichen Mitteln.“ Die seit 1947 bundesweit aktive Deutsche Partei beschloß im November 1955 ihre Grundsätze: „Die Grenzen des fortbestehenden Deutschen Reiches sind nach Völkerrechtsgrundsätzen nach wie vor diejenigen vom 31. Dezember 1937.“ Und die schon im Juni 1946 im Westen gegründete Deutsche Rechtspartei formulierte im Programm vom Oktober 1958: „Deutschland hat einen völkerrechtlich unbestreitbaren und unverzichtbaren Rechtsanspruch auf Rückgabe der Vertreibungsgebiete. Ostdeutschland und das Sudetenland sind Teile des Reiches.“

Der revanchistische Geist der damaligen Initiatoren ist inzwischen als Doktrin in die Zielsetzungen der meisten aus der alten Bundesrepublik stammenden Parteien, die heute noch existieren, übergegangen.

Im September 1962 etablierte sich in der BRD eine Vereinigung unter dem Titel „AKON“ – Aktion Oder-Neiße e. V., Aktionsgemeinschaft gegen den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete. In Artikel 2 ihrer Statuten hieß es: „Unter den deutschen Ostgebieten versteht AKON Ostpreußen mit Memelland, Westpreußen mit Danzig, Pommern, Ostbrandenburg, die deutschsprachigen Randgebiete der Provinz Posen, Schlesien und das Sudetenland, aus denen die Bevölkerung grausam vertrieben wurde.“

Der Osterweiterungsbeauftragte der EU, Verheugen, macht's möglich, wovon die „Altvorderen“ des deutschen Revanchismus und deren Nachkommen jahrzehntelang geträumt haben.

Gehen wir kurz auf die Vorfahren der Heutigen ein: Eine „Schlesische Provinzial-Ressource“ legte in ihren Statuten fest: „In Breslau besteht seit dem Jahre 1800 eine den höheren Kreisen angehörige ... Gesellschaft, welche ... die Vereinigung ihrer Mitglieder zum Zwecke hat.“ In der Namensliste des Jahres 1924 sind mit wenigen Ausnahmen nur Adlige aufgeführt, 540 an der Zahl, akkurat mit Rang, Beruf und Wohnsitz. Zu den altetablierten Mit-

des Freiherrn vom 16. Oktober 1944: „Meine Arbeitskraft habe ich inzwischen in der Hauptsache von hier aus der Wehrmacht und der Partei zu Schulungsvorträgen über den Bolschewismus zur Verfügung gestellt, um damit den Durchhaltewilligen stärken zu helfen.“ Der Ostforscher Bolko von Richthofen beteiligte sich übrigens als Sonderführer und Spionageoffizier an faschistischen Verbrechen in Nowgorod und Staraja Russa in der UdSSR. (Braunbuch der DDR 1968)

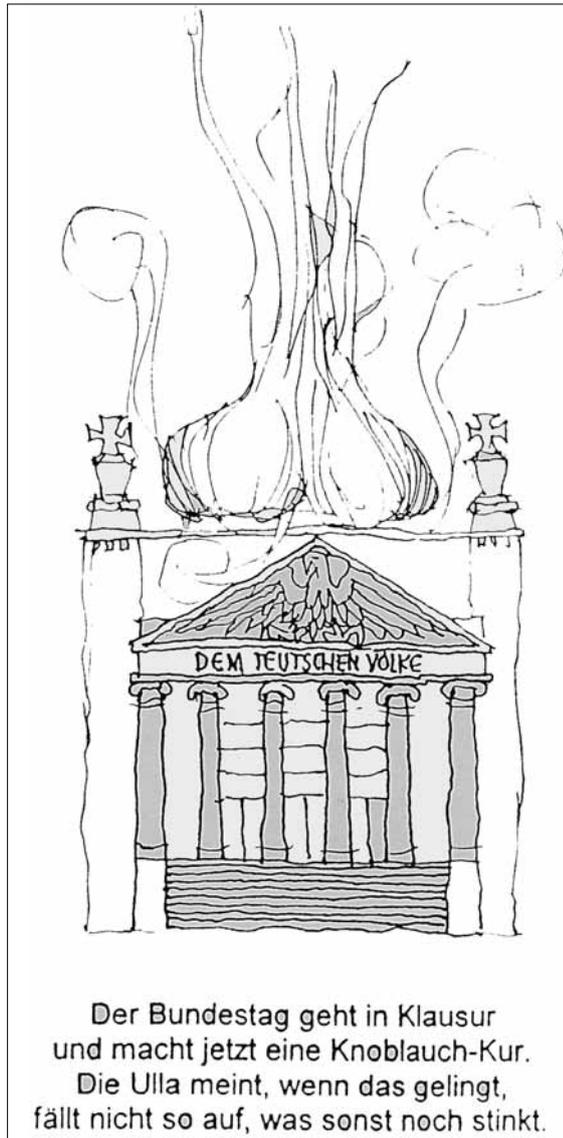
Allein der Familienclan derer von Richthofen verfügte zu Beginn des Zweiten Weltkrieges über ein Territorium von etwa 50 km². Wundert sich da jemand, daß solche Leute ihre „angestammten Besitztümer“ wiederhaben wollen?

Das erklärte Ziel Hitlers beim Überfall am 1. September 1939 war die Vernichtung des polnischen Staates und die Ausrottung seiner Bevölkerung. Gerade das polnische Volk brachte den relativ größten Opferanteil unter allen Völkern der Staaten, die zur Antihitlerkoalition gehörten: 5,4 Millionen Landesbürger. Hinsichtlich der heute bestehenden polnischen Westgrenze erklärte der damalige Ministerpräsident Edward Osóbka-Morawski am 28. August 1944, daß die Entscheidung, Polen das Land zwischen Oder, Neiße und Weichsel zu geben, „einen positiven Einfluß auf die Entmachtung des deutschen Imperialismus als Ganzes“ habe. Dadurch werde auch „die Bedrohung geringer, die vom preußischen Junkertum und den schlesischen Magnaten ausgeht“.

Die Nachfahren dieser Junker und Magnaten handeln inzwischen wieder im Geiste des Idols eines Bolko von Richthofen, des faschistischen Häuptlings Adolf Hitler. Dieser erklärte: „Nicht West- und nicht Ostorientierung darf das künftige Ziel unserer Außenpolitik sein, sondern Ostpolitik

im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk.“

Hans Horn



Der Bundestag geht in Klausur
und macht jetzt eine Knoblauch-Kur.
Die Ulla meint, wenn das gelingt,
fällt nicht so auf, was sonst noch stinkt.

Grafik: Karlheinz Effenberger, Text: Gert Ullrich

gliedern, seit 1885, zählte „Freiherr Siegfried v. Richthofen, Landrat a. D., Landesältester, Major a. D., auf Gräbersdorf, Kreis Striegau“. Die Mitgliederliste enthält allein 13 Angehörige der Familie von Richthofen. Auch Prof. Dr. Bolko Ernst Gotthard Karl Freiherr v. Richthofen, geb. am 13. 9. 1890, dessen Vorfahren „Herren auf Ober- und Nieder-Stanowitz, Kuhnern und Mertschütz“ waren, gehörte dem Vorstand des zuvor erwähnten AKON-Vereins an. Im Archiv der Universität Leipzig befindet sich eine schriftliche Wortmeldung

Dringende Bitte

Die Redaktion bittet noch einmal alle Autoren, ihre Manuskripte und Beiträge entweder mit Diskette oder per E-Mail zu übermitteln, da das Abschreiben viel Zeit und Energie in Anspruch nimmt.

Wie die DDR das Bildungsmonopol der „Eliten“ brach

Unsere ABF (2)

Anlässlich der Eingliederung der Berliner ABF in die Humboldt-Universität hielt Präsident Wilhelm Pieck die Festrede. Er hob die neue Qualität der Arbeiter- und Bauern-Fakultät gegenüber den ihr vorangegangenen Vorstudienanstalten hervor. „Die Aufnahme der Arbeiter- und Bauern-Fakultät in den Verband der Hochschule ist mehr als nur ein formaler Akt. Darin drückt sich nunmehr aus, daß die alten Schranken, die früher den befähigten jungen Menschen des arbeitenden Volkes den Zugang zu den Wissenschaften versperrten, gefallen sind. In unserer Deutschen Demokratischen Republik soll aus sozialer Not keine wirkliche Befähigung verkümmern. Den Töchtern und Söhnen unserer Arbeiter und Bauern soll jede Möglichkeit geboten werden, zum Wohle des ganzen Volkes ihre Fähigkeiten voll zu entwickeln. Das heißt nicht, neue Privilegien zu gewähren, das heißt vielmehr, der Demokratie auf einem Gebiet zum vollen Siege zu verhelfen, auf dem sich Klassen- und Kastengeist mit besonderer Zähigkeit erhielten ...“

Von 1949 an stieg die Besucherzahl aller ABFs ständig. Allein im Jahre 1954 studierten an der Dresdner Fakultät 2037 junge Menschen. Erfreulich auch der Anteil weiblicher Studierender, der 22% betrug. In dem Maße, wie die wirtschaftliche Entwicklung vorankam, verbesserte sich auch die Lebenslage der ABF-Studenten. Das betraf einmal die finanzielle Situation. Ab September 1951 wurde das Stipendium um 50,- Mark auf 180,- Mark erhöht. Die andere Seite war das Wohnungsproblem. Zunächst gelang es, im Oktober 1949 in Heimen auf der Cottbusser Straße 260 Studenten unterzubringen. 1951 begann der Bau von Internaten am Zellschen Weg. Die ABF erhielt zwei davon zugesprochen. Vier weitere Internate, u. a. das Schloß Eckberg und die Lingner-Villa, kamen bis 1953 hinzu. Damit war es möglich geworden, daß immerhin 70 % der ABF-Studenten eine wohnliche Bleibe hatten. So ein Platz kostete im Monat 10,- Mark! Für das Mittagessen in der Mensa mußten zwischen 0,75 bis 1,25 Mark bezahlt werden. Allein das Frühstück und Abendessen hatten sich die Studenten selbst zuzubereiten, wenn sie sich nicht zum Abend noch einmal den Weg in die Mensa machen wollten. Dort konnten sie zu gleichen Preisen wie mittags das Essen wählen. Die materiellen Voraussetzungen für den



Aller Anfang ist schwer

Grafik: Arno Fleischer

Unterricht begannen sich sichtlich zu verbessern. 1951 hatte bereits der Neubau des am Weberplatz gelegenen Gebäudes des früheren Pädagogischen Instituts begonnen. In 5 Bauabschnitten erfolgte bis 1954 die vollständige Renovierung. Dadurch konnte schrittweise die gesamte Fakultät in diesem Bau konzentriert werden. Die neugeschaffenen Unterrichts-, Lese-, Sport- und Bibliotheksräume boten Voraussetzungen, einen allen Anforderungen gerecht werdenden Unterricht zu erteilen.

Bis Mitte der 50er Jahre war im wesentlichen der Nachholbedarf der vor 1945 benachteiligten Töchter und Söhne von Arbeitern und Bauern abgeschlossen. Deshalb veränderte sich die Aufgabenstellung der Fakultät. Als ABF der

Technischen Hochschule wurde nunmehr auch die Ausbildung mehr auf deren Anforderungen ausgerichtet.

Für die lebensnahe Ausbildung nahmen Exkursionen und Praktika in den volkseigenen Betrieben und LPG einen wichtigen Platz ein. Jeder Student bekam eine genau umrissene Aufgabe, welche die Anwendung der im Unterricht erworbenen Kenntnisse erforderte. Der Nachweis war an einem selbständig zu bearbeitenden Betriebsproblem in einer Belegarbeit zu erbringen.

Ein weiterer, wenn man so will, dritter Weg zur Erlangung der Hochschulreife für ein technisches Studium war das sogenannte „Abendstudium“, das an der Fakultät mit dem Studienjahr 1959/60 für bewährte Facharbeiter mit langjähriger Berufspraxis eingerichtet wurde. Die Ausbildung umfaßte 5 Semester, wobei nur das letzte Semester im Direktstudium an der Fakultät absolviert wurde. Es konnte also jeder, wenn er wollte, die Hochschulreife erlangen!

Außerdem wurden im gleichen Jahr an der Fakultät einjährige Sonderlehrgänge zur Vorbereitung auf das Studium bestimmter Schwerpunktdisziplinen eingerichtet. Die Studienpläne der Lehrgänge wurden wesentlich dadurch bestimmt, daß die abgeschlossene Berufsausbildung im Zusammenhang mit dem Studienziel stand und dem Fachstudium unmittelbar zugute kam.

In dem Maße, wie sich das auf der Einheitsschule beruhende Bildungssystem verwirklichte – übriges Forderung bürgerlich-revolutionärer Lehrer der 1848er Revolution und in den Namen Adolf Diesterweg und Karl Fried-

rich Wilhelm Wander manifestiert – hatten die Arbeiter- und Bauern-Fakultäten ihre Aufgabe erfüllt. 1963 schlossen sie, mit Ausnahme derer an der Bergakademie Freiberg und der Universität Halle, ihre Pforten.

Die Dresdner ABF, an der ich tätig war, hat von 1949 bis zu ihrer Auflösung 4271 Absolventen das Rüstzeug für einen erfolgreichen Besuch der Fachfakultäten an den Hochschulen und Universitäten der DDR vermittelt.

Das war die ABF – eine unser Land charakterisierende bildungs- und kulturpolitische Leistung, wie sie bis dahin die deutsche Schulgeschichte nicht kannte. Diese Erinnerung ist wachzuhalten!

Doz. Dr. habil Werner Klaus, Dresden

Als bayerische Arbeiter den Aufstand wagten

Die Münchner Räterepublik

Am 21. Februar 1919 befindet sich der 52jährige Ministerpräsident der bayerischen Revolutionsregierung Kurt Eisner auf dem Weg in den Landtag. Er will dort seinen Rücktritt bekanntgeben, denn aus der Landtagswahl am 12. Januar ist seine Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), nicht als Sieger hervorgegangen. Da fallen vor dem Palais Monteglas mehrere Schüsse, die ihn in den Kopf treffen. Er ist sofort tot. Der Schütze, Graf Arco-Valley, ein Leutnant der kaiserlichen Armee, wird festgenommen. Der Meuchelmord löst Massenbekundungen des Protests aus. An der Beisetzung Eisners auf dem Ostfriedhof nehmen über hunderttausend Menschen teil. In München haben sich bis zu diesem Zeitpunkt wichtige politische Veränderungen vollzogen. Noch bevor Wilhelm II. in Berlin davongejagt worden war, verzichtete der bayerische König Ludwig III. nach einer Demonstration von über 80 000 Arbeitern, Soldaten und Bauern am 7. November 1918 auf den Thron und floh ins Exil. Die Macht übernahm ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, der Bayern zum Freistaat erklärte und einen Provisorischen Nationalrat einsetzte. Ihm gehörten der Schriftsteller Kurt Eisner als Ministerpräsident, zwei weitere USPD-Mitglieder, vier SPD-Leute und ein bürgerlicher Fachmann an.

Warum mußte Eisner sterben? Der Nationalrat ließ den bürgerlich-monarchistischen Beamtenapparat unangetastet und tat nichts, um die sich formierende Konterrevolution zurückzudrängen. Er verzichtete sogar auf die Entwaffnung der königstreuen Garnisonstruppen. Aber Eisner war Sozialist, Antimilitarist und Jude. Mit seinem Tod hofften die bayerischen Reaktionäre, die Volksbewegung aufzuhalten.

Doch ihre Rechnung geht nicht auf. Die Münchner Massen fordern nachdrücklich, die Feinde des Freistaates zu bekämpfen, die Arbeiter zu bewaffnen, eine Räterepublik zu errichten. Ein Aktionsausschuß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte übernimmt faktisch die Amtsgeschäfte. Im März wird eine Regierung gebildet, der Johannes Hoffmann (SPD) vorsteht. Sie will die revolutionäre Entwicklung bremsen. Das gelingt ihr nicht. Am 7. April proklamieren die USPD, die Anarchisten, der Bayerische Bauernbund und einige SPD-Funktionäre eine „Räterepublik“. Die Regierung Hoffmann setzt sich nach Bamberg ab, um von dort aus die militärische Niederschlagung der Münchner Arbeiter vorzubereiten. Die SPD-Reichsregierung weist Reichswehrminister Noske an, das „Erforderliche“ zu tun. Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) telegraphiert am 11. April nach Bamberg, „den früheren Zustand in Bayern baldigst wiederherzu-

stellen“, bevor man sich an die Räteregierung in München gewöhnt hat.

Die junge Münchner KPD-Organisation und besonders Eugen Leviné, den die Zentrale der Partei nach Bayern entsandt hat, um die „Münchner Rote Fahne“ zu leiten, lehnen jede Beteiligung an der Scheinräterepublik ab. Diese könne nur durch die revolutionäre Aktion der Volksmassen errichtet werden. Dennoch seien die Kommunisten bereit, sich mit ganzer Kraft an der Verteidigung Münchens gegen weiße Truppen zu beteiligen. Am 11. April heißt es in der „Münchner Roten Fahne“ in einem Appell an die Arbeiter: „Haltet Euch bereit! Schwere Kämpfe stehen vor Euch!“

In der Nacht zum 13. April putschen das Infanterieleibregiment und die „Republikanische Schutztruppe“. Die Konterrevolutionäre besetzen zentrale Gebäude und verhaften 12 Mitglieder der Regierung. Gleichzeitig setzt Hoffmann aus Bamberg Truppen in Marsch, die jedoch nicht rechtzeitig eintreffen. Die Münchner Arbeiter reagieren sofort. Sie entwaffnen die noch immer im Dienst befindliche königlich-bayerische Polizei, überzeugen Soldaten, sich ihnen anzuschließen, erbeuten leichte, mittlere und schwere Waffen. Am Abend ist die Revolte niedergeschlagen.

Die Kommunisten lassen die Arbeiter nicht im Stich. Der zu ihnen gehörende Matrose Rudolf Egelhofer, 23, stellt sich an die Spitze der bewaffneten Formationen. Zur gleichen Zeit tagt eine Vollversammlung der Betriebs- und Soldatenräte. Sie setzt den Zentralrat der Scheinräterepublik ab und bildet einen fünfzehnköpfigen Aktionsausschuß aus Mitgliedern von KPD, USPD und SPD. Der wählt einen Vollzugsrat mit Eugen Leviné als Vorsitzendem. Dieser billigt das von der KPD vorgeschlagene Programm zur Schaffung einer wirklichen Räterepublik.

Inzwischen laufen die Vorbereitungen der Konterrevolution zur militärischen Niederschlagung der Münchner auf Hochtouren. Noske setzt Truppen aus ganz Deutschland in Marsch, unter ihnen Freikorps und die Marinebrigade Erhardt. Zusammen mit den Verbänden Hoffmanns rücken 60 000 Mann, bis an die Zähne bewaffnet und mit schwerer Technik ausgerüstet, in drei Gruppen gegen München vor. Die Stadt wird abgeschnitten. Dort mobilisiert die Räterepublik ihre Kräfte. Bis zum 22. April entsteht eine Rote Armee mit 15 000 Bewaffneten, zu denen Mitglieder der KPD, der USPD, der Gewerkschaften u. a. gehören. Auch ehemalige russische und italienische Kriegsgefangene sind darunter. Oberkommandierender und Stadtkommandant Münchens wird Rudolf Egelhofer. In den Truppenteilen werden Kommandeure gewählt. Schon während der Aufstel-

lung müssen die ersten Einheiten in den Kampf. Am 15. April marschieren Hoffmanns Truppen im Nordwesten gegen die Landeshauptstadt auf. Aber die Rotgardisten drängen sie zurück und machen selbst Geländegewinne. Schon die ersten Kampfstage zeigen, daß der Räterepublik nicht allein von außen Gefahr droht. Verrot und Schwanken in den eigenen Reihen schwächen den Widerstand. Einige Kommandeure verhandeln eigenmächtig über einen Waffenstillstand. So erhalten die konterrevolutionären Verbände Zeit, sich zu reorganisieren und die Ankunft der Noske-Truppen abzuwarten.

Jetzt werden die Feinde der Räterepublik innerhalb Münchens aktiv. Vor allem die sogenannte Thule-Gesellschaft, die als Vereinsabzeichen das Hakenkreuz gewählt hat und der spätere Naziführer wie Alfred Rosenberg und Hans Frank angehören, spielt eine üble Rolle. Angesichts der feindlichen Übermacht werden Funktionäre der USPD unsicher, geraten in Panik und wollen den drohenden Ereignissen ausweichen. Ihre Sprecher, Toller und Klingelhöfer, die dem Aktionsausschuß angehören, verlangen Verhandlungen mit der Hoffmann-Regierung und die Wiederzulassung der bürgerlichen Presse. Die Mehrheit folgt ihnen. Die Kommunisten treten aus dem Ausschuß aus, so daß ein neuer gewählt werden muß, in dem politisch unerfahrene Leute dominieren. Aber Hoffmann in Bamberg und Noskes Kommandeure lehnen jegliche Verhandlungen ab, die Räterepublik soll im Blut ertränkt werden. Ihr Oberkommando ruft alle klassenbewußten Arbeiter zu den Waffen. Auch erbitterter Widerstand kann das Eindringen der überlegenen weißen Truppen bis zum 30. April in die Münchner Vororte nicht verhindern. Bei Dachau, wo sich die Rotarmisten am erfolgreichsten schlagen, erleben die Verteidiger einen folgenschweren Einbruch. Ihr Kommandeur Toller wird fahnenflüchtig. Sein Stellvertreter Klingelhöfer befiehlt den Rückzug. Am 1. Mai dringen die Konterrevolutionäre in die Landeshauptstadt ein. Die Rotgardisten, nun ohne zentrale Führung, wehren sich in heftigen Straßenkämpfen, erliegen aber zwei Tage später der erdrückenden Übermacht.

Die SPD-geführte weiße Soldateska übt grausame Rache. Sie verhängt das Standrecht. Die Zahl der Ermordeten schätzt man auf 1500, unter ihnen befindet sich Rudolf Egelhofer. 25 Sondergerichte verurteilen 1737 Münchner Arbeiter zu Gefängnisstrafen, 407 zu Festungs- und 65 zu Zuchthaushaft. Gegen den Führer der Räterepublik, den 36jährigen Kommunisten Eugen Leviné, fällt die Klassenjustiz das Todesurteil. Am 5. Juni 1919 stirbt er mit dem Ruf: „Es lebe die Weltrevolution!“

Günter Freyer

Über Leute, die mit dem Namen Rosa Luxemburgs Verwirrung stiften

Unverfrorene Vereinnahmung

„Der Diktatur des Proletariats, dem Sozialismus gehören der Tag und die Stunde ... das sozialistische Proletariat (soll) seine historische Mission erfüllen.“ Das ist unmißverständlich. Nur nicht für Michael Brie, der mit einem ND-Artikel am 10. Januar 2004 den Eindruck erwecken wollte, die gestandene Revolutionärin sei eine Ikone des „demokratischen Sozialismus“. Seit 1989 können Gysi, Bisky, die Bries u. a. nicht erklären, was der bei der SPD entlehene Begriff eigentlich bedeutet. Zuletzt blieb nur noch eine „diesseitige (?) Menschenrechtsbewegung, ein Wertesystem (?) von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, eine Bewegung gegen Ausbeutung“ übrig. Das ist eine beachtliche theoretische Leistung der „Erneuerer“, die tunlichst vermeiden, den Vater ihrer „Idee“ zu nennen: Eduard Bernstein. Brie behauptet jetzt, bessere Zeugen für den „demokratischen Sozialismus“ gefunden zu haben: Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai. Dazu läßt er Ort, Zeit und konkrete Umstände von Äußerungen beider Frauen außer acht und leimt so seine „Lehre“ zusammen. Sie hätten innerhalb ihrer Parteien revoltiert, begründet er seine angebliche Hommage. Er übersieht dabei einiges. Rosa revoltierte nicht gegen die Partei, sondern gegen die Kautskyaner, die geistigen Vorfahren der „demokratischen Sozialisten“, die den parlamentarischen Weg zum Sozialismus verkündeten und die Arbeiter zu bloßen Wählern degradieren wollten. „Ein idyllischer Plan dies: Auf parlamentarischem Weg, durch einfachen Mehrheitsbeschluß den Sozialismus zu verwirklichen. Schade, daß diese himmelblaue Phantasie aus dem Wolkenkuckucksheim nicht einmal mit der geschichtlichen Erfahrung der bürgerlichen Revolution, geschweige mit der Eigenart der proletarischen Revolution rechnet“, konstatierte sie am 17. 12. 1918. Das „kräftige Korrektiv“, das Rosa beschwört, „eben die lebendige Bewegung der Massen, der umgesetzte Druck gegen einen schwerfälligen Mechanismus (bürgerlicher) demokratischer Institutionen“ hat endlich in der proletarischen Revolution seine Vollkommenheit gefunden: Die Massen haben das bürgerliche Parlament und alle seine Institutionen hinweggefegt. Gibt es eine höhere Form des Volkswillens und der Demokratie? Aber eingefleischte Antikommunisten werden natürlich die proletarische Diktatur nie als einen zutiefst demokratischen Akt verstehen. „Nur allzu bekannt ist Rosa Luxemburgs Kritik an den diktatorischen Tendenzen der Bolschewiki“, schreibt Michael Brie. Er weiß offenbar nicht, wie gründlich Rosa ihren ursprünglichen Standpunkt

korrigiert hat: „Was es braucht“, stellte sie am 24. November 1918 fest, „ist die gesamte politische Macht im Staate, ist der Gebrauch dieser Macht zur rücksichtslosen Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums, der Lohnsklaverei, der bürgerlichen Klassenherrschaft zum Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung.“ Ist das etwa „demokratischer Sozialismus“ à la Bernstein, Gysi und Müntefering?

Gegen wen polemisiert der Chef der Rosa-Luxemburg-Stiftung eigentlich, wenn er hervorhebt, daß für die Mitbegründerin der KPD die Arbeiterklasse der eigentliche geschichtliche Akteur ist? Der Marxismus hat immer die Arbeiterklasse als das revolutionäre Subjekt des Übergangs zum Sozialismus benannt. Nur die PDS-Führung hat das total vergessen. Um seine Polemik zu stützen, wärmt Brie die alte Brühe wieder auf, in der Oktoberrevolution habe eine „ultrazentristische Kleingruppe der Geschichte ihre Befehle erteilt“. Es geht dem Autor des ND-Artikels nicht nur um die Vereinnahmung Rosa Luxemburgs, sondern auch um die Schmähung der welthistorischen Leistung Lenins.

Doch auch Alexandra Kollontai wird für den „demokratischen Sozialismus“ in den Zeugenstand gerufen. Sie war zu Recht über Tendenzen der Verbürokratisierung im neuen Sowjetstaat besorgt. (Auch Lenin polemisierte auf dem X. und auf dem XI. Parteitag gegen Reglementierung, Karrieristentum und Ausschaltung von Arbeitern.) Kollontais Schrift „Arbeiteropposition“ steckt allerdings voller Irrtümer, denn gegen solche Mißstände kommt man nicht mit einer „Opposition“ gegen die Partei an, sondern gerade durch deren Mobilisierung. Opposition bedient allein die Konterrevolution. A. Kollontai wollte die Leitung der gesamten Volkswirtschaft einem gewerkschaftlichen „Kongreß der Produzenten“ unter Ausschaltung des sozialistischen Staates übertragen. Dieses Konzept trug Züge des Anarchismus. Brie greift gerade diesen kleinbürgerlichen Gedanken auf und erklärt das für „demokratischen Sozialismus“. „Weg mit dem Staatssozialismus!“ Was er nicht zu wissen scheint, ist die Tatsache, daß sich A. Kollontai bald darauf revidierte. Sie erkannte, daß die moderne Produktion nicht durch Kongresse geleitet werden kann und Gewerkschaftsdemokratie nicht zur „Produktionsdemokratie“ verfälscht werden darf. Von dem Oppositionsgedanken sagte sie sich los. Dennoch war sie zu ungeduldig. Sie forderte von der Revolution „sofortige Freiheit und Demokratie“ und stellte nicht in Rechnung, daß viel Zeit vonnöten ist, bis „die Köchin“ selbst-

bewußt und sachkundig regieren kann. Freiheit ohne materielle Grundlage, ohne Volkseigentum und Produktion auf hohem Niveau, ist ein Traum. Von Freiheit kann keine Rede sein, solange sich die Völker noch nicht restlos vom Terror des Kapitals, vom Imperialismus befreit haben. Freiheit für ihre Feinde darf die Revolution nicht zulassen. Die Notwendigkeit ihrer Unterdrückung hat der Marxismus nie gelegnet.

Brie muß zugeben, daß sich die „Grundelemente“ luxemburgischen Verständnisses sozialistischer Bewegung (Vertrauen in die Arbeiterklasse, marxistische Theorie, möglichst demokratische Organisation) keineswegs gegen die Bolschewiki richteten, sondern gerade gegen die rechte Sozialdemokratie. Tatsächlich gibt es bei Rosa kein Wort vom „demokratischen Sozialismus“ einer bestimmten Couleur.

Schließlich bemüht Brie beide Frauen für „Visionen eines kommunistischen Humanismus“. Jawohl, dafür stehen sie – und unterscheiden sich dabei in nichts von anderen Kommunisten. Brie geht offenbar davon aus, daß die sozialistische Revolution inhuman sei. Was will er? Einen wehrlosen Humanismus? Möge er Heinrich Mann lesen. Der legt einem Führer der Hugenotten die Worte in den Mund: „Ein Humanist muß verstehen, mit dem Schwert umzugehen, sonst ist seine Sache verloren.“

Denken wir an die DDR: Auf dem Weg zum Sozialismus, noch weit entfernt von einer kommunistischen Gesellschaft, noch behaftet mit Mängeln und Schwächen, mit den Relikten des Alten (und dessen Trägern) war sie weit humanistischer als diese verkommene, entsolidarisierte, menschenfeindliche kapitalistische, in der wir heute wieder leben müssen.

Es gelingt Brie nicht, die Namen der beiden großen Revolutionärinnen ausgerechnet für seinen „demokratischen Sozialismus“ einzuspannen. Wilhelm Pieck würdigte Rosa Luxemburg einst, indem er davon sprach, man müsse, wenn man ihre großen Verdienste, ihre Bedeutung für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung hervorhebe, „auch ihre Fehler analysieren. Damit zerschlagen wir am wirksamsten alle Versuche, den Namen Rosa Luxemburgs zu schänden und für dunkle Ziele zu mißbrauchen.“ Und es war Ernst Thälmann, der unterstrich: „Wir denken nicht daran, diese wahrhaft revolutionären Kämpfer und Führer und ihre guten ... Traditionen den sozialdemokratischen ... Leichenschändern zu überlassen. Rosa Luxemburg und die anderen gehören ganz zu uns ...“ **Dr. Norbert Pauligk**

Warum es auf die Zusammenführung aller Antikapitalisten ankommt

Zur Glaubensfrage

Es ist keine Frage, daß ich Vera Butler („Religion und Atheismus“, RF 72) in den meisten ihrer Aussagen zustimmen kann. In der Kritik des Handelns der Großkirchen und der von den zeitgeistförmigen religiösen Lehren geprägten Machteliten stehe ich unbedingt an ihrer Seite. Ich will von dem vernichtenden Urteil über die menschenfeindlichen Folgen religiös bestimmten Handelns, die sie aufzählt, nicht das mindeste wegstreichen.

Und doch befriedigt mich und vielleicht auch andere Leser des „RotFuchs“ diese Sicht der Dinge nicht ganz. Ich halte nämlich die in dieser Betrachtung aufgemachte Gegenüberstellung von „fortschrittlichem Atheismus“ und „menschenrechtsfeindlichem Gottheitsglauben“ für unzureichend. Kann man nicht ebenso gewichtige Gegenbeispiele aufführen, nach denen sich religiöse Überzeugungen als menschenfreundlich und fortschrittlich erwiesen haben? Ich nenne z. B. die herausragende Rolle des Hindu Mahatma Gandhi und seiner Bewegung des gewaltlosen Widerstandes für die Besiegung des britischen Kolonialismus in Indien. Oder ich verweise auf die Bedeutung des Baptistenpredigers Martin Luther King für den erfolgreichen Kampf zur Erringung von Bürgerrechten für die Afroamerikaner in den USA. Vielleicht darf man auch an die katholischen Theologen der Befreiung erinnern, die in Mittel- und Südamerika Projekte der Hoffnung für die indigenen Völker initiieren und damit dem Prozeß sozialer Emanzipation unschätzbare Energien verleihen. Und selbst in Deutschland mit seiner militaristischen und faschistischen Vergangenheit haben Widerstandstaten religiöser Menschen bewiesen, daß Gottesglauben auch mitmenschlich gerichtet sein kann – siehe das Zeugnis der Geschwister Scholl oder der Kampf eines Dietrich Bonhoeffer.

Diese Beispiele zeigen, daß Religion nicht nur menschenfeindliche, sondern auch menschenfreundliche Folgen haben kann. Der Mißbrauch einer Sache, so ungeheuerlich und umfassend er auch sein mag, macht einen guten Gebrauch nicht obsolet.

Ich meine von daher auch, daß es eine unnötige Einengung bedeutet, wenn man – wie das Genossin Butler tut – prinzipiell vom „atheistischen Kommunismus“ spricht. Daß es atheistische Kommunisten gibt, und dies sicher in einer großen Vielzahl, will ich nicht in Abrede stellen und vermag ich ohne weiteres zu tolerieren. Aber ich bitte darum anzuerkennen, daß es auch christliche Kommunisten geben können darf, hinduistische, moslemische und jüdische. Der Kommunismus

als Überbegriff für die Teilnehmer und die Teilnahme am Kampf um eine befreite Menschheit ist umfassender, als daß man ihn mit dem Attribut „atheistisch“ hinreichend kennzeichnen könnte. Jede und jeder sollte in diesem Kampf die Freiheit haben und das gute Gewissen behalten dürfen, das Ziel einer befreiten Menschheit gemäß persönlicher Einsicht mit religiösen oder auch mit atheistischen Motiven zu verfolgen.

Ich plädiere deshalb dafür, daß wir uns in unserem Nachdenken über eine sozialistische Zukunft konzentrieren auf das, was uns, die Nichtreligiösen und die Gläubigen, verbindet: die Handhabung der von Marx, Engels und Lenin entdeckten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten beim Zustandekommen, aber auch für die Überwindung von Klassengesellschaften. Und das bleiben nun einmal die Fragen nach der Verfügung über Grund und Boden, nach dem Besitz der wichtigsten Produktionsmittel und der Hegemonie über die Bewußtseinsbildung der Mehrheit der Menschen.

Auch meine ich behaupten zu dürfen, daß sich selbst innerhalb der theologischen Schulen (zumindest in Teilen des Christentums, die ich etwas überblicken kann) bestimmte Erkenntnisfortschritte und Differenzierungen angebahnt haben, die Vera Butler nicht berücksichtigt. So gibt es christliche Gruppierungen, die sich selber als atheistische Christen verstehen oder zumindest religiöse Kategorien für die Beschreibung ihrer Glaubensüberzeugungen in Abrede stellen. Der antifaschistische Märtyrer Bonhoeffer z. B. sprach von der Notwendigkeit der „nichtreligiösen Interpretation christlichen Glaubens“. Es gibt bestimmte Gemeinschaften, die Gebetsliturgie oder Abendmahlskult ablehnen, aber sich in ihrem Verhalten selber als tief gläubig verstehen. Und war der Kommunist, der angesichts der bevorstehenden Hinrichtung in einem Nazi-Zuchthaus von der Gewißheit der Richtigkeit seiner Sache und vom endlichen Sieg des Sozialismus überzeugt war, nicht auch zutiefst gläubig?

Und noch eins möchte ich der Autorin zu bedenken geben. Marx hat gewiß nicht die anderen Wissenschaften gering geschätzt, die jenseits seiner ökonomisch-politischen

Analyse eine eigene Bedeutung haben. Gerade die Wissenschaften vom Menschen als Einzel- oder Gruppenwesen, insbesondere Psychologie und Soziologie, haben Erkenntnisse zutage gefördert, deren Unkenntnis oder Mißachtung fatale Folgen z. B. für die realsozialistische Praxis der Menschenführung in der DDR hatten. Ich möchte das mal den „Schabowski-Effekt“ nennen. Man muß nämlich seine heutige Zerknirschung über seine Propagandisten-Vergangenheit nicht notwendig, sondern könnte darin auch echten Ekel vor seinem eigenen Versagen erblicken. Genossin Butler spricht sehr apodiktisch von der „christlich-kirchlichen Tradition“ als „autoritär und streng hierarchisch“. Nach meiner eigenen Erfahrung traf diese Kennzeichnung aber eher auf bestimmte Leitungsstrukturen in der SED zu, die sich am Ende der DDR gesprächsunfähig zeigten – im Gegensatz z. B. zu kirchlichen Kreisen der evangelischen Gemeinden, die solche Defizite in bezug auf nichtverstandene Jugendliche auffingen, die auf die seelische Befindlichkeit aufgeweckter und fragender Bürger dialogisch eingehen konnten. Die Folgen sind bekannt. Damit sind wir wieder bei der im „RotFuchs“ bereits aufgeworfenen Frage nach der „Seele“ des Revolutionärs. Er hat sie, egal ob er sich als „atheistisch“ oder als „religiös“ versteht oder als etwas drittes oder viertes. Meines Erachtens ist es für uns, die wir als Kommunisten und Sozialisten für eine ausbeutungsfreie, gerechte und daher friedliche Welt eintreten, am wichtigsten, daß wir so viele Mitbürger wie nur möglich für die Erkenntnis gewinnen, daß die jetzigen Eigentums- und Machtverhältnisse grundlegend umgestürzt werden müssen. Wie viele Atheisten oder Gläubige sich an diesem Kampf beteiligen, ist dabei unerheblich. Wichtig ist, daß wir ständig unser Wissen erweitern und alle seelischen Kräfte dafür mobilisieren. Welches „der richtige Ring“ in unserer Hand ist, wird unser Tun zeigen, meinte schon der gläubige Jude Nathan, den der gläubige Christ Lessing in seinem Stück einen Weisen nannte – was jeder gläubige Atheist akzeptieren wird.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Am 2. April 2004 begeht einer unserer
verlässlichsten und bewährtesten Mit-
arbeiter, der Gestalter der Zeitschrift,

» Egon Schansker «
seinen 70. Geburtstag.

Egon hat sich in Jahrzehnten als
klassenkämpferischer Kommunist
bewährt. Er zählt zu einer heute selten
gewordenen Kategorie von Menschen:
den marxistisch gebildeten Arbeitern.
Verein und Redaktion fühlen sich an
seinem Ehrentag mit ihm herzlich
verbunden.

Immer mehr Blockfreunde engagieren sich für den „RotFuchs“

Ich war Mitglied der NDPD

Der Beitrag von Dr. Klaus Steiniger „Politische Heimat“ in der Februar-Nummer des RF ist mir sehr aus dem Herzen geschrieben. Ich war 40 Jahre Mitglied der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) in der DDR – einer antifaschistisch-demokratischen Partei, die mit der SED befreundet war und deren auf Sozialismus gerichteten Kurs durch eigene Vorschläge und das Mitwirken ihrer Mitglieder aktiv unterstützte. Wir standen ganz im Gegensatz zur NPD in der alten Bundesrepublik, zunächst einem Sammelbecken unbelehrbarer Altnazis und Militärs, später weiterer konservativer rechtsgerichteter Kräfte. Während der sogenannten Wende versuchte die NPD, sich die NDPD einzuverleiben. Ihre Vertreter, die das Gespräch in Berlin mit unserer Parteiführung suchten, erhielten jedoch eine unmißverständliche Abfuhr. Dagegen gelang es der bundesdeutschen FDP, Mitglieder unserer Partei in ihre Reihen zu locken. Nicht wenige von ihnen kehrten ihr jedoch bald enttäuscht und angewidert den Rücken, denn alle Versprechen, daß die FDP für sie eine neue, echte Heimat sein werde, erwiesen sich als schillernde Seifenblasen.

Andere Parteifreunde von mir fanden den Weg in die PDS, die sich, wie es schien, um eine sozialistische Erneuerung bemühte. Auch ich als Sympathisant nahm dankbar ihre Einladungen zu Veranstaltungen entgegen, konnte dort mitdiskutieren und habe auch so manche Spende überwiesen. Ehemalige Mitglieder der NDPD starteten vor den Bundestagswahlen Initiativen in Form von Aufrufen, die Stimme der PDS zu geben. 2002 wurde die „Wahl-Alternative“, wie sich diese Aufrufe nannten – einige Tageszeitungen veröffentlichten sie auch –, von über 170 ehemaligen NDPD-Mitgliedern unterschrieben.

Leider veränderte sich die PDS im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr in Richtung Sozialdemokratie. Das jüngst von ihr beschlossene Parteiprogramm läßt nicht nur Fragen offen; es beantwortet sie teilweise in einer Manier, die dem Charakter einer sozialistischen Partei entgegensteht. So hat man den Eindruck, daß die PDS einen kapitalistischen Sozialismus will. Aber was ist das? Der PDS-Bundesvorstand war über längere Zeit zerstritten und schädigte so das Ansehen der Partei. Es mangelt ihr an erfolgreicher Suche nach politischen Partnern, ohne die sie nicht weiterkommen wird; sie scheint mitunter völlig isoliert. Schwer trifft sie der Vorwurf, daß sie sich nicht genügend und wirkungsvoll für die von den herrschenden Kräften der Bundesrepublik betrogene DDR-Bevölkerung einsetze. Das hat ihr erheblichen Vertrauensverlust und Stimmeinbußen bei den jüngsten Wahlen und Umfragen eingebracht. Während die PDS-Führung zwar verbal die Politik von Schröder und Fischer ablehnt, helfen

andererseits ihre Senatoren in Berlin, deren Kurs durchzusetzen. Am beschämendsten empfand ich die Entschuldigung von Roland Claus beim Hauptkriegsverbrecher Bush für ein Friedensplakat von vier PDS-Abgeordneten im Bundestag.

Hinzu kommen die mangelhafte bzw. falsche Einschätzung wichtiger Vorgänge in der DDR-Geschichte. Nur drei Beispiele: die würdelose Erklärung von Gabriele Zimmer zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD; die Bezeichnung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 als Volksaufstand (es gibt doch genügend authentisches Material über die Ursachen, die zu den Arbeiterprotesten führten und ebenso über die zügellose RIAS-Hetze sowie das schändliche Tun von Provokateuren aus Westberlin, die bei uns randalierten, Feuer legten und DDR-Besitzum zerstörten); die falsche und einseitige Bewertung des Mauerbaus 1961, den die DDR auf Beschluß der sozialistischen Staatengemeinschaft ausführte. Er hatte – das wird von westlichen Politikern ebenso eingeschätzt – friedensbewahrende Wirkung auf die Weltpolitik; er schützte die DDR vor weiterer wirtschaftlicher Ausplünderung, der skrupellosen Abwerbung von Fachkräften, die auf unsere Staatskosten studiert hatten, der Republikflucht und dem unkontrollierten Abgang von Waren und Dienstleistungen aus der DDR nach Westberlin. Er stoppte den freien Grenzübergang für Provokateure, Saboteure und Schmuggler und engte das Schwindelkursgeschäft Westberliner Wechselstuben erheblich ein. Bedauerlich ist, daß es Tote an der Mauer gab, darunter die von westlicher Seite ermordeten Grenzsoldaten der DDR. Ohne die Defizite in der DDR-Geschichte unter den Tisch

kehren zu wollen: Schande über die, die ihre einstige Heimat mit Dreck bewerfen und kein Ohr für eine objektive Geschichtsbetrachtung haben wollen!

Sollte die PDS ihren gegenwärtigen Kurs fortsetzen, kann ich mich nur von ihr abwenden. Eine neue politische Heimat in ihr zu finden, ist ganz ausgeschlossen. Mein Vorbild bleibt mein langjähriger hochverdienter Parteivorsitzender Dr. Lothar Bolz, der als Rechtsanwalt und Kommunist Anfang der 30er Jahre Antifaschisten bei Gesinnungsprozessen verteidigte und schließlich ins Ausland fliehen mußte, um der drohenden Verhaftung durch deutsche Faschisten zu entgehen. Seine Haltung und die fehlerhafte Entwicklung der PDS bestärkten mich in dem Entschluß, mit dem „RotFuchs“ Bekanntschaft zu machen. Heute kann ich nur sagen: Ich bin von seinen vielseitigen und parteilichen Beiträgen, von seinem Bemühen, Kommunisten und Sozialisten zusammenzuführen, angetan. Nichts ist in der gegenwärtigen Situation in unserem Lande wichtiger, als die unheilvolle Zersplitterung der Linken zu überwinden und eine geeinte Kraft zu schaffen, die der Schröder-Fischer-Regierung und der nicht minder volksfeindlichen CDU/CSU-Führung wirkungsvoll entgegentritt.

Ich bin inzwischen Mitglied im „RotFuchs“-Förderverein geworden. In ihm wurden mir fortschrittliche Parteilose und PDS-Mitglieder sowie Genossen beider kommunistischer Parteien – sie alle sind im neugewählten Vorstand vertreten – zu guten Partnern und Freunden. Eine solche politische Heimat gefunden zu haben, ist für mich der größte Gewinn, seit mein Land, die DDR, der Bundesrepublik einverleibt wurde.

Rudolf Janert



Herzliche Glückwünsche zum **75. Geburtstag** entbieten wir hochverdienten Genossinnen und Genossen aus unseren Reihen:

Ingeborg Paulig aus Schwerin (2. April)

Karl-Heinz Buschmann aus Dahlen (10. April)

Ursula Münch aus Strausberg (11. April)

Generalleutnant a. D. **Dr. Gerhard Neiber** aus Berlin (20. April) und

Dr. Bernhard Igel aus Eisenach (22. April)

erhalten den imaginären Großen „RotFuchs“-Orden mit Schulterband.
Unseren Glückwunsch!

Wie Dresdner Bürgerbewegte eine Hexenjagd auf das MfS entfesselten

„Volkskontrolle“ in der Bautzner Straße

Jetzt liegt mit „Sturm auf die Stasi in Sachsen“ ein spannender, hervorragend recherchierter Tatsachenbericht über die Geschehnisse in der Dresdner Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit vor, die sich Ende 1989/Anfang 1990 zutrugen. Das Medienspektakel um diese Ereignisse war damals und ist bis heute ungewöhnlich. Das Bild wurde weitgehend von „Wendehelden“ (-hälsen) bestimmt. Jetzt haben sich „Insider“ zu Wort gemeldet.

Für Dr. Horst Hillenhagen begann diese Geschichte am 6. Dezember 1989, als er gemeinsam mit zwei anderen Personen von der Modrow-Regierung den Auftrag erhielt, die Vorgänge am Sitz der Dresdner MfS-Bezirksverwaltung in der Bautzner Straße unter Kontrolle zu bringen. Was war da geschehen? Am 5. Dezember 1989 erstatteten Vertreter des „Neuen Forums“ und des „Demokratischen Aufbruchs“ bei der Polizei der Elbestadt Anzeige gegen die Staatssicherheit wegen des Verdachts der Sabotage. „Es war bekanntgeworden (?), daß die Stasi begonnen hatte, Akten zu vernichten“, äußerte Dr. Herbert Wagner, der ab Mai 1990 Dresdens OB war. „Hatten wir (?) zuvor bei allen Demonstrationen bewußt versucht, das Stasigelände zu meiden, riefen jetzt Arnold Vaatz und ich über Sender Dresden zu einer Demonstration zur Bautzner Straße auf.“

Wagner beschrieb seinen Bericht „Die Novemberrevolution 1989 in Dresden“ und ernannte sich nachträglich zum Revolutionsführer. Auch ein Witz? Oder war das nicht für jeden Staat – auch in den Augen der BRD – Hochverrat? In welchem Land der Welt würde ein „Sturm“ auf Einrichtungen der Sicherheitsorgane geduldet? Würde man das in Pullach oder in Köln erlauben? Hier lagen die Dinge anders. Der Mob behauptete sogar, er habe das Gebäude in der Bautzner Straße unter „direkte Volkskontrolle“ gestellt. Niemand erklärt, welche Verfassung oder welches Gesetz zu solcherlei Tun ermächtigte, oder welche Informanten und Auftraggeber mitwirkten.

Als Dr. Hillenhagen mit seinen zwei Gefährten am nächsten Tag in der Bautzner Straße eintraf, bestimmte ein „Bürgerkomitee“, dem auch mehrere Pfarrer angehörten, das Geschehen. Daß Reporter westdeutscher Fernsehstationen und anderer Medien im Gelände umherstreiften und wahrheitswidrige Berichte erfanden, erhöhte die Brisanz der Lage. Besonders schwierig war es, den Besitz vor Plünderungen zu schützen. Hier können nicht alle Erlebnisse Hillenhagens referiert werden. Von den Greuelgeschichten indes, die das „Bürgerkomitee“ den Sensationsjournalisten brühwarm auftischte, erwies sich nichts als wahr.

Der Autor Günter Hoffmann resümiert, alle hätten sich mit eigenen Augen davon überzeugen können, daß es weder In-

strumente für medizinische Versuche an Menschen noch Folterwerkzeuge gab. „Sie fanden keine kellertiefen Anlagen, Tunnel oder versteckten Räume. Es existierte weder ein unterirdischer Gang zur Elbe noch zum sowjetischen KGB, was lange Zeit geglaubt wurde.“ Doch das Mißtrauen der „Bürgerbewegten“ sei so stark gewesen, „daß einige von ihnen noch viele Monate später in ehemaligen MfS-Objekten emsig nach Geheimgängen, entsprechenden Räumen oder anderen belastenden Indizien suchten“.

Diese Feststellung wäre überflüssig, wenn nicht im Rahmen des makabren Streits um sächsische Gedenkstätten das Gebäude an der Bautzner Straße als „Erinnerungsort“ instrumentalisiert würde. Das Spiel mit Gefühlen von Bürgern ist also noch nicht zu Ende.

Mehr als die Hälfte des Tatsachenberichts nimmt die Darstellung der Anklage, des Prozesses und des Urteils gegen Dr. Horst Hillenhagen ein. Er wurde bezichtigt, Ferienheime des MfS veräußert, das „Geschenkelager“ veruntreut und in einer Grundstücksangelegenheit unkorrekt gehandelt zu haben. Am 30. April 1992 vollstreckte man einen Haftbefehl gegen ihn. Zu diesem Zeitpunkt mußte die Staatsanwaltschaft wissen, daß Hillenhagen kein Unrecht begangen hatte: Der Übergang der Ferienheime an die Gewerkschaften war ein in der DDR üblicher Rechtsträgerwechsel, den die Regierung angeordnet hatte. Die Geschenke übergab man gegen Bezahlung und auf der Grundlage einer Abmachung zwischen DDR und UdSSR an den KGB, um ihre Plünderung oder Vernichtung zu verhindern. Schon zum Zeitpunkt der Verhaftung Hillenhagens war klar, daß der Beschuldigte nicht bestraft werden konnte. Es handelte

sich also um einen politischen Prozeß. Ein Offizier des MfS sollte öffentlich herabgewürdigt werden. Die Hetzkampagne richtete sich gegen „Stasi-Schieber“. (BILD am 9. Mai 1996)

All das geschah, als in Sachsen zwei Pfarrer, die sich auf die Seite der Konterrevolution gestellt hatten, als Minister amtierten: Heitmann (Justiz) und Eggert (Inneres).

Auch für den Laien ist es wichtig zu erfahren, wie bei eindeutiger Sach- und Rechtslage aus dem Westen importierte Juristen eine lange Untersuchungshaft und ein Strafverfahren zu begründen imstande waren.

Am 14. Mai 1996 (!) begann in Dresden der Prozeß, an dessen Vortag die „Morgenpost“ Hillenhagen fünf Jahre Haft prophezeigte. Dieser nutzte die Vorverurteilung bei seiner Verteidigung. Über den Ankläger urteilte er: „Ich hätte meine Genossen gefeuert, wenn sie so miserabel gearbeitet hätten.“ Die Strafsache drohte vollends zur Farce zu werden, als sich herausstellte, daß Mitglieder des „Bürgerkomitees“ Hillenhagens Handlungen gekannt und gebilligt hatten. Das sollten auch Justizminister Heitmann und Umweltminister Vaatz als Zeugen vor Gericht bestätigen.

Damit war die Verhandlung geplatzt, obwohl sie sich noch bis zum Urteil am 17. Februar 1997 (!) hinzog. Zur Erheiterung der Richter und des Publikums hatte Vaatz (jetzt Bundestagsabgeordneter der CDU) wissen lassen, daß er zu keiner Aussage vor Gericht erscheinen werde, weil er zu wissen glaube, „daß ein Minister nur in seinen Diensträumen vernommen werden“ dürfe.

Das Verfahren wurde durch Urteil eingestellt. Die Kosten von etwa 100000 DM sowie die Haftentschädigung von etwa 4000 DM hatte der Steuerzahler zu tragen. Es war trickreichen Staatsanwälten einmal mehr nicht gelungen, einen Offizier des MfS zum Kriminellen zu stempeln.

Der Leser überdenke: Politiker, die tatsächlich und nachweisbar korrupt und kriminell sind (jeder kennt Namen), werden von der Justiz ungeschoren gelassen. Die Plünderung des DDR-Vermögens, das Dutzende Milliarden ausmachte, durch bestimmte Wessis bleibt straffrei. Doch Juristen mit Buschzulage „sorgten sich“ um den Verbleib von Vermögensstücken des MfS. Geht es grotesker?

Übrigens: So fett ihre Schlagzeilen bei den Enthüllungsgeschichten auch ausgefallen waren, so vornehm zurückhaltend verhielten sich dieselben Horrorjournalisten nach dem Urteil. Schließlich ist der Marktwert einer Story in diesem Job das Entscheidende.

**Prof. Dr. sc. phil.
Horst Schneider, Dresden**

Günter Hoffmann: *Sturm auf die Stasi in Sachsen*, GNN-Verlag Schkeuditz, 2004, 154 Seiten, 9,- €

Nachträglich gratulieren wir
Genossen

Prof. Dr. Ulrich Huar

**der schon am 8. März 2004
seinen 80. Geburtstag beging.**

Uli Huar, ein ausgewiesener Spezialist für wissenschaftlichen Sozialismus und bewährter Hochschullehrer, gehörte zu den ersten Autoren unserer Zeitschrift. Seine Beiträge zur Lehre von Marx, Engels und Lenin haben den „RotFuchs“ wesentlich profiliert.

Eine Schandtafel, die weg muß!

Am 9. Januar 2004 veröffentlichte „Neues Deutschland“ einen Bericht zur Enthüllung einer „Gedenktafel“ am früheren Dienstsitz des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Dazu ein Bild: Mit strahlenden Gesichtern zeigten sich die PDS-Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, Christina Emmrich, und Frau BIRTHLER von der einschlägigen Behörde. Beide Frauen sollen nach der Inschrift unter „politischer Willkür, Terror und Überwachung“ gelitten haben. Den Beschluß über die Anbringung der Tafel und deren Text faßte die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg von Berlin einstimmig. Sie setzt sich aus 32 Abgeordneten der PDS, 13 der SPD, 8 der CDU und 2 der FDP zusammen. Dem Beschluß ging eine längere Diskussion voraus, in welcher die ursprünglich von der CDU vorgeschlagene Inschrift „Hier befand sich von 1950 bis 1990 das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Es sicherte die Diktatur der SED“ auf den heutigen Wortlaut erweitert wurde, also mit 100prozentiger Zustimmung der stärksten Fraktion in der BVV, der PDS.

Ich habe mich daraufhin mit einem Brief an den Vorsteher der BVV, den PDS-Abgeordneten Bosse, gewandt, im Namen der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter der HVA gegen die Tafel und deren Inschrift protestiert und eine Korrektur des Beschlusses gefordert. Auch Autoren des Buches „Die Sicherheit – Zur Abwehrarbeit des MfS“ sowie von ISOR e.V. und einzelne Personen, viele davon noch PDS-Mitglieder, haben ihren Protest in Briefen an Leitungsgremien dieser Partei und in persönlichen Aussprachen zum Ausdruck gebracht. Allen Protesten gemeinsam ist vor allem die Feststellung, daß das MfS niemals Terror ausgeübt hat und daß im MfS niemals Terroristen tätig waren. Das Ministerium und seine Mitarbeiter hatten die Aufgabe, Terroristen und deren verbrecherisches Handeln zu bekämpfen. Ich habe nachgewiesen, daß in mehr als 6000 Ermittlungs- und Hunderten von Gerichtsverfahren gegen Mitarbeiter der HVA nicht ein einziges Mal Terror auch nur ansatzweise eine Rolle gespielt hat. Ich habe empfohlen, das Buch „Kundschafter im Westen“ zu

lesen. Es ist auch ein Nachweis der Tätigkeit des MfS. Ich habe auf den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Mai 1995 verwiesen, worin ein Verfolgungshindernis gegen Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der DDR festgeschrieben wurde. Es handelt sich also um einen juristischen Freispruch. Statt danach alle repressiven Maßnahmen gegen Mitarbeiter im gesellschaftlichen und

sozialen Bereich zu stoppen, verfolgte und verfolgt „die Politik“ auch weiterhin die Delegitimierung der DDR, die sie als Verbrecherstaat verteufelt, während sie seine Sicherheitsorgane als terroristische Einrichtung bezeichnet. Die BVV Lichtenberg von Berlin folgt mit ihrem Beschluß treu dieser politischen Vorgabe. Die PDS-Bürgermeisterin feierte den Akt mit Frau BIRTHLER im Anschluß an die Enthüllung der „Gedenktafel“ bei einem Empfang.

In Antwortbriefen von PDS-Verantwortlichen versuchen diese entgegen den Tatsachen nachzuweisen, daß sie keine Pauschalverurteilung vor-

nehmen wollten. Sie verteidigen zugleich wortreich ihre Sicht auf die DDR mit deren angeblichen Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen. Herr BISKY sagt zwar, daß der Tafeltext einseitig sei und mißverstanden werden könne, sieht aber deshalb nur „weiteren Diskussionsbedarf“.

Nein, Herr BISKY, der Beschluß der BVV Lichtenberg von Berlin ist aufzuheben und die „Gedenktafel“ zu entfernen! Die Abgeordneten der PDS in der BVV haben mit ihrer absoluten Mehrheit die Möglichkeit dazu. Noch-PDS-Wähler werden es sicher erwarten.

**Generaloberst a. D.
Werner Großmann**

Ein Späher in der Park Avenue

Horst Joachimi, dessen packender Bericht „Begegnung mit der Wahrheit“ jetzt vorliegt, studierte drei Jahre an der Parthenhochschule der KPdSU in Moskau und arbeitete anschließend jahrzehntelang in der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Offiziell war er Diplomat. Von 1977 bis 1981 leitete er mit dem legalen Status eines I. Sekretärs der DDR-Botschaft bei den Vereinten Nationen (New York, Park Avenue) die Residentur der HVA in den USA. Sein engagiertes Buch – das Bekenntnis eines der Sache treu gebliebenen, dank großer Erfahrung vor einer verklärten Sicht auf eigene Fehler gefeierten Kommunisten – öffnet den Blick auf das gesellschaftliche Panorama des imperialistischen Hauptlandes. Es vermittelt in Kurzform detaillierte Informationen über den Kampf an der unsichtbaren Front, wobei der Autor jede schematische Enge vermeidet.

Horst Joachimi steht fest zur DDR, der er als Offizier ihrer Sicherheitsorgane verlässlich diente. Er verzichtet auf vergoldende Überhöhung der Wirklichkeit, wobei er Konflikte in der späten Entwicklungsgeschichte des sozialistischen deutschen Staates ebensowenig ausspart wie das persönliche Versagen einzelner. Im Mittelpunkt seines knappen Reports, der die Lügen über das MfS wirksam widerlegt, steht die konsequente Friedenspolitik der DDR und deren der BRD eindeutig überlegene soziale Qualität. Den bei Diensten des derzeitigen Siegers Verdungen schreibt er ins Stammbuch: „Der Umgang mit den ehemaligen Mitarbeitern des MfS im vereinten Deutschland war ein fatales

Signal für die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, des BND und des MAD. Diese müssen damit rechnen, im Falle eines politischen Gezeitenwechsels auf ähnliche Weise verfolgt zu werden wie ihre früheren Kollegen aus der DDR ... Selbst der härteste Betonkopf auf westlicher Seite hat nämlich inzwischen begriffen, daß keine staatliche Ordnung ewig währt. Das Ende der Geschichte ist keineswegs erreicht. Die heute existierenden Staaten und ihre Ordnung werden keineswegs dieses Jahrhundert überdauern. Was danach kommt, ist offen wie die Geschichte. Aber daß etwas Anderes, Neues kommen wird, ist sicher wie das Amen in der Kirche.“

Der Rezensent hat selbst einige Zeit in der USA-Abteilung des DDR-Außenministeriums gearbeitet und war langjährig Leiter der auch für die Berichterstattung über die Vereinigten Staaten zuständigen Sektion Kapitalistische Länder in der außenpolitischen

Redaktion des ND. Er ist zwischen 1972 und 1988 wiederholt als Journalist in den USA tätig gewesen. So hat er mit Horst Joachimi – freilich im übertragenen Sinne – an der selben Front gestanden. Dem Autor ist für das vorgelegte Beweisstück erfolgreichen Wirkens an einem wichtigen Kampfabschnitt zu danken. Sein ehrliches, freimütiges und unangepaßtes Buch wird als Lektüre empfohlen – und zwar unabhängig davon, ob man mit jeder einzelnen Sentenz oder Wertung übereinstimmen mag oder nicht.

Ein kleiner Teertropfen im Honigfaß: Auf eine Lektorierung oder Korrektur von Schreibfehlern hat der Verlag offenbar verzichtet. Sie stören arg im gutformulierten Text.

Klaus Steiniger
Horst Joachimi. Begegnung mit der Wahrheit. Eulenspiegel Verlagsgruppe (edition ost), Berlin 2004, 116 Seiten, Preis 9,90 Euro, ISBN 3-89793-092-7

Huseyin Yildirim ist frei

Der türkische Bürger Huseyin Yildirim, der viele Jahre für die HVA arbeitete, beschaffte der DDR-Aufklärung brisante Dokumente aus dem Bestand der USA-Geheimdienste. Sie waren teilweise von internationaler Bedeutung. Durch Verrat im Dezember 1988 in den USA enttarnt, wurde er zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe unter Ausschluß jeglicher Möglichkeit vorzeitiger Entlassung verurteilt. Doch die Freunde und Verwandten des Häftlings gaben nicht auf. Jahrelanger Kampf seiner Kinder, Bemü-

hungen eines engagierten Anwalts in den USA und die Unterstützung ausländischer Gesinnungsfreunde, darunter Mitglieder der AG Aufklärer der GRH, führten zum Erfolg. Schließlich gelang es, die USA-Justiz dazu zu bewegen, einer Überstellung des Gefangenen in die Türkei zuzustimmen. Diese erfolgte am 30. Dezember 2003. Vierundzwanzig Stunden später befand sich Huseyin Yildirim auf freiem Fuß. Aktive Solidarität erreichte ihr Ziel. Kämpfen wir weiter für andere!

Klaus Eichner

„RotFuchs“-Kessel Chemnitz/Zwickau/Plauen

60 Freunde des „RotFuchs“ – Mitglieder linker Parteien und Parteilose – waren am 21. Februar 2004 zur ersten RF-Leserkonferenz der Region Chemnitz-Zwickau-Plauen erschienen. Im Saal des soziokulturellen Zentrums am Rosenplatz erlebten sie eine sehr angeregte und sachliche Aussprache. Als Gäste aus Berlin waren Dr. Klaus Steiniger, Dr. Hansjörg Schneider und Armin Neumann vom Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins zugegen. Auch der Vorsitzende der Leipziger Regionalgruppe, Prof. Dr. Ingo Wagner, nahm an der Veranstaltung teil.

Genosse Steiniger sprach über Ziele und Inhalte der Zeitschrift, ging aber auch näher auf die spezielle Tätigkeit des Fördervereins ein. Er brachte zum Ausdruck, daß eine starke linke und marxistische Gegenkraft im imperialistischen Deutschland eine objektive Notwendigkeit sei. Der „RotFuchs“ sei einer der Wegbereiter und trage dazu bei, Schritt für Schritt die Voraussetzungen dazu zu schaffen. Gegenwärtig gebe es in Deutschland keine Partei, die allein dazu imstande sei, das bestehende Vakuum zu füllen.

Die lebhafteste Diskussion betraf eine Vielzahl weiterer Themen. So wurde festgestellt, daß im „RotFuchs“-Kessel derzeit die „Welpen“ fehlen. Ein Blick auf die überwiegend älteren Teilnehmer der Leserkonferenz bestätigte diese Auffassung. Da muß es eine Hauptzielstellung aller RF-Regionalgruppen sein, dafür zu sorgen, daß der Anteil jüngerer Menschen und auch von Personen mittleren Alters ständig wächst. Ein Diskussionsredner meinte, das Layout der Zeitschrift sei zu konservativ, um den „RotFuchs“ unter den Printmedien auszuwählen. Das treffe vor allem auf junge Leute ohne marxistische oder sozialistische Vorbildung zu. Dazu gab es unterschiedliche Auffassungen. Ich selbst halte das Layout der Zeitschrift für ansprechend und ihrem Niveau gerecht werdend. Die Mehrheit der Anwesenden stimmte Klaus Steiniger zu, man müsse durchaus über Veränderungen im Layout nachdenken. Dabei dürfe aber keine „linke Bildzeitung“ herauskommen. Es sei auch keineswegs beabsichtigt, mit anderen Printmedien zu konkurrieren.

Ist der Marxismus nur eine Methode der Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge, oder bilden die Theorien von Marx und Engels ein einheitliches gedankliches System? Auch darüber gab es eine kurze Debatte.

Eine weitere Problematik, bei der keine Übereinstimmung bestand, war die These eines Teilnehmers, die RF-Beiträge seien „zu wissenschaftlich“. Andere vertraten demgegenüber die Auffassung, sie könnten noch wissenschaftlicher und tiefergründiger sein.

In seinen Schlußbemerkungen antwortete Genosse Steiniger auf die an ihn gerichteten Fragen. Er machte deutlich, daß sich der „RotFuchs“ gegenwärtig vor allem an Leser wende, die „schon mal etwas von der Sache gehört haben“. Zur Notwendig-

keit einer differenzierten Darstellung der DDR sagte er: „Die DDR war trotz mancher Defizite und gewisser Deformationen, vor allem in der Schlußphase, die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ Mit starkem Beifall stimmten die Teilnehmer der Konferenz dieser Bemerkung zu.

Zur Bildung einer RF-Gruppe in der Region Chemnitz/Zwickau/Plauen sprach Prof. Dr. Werner Roß, ehemaliger Prorektor der Technischen Hochschule Zwickau. Er erläuterte erste Schwerpunkte für die

Tätigkeit des neuen „Kessels“. Politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit werden im Vordergrund stehen. Übrigens: das im Saal kreisende Spendenglas war am Ende der Veranstaltung mit 266,20 Euro gefüllt. Sieben neue Mitglieder traten ad hoc dem Förderverein bei, etliche weitere Interessenten nahmen Antragsformulare mit. Ein siebenköpfiger Vorstand wurde einstimmig gewählt. Ihm gehören Mitglieder verschiedener Parteien und Parteilose an. Er steht unter Vorsitz von Prof. Dr. Werner Roß. **Wolfgang Naundorf, Chemnitz**

Antwort an den Leser G. D.

Lieber Genosse Georg Dorn, Du möchtest von mir wissen, was gemeint ist, wenn ich im Hinblick auf die sogenannte Rentenreform in „Nullrunde“ („RotFuchs“ Nr. 72, S. 10) reime: „Wer uns bestiehlt, der wird fortan bei Wahlen – für seine Dreistigkeit bezahlen.“ Dir geht es um die Frage, „Wen, welche Partei kann man in diesem Land überhaupt noch wählen?“ (RF 74, S. 29) Diese Frage ist eine von der Art, auf die es keine „allein richtige“ Antwort gibt. Wie immer sie nämlich ausfällt, sprechen neben Argumenten dafür immer auch solche dagegen.

In der ersten Fassung jenes Textes, mit dem ich meinem Zorn über die den Rentnern zwangsverordnete „Nullrunde“ Ausdruck zu geben versuchte, lauteten die Schlußzeilen noch anders, nämlich so: „Wenn Politik verlangt: Seid zum Verzicht bereit – heißt es bei Wahlen dann für uns: Enthaltensamkeit!“

Das war natürlich eine deutliche Aufforderung zur Wahlverweigerung. Und damit stieß ich bei Genossen, die ich sehr schätze, auf Widerspruch. Diese vertraten die Meinung, man müsse unbedingt an Wahlen teilnehmen und, weil keine andere Möglichkeit bestünde, dann eben den Schein entweder ungültig machen oder dem „kleineren Übel“ die Stimme geben. Womit sie die PDS meinten. Ich habe den Text dann so geändert, daß er die Form des „Bezahlens“ in das Ermessen jedes einzelnen stellt. Also: Ob nun Wahlabstimmung oder Zustimmung für das „kleinere Übel“ – die Entscheidung darüber bleibt jedermanns ureigene Sache.

Ich selbst kann hier nur meinen eigenen Standpunkt verdeutlichen – ohne jeden Anspruch, daß andere diesen übernehmen. Nach gründlicher Prüfung habe ich mich – seit geraumer Zeit bereits – entschlossen, an keiner Wahl mehr teilzunehmen, bei der ich meine Stimme nicht einer Partei geben kann, die tatsächlich für eine gesellschaftliche Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem eintritt.

Mit der Teilnahme an Wahlen verhilft man – unabhängig davon, welcher Partei man seine Stimme auch gibt –, dem bestehenden bürgerlichen System zu „demokratischer“ Pseudo-Legitimation. Für

mich gibt es jedoch nicht den geringsten Grund, Kräfte zu legitimieren, denen die „Delegitimierung der DDR“ politisches Grundprinzip ist. Und zu denen gehört inzwischen leider auch, man kann es drehen und wenden, wie man will, die reformistische Führung der PDS. Ein Wahlvotum aber für politische Gruppierungen, die mit der Totaldiskriminierung der DDR zugleich das Lebenswerk mehrerer DDR-Generationen auf dem Müllhaufen der Geschichte „entsorgen“ wollen, ist für mich gänzlich ausgeschlossen.

Deshalb also habe ich mich, einst Stammwähler der PDS, inzwischen der „größten der Parteien“, den Nichtwählern, zugesellt. Weil ich glaube, auf diese Weise meine generelle Ablehnung des bestehenden politischen Systems deutlich machen zu können. Dabei bin ich mir durchaus bewußt, daß solche Enthaltensamkeit möglicherweise die Anteile von „Wahlgewinnern“ in die Höhe treiben könnte, mit denen ich nicht das geringste zu tun haben möchte.

Die bevorstehende Wahl zum Europaparlament eröffnet allerdings eine andere Perspektive: Die DKP tritt hier mit einem eindeutig antikapitalistischen Programm an. Es gibt damit tatsächlich eine Alternative. Diese Möglichkeit, ein deutliches Zeichen setzen zu können, werde ich nicht auslassen. In dieser Situation wäre Wahlabstimmung aus meiner Sicht die falsche Entscheidung. **Wolfgang Clausner**

Günter Teuscher

aus Überlingen,
der sich mit uns eng
verbunden fühlt,
vollendet am 10. April
sein 65. Lebensjahr.



Unsere treue und
aufmerksame
Berliner Leserin
Ruth Kolb
wird am 27. April
erst 60.

Laßt Euch herzlich gratulieren!

Wie man in Torgau die „Begegnung an der Elbe“ entsorgt

Geschichtsrevisionismus

In der RF-Ausgabe vom April 2002 stellte ich bereits die Frage: Ist der Geist von Torgau ausgelöscht? Formal wird noch immer in jedem Jahr der Begegnung sowjetischer und amerikanischer Truppen im April 1945 an der Elbe bei Torgau gedacht. Aber mit Blick auf den nächsten Jahr bevorstehenden 50. Jahrestag dieses Ereignisses ist zu vermerken, daß die Geschichte auch in dieser Frage „entsorgt“, verfälscht und politisch instrumentalisiert wird. Mit großer Wucht und Komplexität erfolgt das Rollback in den skrupellosesten Kapitalismus, was dramatische und erschreckende Folgen nicht nur für alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit sich bringt, sondern auch auf das Geschichtsbewußtsein der Menschen deformierend wirkt. Die jetzt herrschenden bürgerlichen Klassenkräfte biegen alles, was die Historie birgt, in ihrem Sinne zurecht. Sie haben ihr Werk nach der Einverleibung der DDR und der Zerschlagung der UdSSR intensiv betrieben. Und sie hatten eine Menge zu tun. Denn das vergangene Jahrhundert war angefüllt mit Geschehnissen, die Zeugnis von ihrer verderblichen Rolle ablegten, aber auch von den Kämpfen und Siegen der arbeitenden Menschen. 1917 – 1933 – 1945 stellten Zäsuren dar.

Das Geschichtsbewußtsein dazu mußte entweder getilgt oder umgedeutet werden. Geschichtsrevisionismus und Geschichtsklitterung wurden zu Sturmgeschützen im Feldzug zur Delegitimierung des Sozialismus und der DDR.

In diesem Zusammenhang bildete die „Begegnung an der Elbe“ ein wichtiges Zielobjekt der Betrachtungen. Sie war gewissermaßen der Schnittpunkt des Sieges über Hitlerdeutschland, der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus und der Gründung der Vereinten Nationen als Ausdruck der Friedenshoffnung der Völker. Ihre Symbolkraft rückte die Ereignisse bei Torgau auf besondere Weise ins Blickfeld des historischen Interesses.

Mit anderen Geschichtszeugnissen ging man, wie allerorten, wenig zimperlich um. Straßen wurden umbenannt, Denkmäler entweder geschleift oder inhaltlich „umgewidmet“. Man denke nur an den Kohlschen Mißbrauch der „Neuen Wache“ in Berlin. In Sachsen war man besonders eifrig bei der Einführung einer „modernen Gedenkkultur“. Hier wurden Antikommunismus und Totalitarismus-Doktrin als inhaltliche Leitlinien sichtbar.

Die „Begegnung an der Elbe“ war gegenüber diesen rigorosen Methoden zu sperrig. Hier ging es um einen Vorgang von internationaler Dimension. Aber zielstrebig wurde daran gearbeitet, das Erinnern an den „Zeitgeist“ anzupassen. Dabei traten unterschiedliche politische Kräfte in Aktion. Zunächst wurde eine mentale Wort- und Begriffsbrücke zur inhaltlichen Veränderung der Feiern errichtet. „Elbe Day“ und „Down by the Riverside“ gaben dem ganzen einen amerikanisierten Anstrich, und der machte die teilnehmenden Veteranen der Sowjetarmee immer deutlicher zu Statisten. In jüngster Zeit wird häufig davon gesprochen, Deutschland sei „von den Westalliierten gerettet“ worden. Die Torgauer Veranstaltungen wurden im Showstil in Szene gesetzt und inhaltlich entleert. Jazz-, Sessions- und Biergartenrummel bestimmten das Bild. Die „Begegnung“ wurde als Touristenattraktion aufgezogen. Eine Art „toten Geschichtsgedenkens“ vermied jeden Bezug zur Gegenwart. Politprominenz sprach in Grußbotschaften, den Begriff „Befreiung“ tunlichst vermeidend, vom „Kriegsende“ und von „Versöhnung“. Mit allgemeinen Floskeln beschwor man „Partnerschaft“ und „freundschaftliche Beziehungen“.

„Die Form der Erinnerung wurde modifiziert“, nannte das Sachsens früherer „Landesvater“ Kurt Biedenkopf. Man war sich darin einig, es für „deplaziert“ zu halten, daß, „Deutsche ein Datum der Siegermächte begehen“. Die neue Geschichtsbetrachtung griff um sich, verbunden mit revanchistischen Klageliedern über „deutsches Leid“. Die 1995 in unmittelbarer Nähe zum historischen Denkmal der Begegnung errichtete „Gedenkstele für die Opfer der Vertreibung“ offenbarte das Ziel der Reise.

Im Vorfeld des 50. Jahrestages der Begegnung an der Elbe wurde eine neue Phase der Instrumentalisierung eingeleitet. Eine „Grundsatzdiskussion“ soll die „Theorie des Elbe Day“ und die Grundwerte des Gedenkens fixieren. Es geht um anti-kommunistische Unterfütterung. In einer „Vorgabe“ heißt es: „Unter Diktatur und Krieg wurde ein Schlußstrich gezogen.“ Von „Befreiung der Andersdenkenden“ ist da die Rede und von der „Wahrnehmung des persönlichen Schicksals der Vertriebenen“. Die Geschichtsrevisionisten verkünden: „Deutschland mit einem unverwechselbaren Profil in einer starken europäischen Union soll Garant sein, daß Völkerfrieden gewahrt wird.“

Die konservativ-reaktionäre sächsische Gedenkpolitik macht schaudern. Der Realisierung dieser Konzeption diene vermutlich auch die am 24. Februar in Torgau abgehaltene Tagung des „Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung sächsischer Gedenkstätten“. Ihr Thema: „Wie soll künftig in der Stadt politischer Opfer gedacht werden?“ Es bedarf keiner Phantasie, den Kurs zu erkennen, den man einschlagen will.

Die Schlußpassage meines damaligen RF-Beitrags lautete: „Es ist zu befürchten, daß das Torgauer Gedenken künftig für Bushs ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ instrumentalisiert wird.“ Das beginnt bittere Realität zu werden. Der auf seinen Wunsch hin in Torgau bestattete Amerikaner Joe Polowski würde sich in seinem Grab umdrehen, müßte er erleben, wie das verfälscht wird, wofür er und die anderen Veteranen gekämpft haben. Der 1945 geleistete Schwur von Rotarmisten und GIs, dem Männer wie er treu blieben, wird dennoch die Zeiten überdauern.

Dieter Itzerott



Das Kapital

Das Kapital ist Maßstab aller Dinge,
und es erweckt sogar die Leidenschaft.
Wer liebt, der schlägt die allerschärfste Klinge,
denn eine Null ersetzt die Manneskraft.

Welch ein Gefühl, wir lieben alle Nullen,
sind statt von Liebe von der Null beglückt,
und selbst beim Frühstück und bei Mutters Stullen,
da fragt man, wieviel Cents hast du verdrückt?

Die Null ist hier, wie nirgends sonst auf Erden,
das Zeichen für Potenz und großen Stil.
Und wer partout nichts taugt, der kann was werden
beim amüsanten großen Räuberspiel.

Das Kapital erfüllt fast alle Wünsche.
Es macht die Häßliche zur schönen Frau.
Doch wenn er blättert, dieser Schein der Tünche,
dann wird der schöne Schein zur Monsterschau.

Das Kapital kennt keine Mordgedanken,
es kennt kein Mitleid und auch keine Pflicht.
Und es steht diesseits aller Klassenschranken
auch kaum vor einem echten Schwurgericht.

Es tötet nicht, doch es läßt andre töten.
Es hat kein Mitleid, doch es sorgt für Streit,
und wo ein Mensch vergeht in seinen Nöten,
da steigen Kurse bei Gelegenheit.

Das Kapital macht sicherlich zufrieden.
Es ist zwar blutbefleckt, doch immerhin,
es gibt dem Reichen, was er braucht hinieden:
an Gottes Statt den echten Lebenssinn.

Gerhard Schmidt



Er kann mit Waffen spielen und mit Mädchen,
mit starkem Tobak und sogar mit Gras.
Er macht sein Geld in seinem Superlädchen,
verdient sogar beim Nickerchen noch was.

Er sorgt zwar manchmal auch für Turbulenzen,
was er verkaufen kann, das macht ihn heiß,
doch kann er Steuern sparen, und in Grenzen,
da hat auch Politik 'nen fairen Preis.

Man darf natürlich Preise runterhandeln.
Der liebe Gott: ein Sonderangebot.
Mit Geld läßt sich der Vatikan verwandeln:
Der Schöpfer ist schon ziemlich lange tot.

Mit Geld läßt sich am Ende alles regeln,
mit Geld kauft man Gewissen, Macht, Moral.
Und möchte man mit Totenköpfen kegeln,
dann gibt's bestimmt auch dafür einen Saal.

Hochrüstungs-Maut

„Ihr Fahrzeug wird für militärische Zwecke benötigt. Eine Beschlagnahme wird daher angeordnet.“ So könnte es in einem amtlichen Schreiben stehen, das Sie eines Tages erhalten. Der Riesen-Skandal um die LKW-Maut in Deutschland und den größten Versager im Schröder-Kabinett ist nur eine Seite der teuren Medaille. Warum will die Bundesregierung auf Biegen und Brechen das System der Firma Toll Collect durchsetzen, obwohl es viel preiswertere und zuverlässigere Lösungen gibt, zum Beispiel die österreichische Variante? Während das System der Alpenrepublik mit stationären Radaranlagen arbeitet, ist das deutsche satellitengestützt. Damit kann die Toll-Collect-Technik mit geringem Aufwand auf alle Straßen Deutschlands ausgeweitet werden. Wer den kleinen Sender im LKW installiert hat, wird mühelos geortet, wo immer er sich auch befindet.

Dabei wäre gar kein Satellit nötig, wenn es wirklich nur um die Maut ginge: Das Ein- und Ausbuchen der Fahrzeuge auf den Autobahnen und auch die Abrechnung erfolgt laut der Betreiberfirma ausschließlich über die Mautbrücken.

Ein Militärexperte in Brüssel, der nicht genannt werden wollte, plauderte aus: „Die flächendeckende Überwachung macht Sinn, weil die deutsche Armee das Recht hat, Privatfahrzeuge zu beschlagnahmen. Und das geht am effektivsten, wenn man weiß, welche Fahrzeuge es gibt und wo sie sich befinden.“

Neben dem geostationären Satelliten trägt dazu auch die Videoüberwachung bei, mit der von den Mautbrücken sämtliche Fahrzeugkennzeichen erfaßt und digitalisiert werden können.

Europa, allen voran Deutschland, ist gerade dabei, das Satellitensystem „Galileo“ aufzubauen, eine Konkurrenz zum „Global Positioning System“ (GPS) der USA. Die Herrschenden werden nicht müde, die „rein zivile“ Nutzung von Galileo zu betonen. Thomas Enders, Chef der EADS-Rüstungssparte, verriet dagegen in den „VDI-Nachrichten“ vom August 2003: „Galileo muß ein zentrales Schlüsselement unserer militärischen Grundinfrastruktur sein. Es wäre ein schlechter Witz und militärisch wie ökonomisch unsinnig, wenn Galileo nur zivil genutzt würde.“

So wird auch verständlich, daß von allen LKW-Mautsystem-Anbietern die Firma Toll Collect den Zuschlag erhielt: An dem Unternehmen ist DaimlerChrysler zu 45 Prozent beteiligt – einer der größten Rüstungsbetriebe Deutschlands. Die Unfähigkeit von Toll Collect, das System zum Laufen zu bringen, hat die Bundesregierung nicht daran gehindert, am Ziel der satellitengestützten Fahrzeugüberwachung festzuhalten, auch wenn dieses erst im Jahre 2006 erreicht werden sollte.

Und dann ist nur noch eine einfache Änderung der Straßenverkehrsordnung nötig, um selbst den Privat-PKWs einen Sender aufzubrummen. Damit sie bei Bedarf schnell beschlagnahmt werden können.

Schröders und Schrempps persönliches Auftauchen bei der Maut-Rettungsaktion in scheinbar letzter Minute findet nur eine Erklärung: Es handelt sich um ein Rüstungsprojekt von höchster Brisanz und enormer Profitabilität, auf das die eigentlichen Beherrscher Deutschlands nicht verzichten werden.

Hans Hohmann

Deutsche Medien-Magnaten sehen im reichsten Mann Italiens ihr Vorbild

Berlusconis großes Fressen

Die Medienkonzerne stellen heute einen integrierenden Bestandteil der Herrschaft des Kapitals dar. Ihr Auftrag ist die Abrichtung der Massen. Während der USA-Aggression gegen Irak war vom Industrie-Militär-Medien-Komplex als einem „kriegsentscheidenden“ Faktor die Rede.

In der Bundesrepublik ist derzeit Heinrich Bauer – wie Bertelsmann, Burda oder Holtzbrinck ein Familienunternehmen – die Nr. 1 der Branche. Er besitzt 67 deutsche Zeitschriften (Marktanteil 26%), rund 60 ausländische Blätter, einen Anteil von 31,5 % bei RTL 2 und eine TV-Produktionsgesellschaft. Immer öfter werden Vergleiche mit Silvio Berlusconi gezogen. Die Unterschiede sind allerdings (noch) beträchtlich. Aber es wird schon mal bemerkt, was nicht sei, könne ja noch werden, besonders wenn die Konzentration fortschreite.

Werfen wir einen Blick auf Berlusconis Medienimperium.

Anfang der 80er Jahre stieg dieser, bereits ein Hai im Baugeschäft, groß ins Fernseh-Business ein. Aus „Telemilano“ stampte er das TV-Netz „Canale 5“ aus dem Boden, kauft danach die größten Konkurrenten „Rete quattro“ und „Italia uno“ auf und besaß so landesweit das private Fernsehmonopol. Hinzu kamen zirka 40 Prozent aller italienischen Presseerzeugnisse, darunter Montadori, nach Bertelsmann der größte europäische Medienverbund, und der einflußreiche Rizzoli-Verlag; Cinema 5, die größte Kino-Kette, Musik- und Video-Produktionsgesellschaften und der Werbekonzern Pubitalia. Berlusconi wurde Besitzer und Präsident des Fußballclubs AC Milan, Organisator der Radtour Giro d'Italia, Herr über Rugby-, Hockey- und Volleyballmannschaften und mit 80 Prozent Anteilen Mäzen des Mailänder Teatro Manzoni. Seine gesamten Medien-Besitztümer faßte er in der Fininvest-Holding zum eigenständigen Konzern Mediaset zusammen. Dieser finanzierte maßgeblich die Putschistenloge „Propaganda zwei“ (P2) des Altfaschisten Licio Geli, deren Dreier-Direktorium Berlusconi angehörte. Seinen Masseneinfluß testete er erstmals bei den Parlamentswahlen 1983, zu denen er für seinen Busenfreund, den Sozialistenführer Bettino Craxi, ebenfalls ein „P2“-Mann, die Werbetrommel rührte. Obwohl dessen Partei mit 11,4 Prozent nur den dritten Platz erreichte, setzte Berlusconi dessen Berufung zum Premier durch. Per Regierungsdekret sicherte Craxi umgehend das Fernsehmonopol seines Gönners ab.

Berlusconis Stunde schlägt, als 1992/93 das alte Parteiensystem mit Christdemokraten und Sozialisten an der Spitze infolge ungeheuerlicher Korruptionsskandale zusammenbricht. Es geht um die Unterschlagung von Milliarden Dollar. Gegen rund 3000 Politiker und Wirtschaftsmanager, darunter ein Drittel der 945 Sena-

toren und Abgeordneten, wird ermittelt. Craxi erhält 26 Jahre Gefängnis, flieht aber nach Tunesien. Da wirkt Ex-Kanzler Kohl mit seinen Spendenaffären geradezu wie ein grüner Junge, obwohl auch in der Bundesrepublik nur die Spitze des Eisbergs aufgedeckt wird.

Berlusconi, einer der korruptesten Männer Italiens, gegen den noch heute mehrere Prozesse laufen, tritt nach dem bekannten Motto „Haltet den Dieb!“ in kaum zu übertreffender Demagogie als Saubermann und Kritiker der Korruption auf. Er will in das durch den Parteienzusammenbruch entstandene Machtvakuum eindringen und übernimmt später als reichster Kapitalist des Landes (14 Milliarden Euro Privatvermögen) auch die politische Macht.

Zunächst setzt er in einem Referendum die Einführung des 1919 aufgehobenen

aus, nur 39 Minuten für die oppositionelle linke Mitte. Beim staatlichen Rundfunk- und Fernsehsender RAI sind es für ihn fast sieben Stunden, für die Opposition nur 2,5.

Anbei Kostproben aus Berlusconis Wahlhetze:

Die exkommunistischen Linksdemokraten (der deutschen PDS vergleichbar) verketzert er als „Enkel Stalins“. Ihren Parteichef D'Alema nennt er „einen alten Bolschewisten“, dem er „das Arbeiten beibringen“ werde. Selbst die Politiker der Zentrumsparteien bezeichnet er als „Stalinisten“. Die Entscheidung müsse getroffen werden zwischen „Freiheit oder Knechtschaft“, „Wohlstand oder Elend“, tönt es über die Mediaset-Sender. Dario Fo, Theaterregisseur und Autor politischer Satiren, verdeutlicht, daß Italien mit ihm als Regierungschef nicht nur

Nirgendwo wird so viel gelogen wie vor einer Wahl, im Kriege und nach der Jagd. Otto v. Bismarck

Gefunden von Klaus J. Hesse

reaktionären Mehrheitswahlrechts zu 75 Prozent durch. (Mit der Forderung nach 100 Prozent scheitert er am vor allem von der Partei der Kommunistischen Neugründung dagegen mobilisierten Widerstand.) Geschickt nutzt er die Empörung über die Korruptionspraxis und behauptet, bei Direktwahlen könnten die Kandidaten sich nicht anonym auf Parteilisten verstecken, sondern müßten sich persönlich vorstellen, was der Parteienherrschaft einen Riegel vorschiebe.

Als nächstes gründet er Forza Italia (benannt nach dem Schlachtruf seines AC Milan, der aber gleichzeitig das Kampfgeschrei aller italienischen Fußballfans bei Auslands Spielen ist), die er als Bewegung vorstellt, um so die angebliche Distanz zur „Parteiherrschaft“ herauszustellen. Das Mehrheitswahlrecht ermöglicht es ihm, sich – gestützt auf seine finanzielle und Medienmacht – als die „herausragende Persönlichkeit“ zu präsentieren.

Bald darauf schließt Berlusconi, der sich inzwischen offen als Hitlerbewunderer geoutet hat, mit den offenen Faschisten Finis und den Rassisten der Lega Nord ein Wahlbündnis, zu dem die kleinen christdemokratischen Nachfolgeparteien CDU und CCD stoßen. Sein Medieneinfluß sichert ihm im April 1994 den Sieg bei der Parlamentswahl. Danach bildet er die erste profaschistische Regierung der Nachkriegszeit. Nach neun Monaten gestürzt, bei vorgezogenen Wahlen 1996 geschlagen, gewinnt Berlusconi 2001 erneut und kommt abermals an die Regierung. Die ausschlaggebende Rolle spielt wiederum sein Medienimperium. Mediaset strahlt 11,5 Stunden Wahlspots für Berlusconi

einen diverser krimineller Vergehen angeklagten und mehrfach verurteilten Politiker erhalte, sondern auch einen Gaukler von Jahrmarktformat. Um jünger auszusehen (Berlusconi ist Jahrgang 1937), benutzt er „Gelatine-Folien wie die größten Diven im Kino. Auf das Kameraobjektiv läßt er einen feinen Seidenstrumpf ziehen, der filtert. So wirkt sein Gesicht wie glatt gezogen, wird faltenfrei.“ Bekannt ist auch, wie er seine Fernsehshows schauspielerisch vorbereitet, jeden Auftritt probt, übt, betont locker, stets eine Hand in der Hosentasche, über die Bühne zu schlendern. Man erinnert sich an die Szene in Brechts „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“, in der Hitler-Ui seine Rede über Brutus, den ehrenwerten Mann, einstudiert.

Drei Tage vor dem Urnengang behauptet Berlusconi, der Ferrari-Chef Luca Cordero di Montezemolo, der die legendäre Automarke in der Formel 1 an die Weltspitze gebracht hatte, werde bei seinem Wahlsieg Sportminister. Das Dementi des völlig überraschten Montezemolo erreicht kaum noch einen Wähler; die Falschmeldung aber sichert dem Medientycoon Millionen Stimmen.

Seit seiner zweiten Amtszeit (ab Mai 2001) kontrolliert Berlusconi auch die drei RAI-Sender und beherrscht damit insgesamt über 90 Prozent des nationalen Fernsehmarktes. Selbst die in solchen Sachen nicht gerade prude „Financial Times“ bezeichnet das als „unhaltbaren Zustand“. Namhafte Politologen sprechen von einer Mediendiktatur in den Händen eines mit faschistoiden Methoden regierenden Premiers. **Dr. sc. Gerhard Feldbauer**

Vietnam schlägt die Brücke von der Vergangenheit zur Zukunft

Eine gigantische Aufgabe

Bei einer Reise durch Vietnam kommt man schnell zur Erkenntnis, über dieses Land sehr wenig zu wissen. Die deutschen Medien berichten mal gerade über die Hühnergrippe oder wenn es um Investitionen geht. Aber was dort wirklich geschieht, davon hört man kaum etwas. Deshalb zuerst der wichtigste Eindruck: In Vietnam werden erfolgreiche Anstrengungen unternommen, die Hinterlassenschaften verheerender Kriege, insbesondere die Zerstörungen durch die USA-Aggression, zu überwinden, das Land aufzubauen und zu entwickeln, das Leben der Menschen zu verbessern. Niemandem bleibt verborgen, daß das noch eine gigantische Aufgabe ist, aber jeder objektive Beobachter findet täglich zahlreiche Beweise für die großen Leistungen dieses Volkes. Die statistische Information, daß das Brutto-sozialprodukt in den letzten 10 Jahren um durchschnittlich 8 % gestiegen ist, nimmt auf der Reise durch das Land konkrete Gestalt an. Auf den Märkten werden Waren des täglichen Bedarfs reichlich angeboten, auch die üppige Natur leistet hier ihren Beitrag. Es fehlt nicht an Obst und Gemüse. Im letzten Jahr wurden 35,6 Millionen Tonnen Reis geerntet, 4 Millionen davon konnten ausgeführt werden. Vietnam ist heute der zweitgrößte Reisesporteur der Welt. Die 80 Millionen Menschen des Landes sind dabei, die Armut zu überwinden, aber noch immer sind 15 % der Familien von ihr betroffen. Das Alphabetentum ist beseitigt. Überall sieht man neu gebaute Schulen. Ein Blick in die Schulhefte der Kinder, die sich an verteilten Bonbons freuen, ruft Erstaunen über die Sauberkeit und Exaktheit ihrer Arbeit hervor. Eine Spende für die Schulkasse wird gern entgegengenommen. Die Eltern der Schüler sind noch angehalten, einen Kostenbeitrag zu leisten. Zu den größten Problemen gehört die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die schnell wachsende Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter. In den Städten, so informierte man uns, beträgt die Arbeitslosenrate 6 %. Im Jahr 2003 wurden 1,5 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen. Man trifft auch auf Stellen, die eigentlich nur eingerichtet wurden, um weitere Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Aber warum eigentlich nicht? Vietnams Parlament wird sich in Kürze mit der Frage des Arbeitslosengeldes befassen.

Viel investiert die Regierung in große Projekte. 2003 erreichte die Investsumme 35 % des Bruttoinlandsproduktes. An einer Nord-Süd-Autobahn wird gebaut, wichtige Abschnitte wurden bereits übergeben. Neue Wasser- und Gaskraftwerke sind im Entstehen. Nach Fertigstellung einer 500-kV-Leitung von Nord nach Süd sollen zahlreiche weitere Stromleitungen geschaffen werden, um nach und nach alle Teile des Landes an das Stromnetz anzuschließen. Mit der Inbetriebnahme

der ersten Ausbaustufe der Erdölraffinerie Dung Quat in Zentralvietnam (Verarbeitungskapazität 6 Mio. Tonnen / vietnamesisch-russisches Joint Venture) wird noch 2004 eine empfindliche Lücke im industriellen System geschlossen. Die Erdölförderung hat bereits etwa 18 Mio. Tonnen im Jahr erreicht. Hinzu kommen über 5 Md. m³ Erdgas. Aber bisher fehlt eine eigene Verarbeitung. So muß der Treibstoff z. B. für die zahlreichen Motorräder importiert werden. Der Bau einer weiteren Erdölraffinerie ist bereits in Vorbereitung.

Das Leben in Vietnam pulsiert, ohne Anzeichen von Ungeduld oder Nervosität. Ein verantwortlicher vietnamesischer Genosse, der vor über 20 Jahren u. a. an der Gewerkschaftshochschule des FDGB in Bernau studierte, sagte uns: Wir brauchen zwanzig Jahre, dann wird sich unser Land auf einem guten Entwicklungsstand befinden. Unter Führung der KP Vietnams wird der Weg der Erneuerung, der sozialistische Weg vietnamesischer Prägung, fortgesetzt. Die Zerschlagung des Sozialismus in der UdSSR, der DDR und anderen Ländern Europas sei ein großer Verlust für das sozialistische System gewesen. Man betrachte den Marxismus-Leninismus als eine wissenschaftliche Lehre; es komme darauf an, sie richtig anzuwenden, vor allem Subjektivismus und Voluntarismus zu vermeiden. Der Kapitalismus habe heute international noch das Übergewicht, sei aber nicht das bessere System. Vietnam bleibe bei seiner sozialistischen Orientierung. Dieser Weg werde bedacht gegangen. Politische Stabilität im Lande, Verbesserung des Lebens, Demokratie, Freiheit und Offenheit seien wichtige Bestandteile erfolgreicher Entwicklung.

Bei unserem Aufenthalt lernten wir auch die aktive Außenpolitik des Landes kennen, besonders in den Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Ende März fand in Hanoi eine gemeinsame Sitzung der Regierungen der SRV und Thailands statt. An ihr nahmen der Ministerpräsident Thailands, drei seiner Stellvertreter und 21 Minister sowie die Regierungsmitglieder der SRV teil. Beraten wurden Fragen der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, der Kultur, der Sicherheit, der Politik sowie soziale Probleme. In dieser Zeit besuchte der stellvertretende russische Regierungschef die SRV. Es ging um die Zusammenarbeit im Bereich der Erdölgewinnung und -verarbeitung, Wissenschaft und Technik, Telekommunikation usw. Auch Regierungsgespräche zwischen Vietnam und Luxemburg fanden in Hanoi statt. Zur gleichen Zeit berieten die Parteiführungen der KPV und der KP Chinas über die Stärkung der Rolle beider Regierungsparteien. Als Motto für die internationalen Beziehungen der SRV gilt: Verständigung, Zusammenarbeit, Entwicklung,

Frieden. Das vietnamesische Volk ist stolz und selbstbewußt, ausländischen Gästen gegenüber zeigt man sich sehr freundlich und aufgeschlossen. Ein Deutscher, der in Vietnam lebt und arbeitet, sagte: Ich bin froh, Ausländer in Vietnam zu sein. Wer kann das schon als Ausländer in Deutschland sagen?

Der Blick des vietnamesischen Volkes ist in die Zukunft gerichtet. Dabei bleibt aber auch die Vergangenheit allgegenwärtig. Der Stolz auf das Erreichte ist eng verbunden mit dem Wissen um den schweren Kampf, der dem voranging. Alenthalben sind die Wunden und Hinterlassenschaften des Krieges, der zahllose Opfer forderte, zu spüren. Vor allem die bleibenden und weiterwirkenden Schäden der chemischen Kriegführung der USA.

Wir besuchten das Dorf Son My, dessen Einwohner 1968 von US-Truppen massakriert wurden. Die Leiterin der Gedenkstätte – ihre Vorgängerin Vo thi Lien, die den Massenmord überlebt hatte, ist vor einigen Jahren gestorben – hat bei dem Massaker fünf enge Familienangehörige verloren. Wir waren am Grab von Nguyen van Troi, der 1963 bei einem Sprengstoffanschlag gegen USA-Militärs gefangen wurde. Es war vereinbart worden, ihn gegen einen anderswo gefangengehaltenen US-Militärangehörigen auszutauschen. Die USA brachen die Vereinbarung und erschossen Nguyen van Troi nach der Freilassung des Amerikaners. Aber entfliehen können auch die Vereinigten Staaten ihrer Geschichte nicht. In der Ausstellung über die Kriegsverbrechen in Vietnam in Ho-Chi-Minh-Stadt ist auch ein Bild zu erkennen, auf dem man den künftigen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, John Kerry, als Soldaten in Vietnam sieht. Daneben wurde ein aktuelles Photo von ihm angebracht – ohne Kommentar. Nach 1975 haben die Amerikaner ihr ehemaliges Botschaftsgebäude in Saigon abgerissen. An seiner Stelle wurde ein ebenerdiger USA-Konsulatsbau errichtet. Auf dem Fußweg davor stellte die Stadtverwaltung einen Gedenkstein für die im Krieg gegen die USA gefallenen vietnamesischen Soldaten auf. Dort finden jährlich Gedenkveranstaltungen statt.

Am 7. Mai dieses Jahres wird der 50. Jahrestag des Sieges gegen die französische Kolonialarmee in der Schlacht bei Dien Bien Phu begangen. Die Vorbereitungen dafür haben bereits begonnen.

Für die Teilnehmer des vom Reisebüro TuK organisierten Aufenthalts in Vietnam war der Besuch in dem aufstrebenden südostasiatischen sozialistischen Land auch eine Wiederbegegnung mit eigener Solidarität für das vietnamesische Volk. Die Reise überzeugte sie davon, daß die Früchte seines Sieges über den imperialistischen Aggressor reifen und immer sichtbarer werden.

Rolf Berthold

Der Kolonialismus raubte der dritten Welt enorme Ressourcen

Wer die Schuldner sind

Der Februar-„RotFuchs“ hatte es – wie immer – in sich. Von den interessanten Beiträgen hat es mir besonders „Ein alternatives Konzept“ von Martina Dost angetan. Wir finden wieder den Mut für Visionen. Ich teile die meisten Aussagen. Zu einer vertrete ich jedoch eine andere Meinung: „... Vom Standpunkt der erreichten Arbeitsproduktivität, der Menge und Differenziertheit der jährlich hergestellten Waren, insbesondere auch der Konsumgüter, könnten wir alle nicht nur gut leben, sondern vermutlich auch noch ein paar Entwicklungsländer mitversorgen ...“

Es kann nicht darum gehen, „noch ein paar Entwicklungsländer mit(zu)versorgen“. Hätten sie nicht Anspruch darauf, das ihnen einmal Geraubte zurückzuerhalten? Das würde damit beginnen, sofort die Tätigkeit des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank einzustellen und statt dessen einen Fonds einzurichten, in den die imperialistischen Länder für die Finanzierung des wirtschaftlichen, sozialen und geistig-kulturellen Aufstiegs der Entwicklungsländer einzahlen. Natürlich verlangt solch ein Ansatz nach einer sozialistischen Welt, damit die zurückfließenden Mittel in die richtigen Hände fallen.

In der UZ vom 25. 10. 2002 fand ich die Übersetzung von Günter Pohl „Wer schuldet wem?“ Darin wird die Rede des Kaziken Guaicaipuro Cuatémoc aus Guatemala vor den Regierungschefs der Europäischen Union während des EU-Gipfels mit Lateinamerika und der Karibik im Mai 2002 in Madrid, wiedergegeben:

„... Hierher komme also ich, Nachkomme von denen, die Amerika vor 40000 Jahren bevölkerten, um die zu treffen, die es vor nur 500 Jahren entdeckten ... Der europäische Bruder Zöllner verlangt von mir ein beschriftetes Papier mit Visum, um die entdecken zu können, die mich entdeckten. Der europäische Bruder Wucherer, den ich nie beauftragte, mir etwas zu verkaufen, verlangt von mir die Bezahlung einer Judasschuld. Der europäische Bruder Winkeladvokat erklärt mir, daß Schulden mit Zinsen zurückgezahlt werden, auch wenn es Menschen und ganze Länder sind, die verkauft werden, ohne um Einwilligung dafür zu bitten ... Auch ich kann Bezahlungen und auch Zinsen verlangen. Im ‚Westindien-Archiv‘ steht Seite für Seite, Beleg für Beleg und Unterschrift für Unterschrift, daß allein zwischen 1503 und 1660 nicht weniger als 185 Millionen Kilo Gold und 16 Millionen Kilo Silber aus Amerika nach San Lucas de Barrameda kamen ... Dieses Gold und dieses Silber müssen als erster von vielen weiteren freundschaftlichen Krediten Amerikas betrachtet werden, bestimmt zur Entwicklung Europas. Das Gegenteil hieße die Existenz von Kriegsverbrechen anzunehmen, was nicht nur das Recht auf sofortige Rückgabe, sondern auch auf

Entschädigung für Schäden und Nachteile bedeuten würde ... Solch fabelhafter Kapitalexport war nicht mehr als der Anfang eines „Marshall-Tezuma“-Plans, um den Wiederaufbau des barbarischen Europa zu garantieren ... Zum fünften Jahrhundert der Staatsanleihe fragen wir uns: Haben die europäischen Brüder einen sinnvollen, vernünftigen oder wenigstens produktiven Gebrauch von dem so großzügig vom Internationalen Indoamerikanischen Fonds vorgestreckten Kapital gemacht? Wir bedauern, mit nein antworten zu müssen. Sie verschleuderten es in der Schlacht von Lepanto, in ‚unbesiegbaren‘ Armadas, in Dritten Reichen und anderen Formen der gegenseitigen Vernichtung, ohne ein anderes Schicksal zu haben als am Ende von Gringo-NATO-Truppen besetzt zu sein, wie Panama, nur ohne Kanal ... Finanziell waren sie weder fähig, nach 500 Jahren Moratorium das Kapital und seine Zinsen zurückzubezahlen noch sich von den Zinserträgen, den Grundstoffen oder der billigen Energie, die ihnen die Dritte Welt liefert, unabhängig zu machen. Dieses bedauerliche Bild wird noch verstärkt durch die Aussage Milton Friedmans, daß eine mit Zuschüssen bedachte Ökonomie nie funktionieren wird und sie zu ihrem eigenen Vorteil gezwungen werden muß, Kapital und Zinsen zurückzuzahlen, die wir so großzügig Jahrhunderte lang nicht eingetrieben haben. Dabei erklären wir, daß wir nicht so tief sinken, unseren europäischen Brüdern die niederträchtigen und blutrünstigen Zinsfüße



Die Genossen

Günter Battke

aus Jena (6. April)

Karlheinz Reichelt

aus Berlin (7. April) und

Manfred Sachse

aus Berlin (15. April)

nehmen in diesem Monat die 70er Hürde.

Wir gratulieren diesen bewährten Mitstreitern auf das herzlichste.

von 20 oder 30 Prozent abzuverlangen, die die europäischen Brüder den Völkern der Dritten Welt abnehmen. Wir werden uns darauf beschränken, die Rückgabe der vorgestreckten Edelmetalle zu fordern plus den bescheidenen Festzins von 10 Prozent, und das nur über die letzten 300 Jahre bei Schenkung von 200 Jahren. Auf dieser Basis und bei Anwendung der europäischen Zinseszins-Formel informieren wir unsere Entdecker, daß sie uns, als erste Zahlung, eine Masse von 185 Millionen Kilo Gold und 16 Millionen Kilo Silber in der 300. Potenz schulden. Das heißt, eine Zahl, für deren Niederschrift mehr als 300 Ziffern nötig wären und die das Gewicht des Planeten Erde weit übertrifft. Die spezifischen Gewichte von Gold und Silber sind eben sehr hoch. Wieviel wöge die Schuld, würde sie in Blut aufgewogen?“

Mit der Entdeckung der Kontinente durch die Europäer raubten die Conquistadores den Völkern das Gold, die Sprache, die Kultur und die Religion. Sie wurden geschändet und versklavt. Der Sklavenhandel war eines der größten Verbrechen der europäischen Zivilisatoren. Sie besorgten ihr Geschäft mit Glasperlen, Alkohol, Kreuzifix und Schwert, gestern wie heute. Und sie erfanden die Menschenrechte. Die Teilung der Welt in Arm und Reich ist der konzentrierteste Ausdruck dessen, was der Kapitalismus an Glanz und Elend hervorgebracht hat.

Wenn wir unsere Visionen von der Zukunft entwickeln, dann gehört meines Erachtens dazu, an die Anleihe zu denken. Ich bin davon überzeugt, daß die europäische Linke dazu sehr unterschiedliche und kontroverse Standpunkte haben wird.

Frantz Fanon sieht in seinem Buch „Die Verdammten dieser Erde“ voraus, daß die Entwicklungsländer die Rolle der Lokomotiven der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse übernehmen werden. Und auf dem Weg zur endgültigen Befreiung werden sie auch die Frage nach der Anleihe stellen.

Ich sehe unsere Aufgabe darin, den Kapitalismus in den eigenen Ländern zu überwinden. Damit unterstützen wir am besten den Kampf der Völker um ihre Freiheit. Oder: Wenn es die europäische Linke nicht schafft, die gesellschaftlichen Verhältnisse in den eigenen Ländern zu verändern, dann muß sie damit rechnen, daß der Strom der Veränderungen auf den Kontinenten an ihr vorbeizieht, sie allerhöchstens mitnimmt.

Mir gefällt der Satz, den die indische Schriftstellerin Arundhati Roys auf dem 3. Weltsozialforum im Januar 2003 in Porto Alegre, Brasilien, aussprach: „Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist bereits unterwegs. Und an einem ruhigen Tag, wenn du sehr genau hinhörst, kannst du sie atmen hören!“

Wolfgang Herrmann

PRCF: Großer Schritt nach vorn

Erst jetzt sind die Dokumente des Gründungskonvents eines „Pols der kommunistischen Wiedergeburt in Frankreich“ (PRCF), der am 17. und 18. Januar 2004 in Paris stattfand, international verbreitet worden. Anwesend waren mehr als 400 heutige und frühere Mitglieder der FKP, aber auch junge Revolutionäre und klassenkämpferische Gewerkschafter.

Die Formierung des Kerns einer neuen kommunistischen Partei, die an den marxistisch-leninistischen Prinzipien des FKP-Gründungsparteitags von Tours (1920) festhält und sich vom verräterischen Kurs der sogenannten Mutation (Wechsel) scharf abgrenzt, ist ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. Es besitzt eine weit über die Landesgrenzen hinausgehende Ausstrahlung. Obwohl die Brücken der meisten Teilnehmer zur derzeitigen FKP formell noch nicht abgebrochen wurden, stellt der PRCF fortan eine eigenständige kommunistische Kraft in Frankreich dar. Ihre Schaffung erfolgte über verschiedene Zwischenetappen.

Seit 1976 hat sich die FKP durch die sukzessive Preisgabe des Marxschen Konzepts der Diktatur des Proletariats, den Verzicht auf die führende Rolle der Arbeiterklasse und den demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip der kommunistischen Partei sowie die Abkehr vom proletarischen Internationalismus immer mehr von ihren Grundlagen entfernt. In den 90er Jahren ist sie dann unter Robert Hue und Marie-Georges Buffet, der jetzigen Nationalsekretärin, offen in antimarxistisches Fahrwasser abgedriftet. Die Parteiführung hat sich vollends vom revolutionären Erbe der FKP getrennt und an schmählichen antisowjetischen Kampagnen, an der Kriminalisierung der sozialistischen Länder und des Kommunismus aktiv teilgenommen. Die kampferfüllte Geschichte der FKP wurde entstellt und geschmäht. Als Nationalsekretär bezog Robert Hue Positionen der Klassenzusammenarbeit, trat für Privatisierungen großen Stils ein und befürwortete die Teilnahme von drei „kommunistischen“ Ministern an der bürgerlich-liberalen Regierung Jospin. Marie-Georges Buffet und ihre zwei Kollegen traten selbst während der Aggression gegen Jugoslawien nicht aus dem Kriegskabinett aus. Die heutige FKP-Spitze steht de facto zum Vertrag von Maastricht, zur EU. Mit deren Subventionen formiert sich gegenwärtig die sogenannte Europäische Linkspartei (EL), deren Hauptprotagonisten rechte Kräfte aus PDS und FKP sind. Es handelt sich gewissermaßen um eine modifizierte Neuauflage des berüchtigten „Eurokommunismus“, an dem in den 70er Jahren die FKP unter Georges Marchais führend beteiligt war. Auch heute verhält sich diese Partei sehr distanziert gegenüber den existierenden sozialistischen Staaten einschließlich Kubas.

Der nationale Gründungskonvent des PRCF unterstrich demgegenüber die re-

volutionäre Solidarität mit dem kubanischen Volk, dessen Abgesandte stürmisch begrüßt wurden. Die Treue zum proletarischen Internationalismus stand mit im Zentrum der Beratung der französischen Marxisten-Leninisten. Anders als die FKP sieht der PRCF die Zerstörung der sozialistischen Staatengemeinschaft als einen konterrevolutionären Prozeß unter der heuchlerischen Maske vermeintlicher Demokratie. Er bekennt sich zur traditionsreichen Geschichte der kommunistischen Bewegung und weist den Antisowjetismus entschieden zurück.

Die Diskussion auf dem Konvent verlief lebhaft und solidarisch, was unterschiedliche Auffassungen in bestimmten Fragen nicht ausschloß. So verabschie-

deten die Teilnehmer mehrheitlich eine Entschließung, in der die Befreiung der Arbeiterklasse und die Verteidigung der nationalen Souveränität Frankreichs als gewissermaßen gleichrangige Hauptziele proklamiert werden. Es gelte, „das rote Banner der Arbeiterklasse mit der Trikolore zu vereinigen“, heißt es darin. Andererseits forderte der namhafte Kommunist René Lefort in der Zeitung „Initiative Communiste“ vom Dezember 2003, eine wirklich marxistisch-leninistische Partei, die uneingeschränkt rot sei, könne „keinen Kompromiß mit den Farben der feindlichen Bourgeoisie“ schließen. Spannende Diskussionen unter den Genossen des PRCF stehen also noch bevor.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

CIA stürzte Aristide

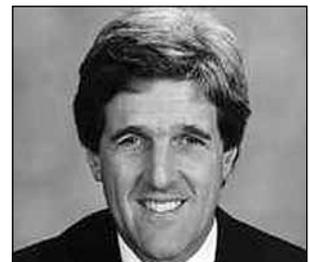
In der Karibik-Republik Haiti ist die Regierung des früheren Armenpriesters und gewählten Staatspräsidenten Jean-Bertrand Aristide durch eine nicht zuletzt von ehemaligen Tonton-Macoutes, Geheimpolizisten der einstigen faschistischen Diktatoren François und Jean-Claude Duvalier, angeführte „Rebellenarmee“ gestürzt worden. Der „Volksaufstand“ der Gestrigen und die Verschleppung Aristides ins „freiwillige“ Asyl waren nach übereinstimmender Feststellung politi-

scher Beobachter das Werk der CIA und des Pentagons, das seit 1994 Soldaten in Haiti stationiert hat. Unverzüglich nach dem Sturz des Washington nicht genehmen Präsidenten wurden die „Rebellen“ zurückgepöfien und sogenannte Friedenstruppen der USA und Frankreichs zur „Wiederherstellung der Ordnung“ entsandt. Schon 1991 – ein Jahr nach seiner ersten Wahl – war Aristide von denselben Kräften zu Fall gebracht und ins Ausland vertrieben worden.

Kerry gegen Bush

Wir haben uns in unserer Prognose geirrt und den Verstand der Wähler der Demokratischen Partei in den USA unterschätzt. Wir hatten darauf getippt, daß der Vier-Sterne-General und frühere NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark, der Belgrad bombardieren ließ, aus den Primaries (Vorwahlen) als Sieger hervorgehen und im November den demokratischen Gegenkandidaten zum Republikaner George W. Bush – der den Abwurf von Bomben auf Kabul und Bagdad befahl – abgeben würde. Wir werteten das zu Recht als Wettlauf zwischen Teufel und Beelzebub. Doch trotz pseudoliberaler Tünche und aufgesetzter Friedensrhetorik konnte der Ersatzkandidat des Pentagons und des militärisch-industriellen Komplexes, der bei Bushs Niederlage in Aktion treten sollte, die Teilnehmer der demokratischen Vorwahlen nicht überzeugen. Weit abgeschlagen, wurde Clark sang- und klanglos aus dem Rennen genommen.

Der Favorit ist jetzt Vietnam-Veteran John Kerry, ein Senator aus Massachusetts, der sich in der Vergangenheit nicht gerade als Verfechter aufgelockerter Positionen profiliert hat. Er gehörte – wie fast alle Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten – zu den nachdrücklichen Befürwortern des Überfalls auf Irak. Zuvor hatte er 12 Jahre lang das Embargo gegen



dieses Land verteidigt, das 1,5 Millionen Menschen – darunter Hunderttausende Kindern – den Tod brachte. Er hat sich bisher nicht für den raschen Abzug der USA-Invasoren ausgesprochen. In seinem Buch „Mein Ruf zum Dienst: Meine Vision für ein besseres Amerika“ verfißt Kerry weltpolitisch alle Grundanliegen der tonangebenden Kreise des USA-Imperialismus. Er ist Parteigänger eines „Internationalismus, der Muskeln besitzt“. Diesen Kurs will er mit den USA-Verbündeten in Europa und der NATO durchsetzen, wenn diese den amerikanischen Führungsanspruch weiterhin anerkennen.

Wie man sieht, sind die Unterschiede zu Bush – dem rabiatesten und gefährlichsten USA-Präsidenten aller Zeiten – nur graduell. Allerdings besitzt Kerry einen deutlich höheren Intelligenzquotienten als Bush, was ja bekanntlich kein Kriterium ist.

S. R.

Syrien: Wo Kommunisten mitregieren

Unlängst gewährte der Chefredakteur des syrischen Wochenblattes „Weg des Volkes“, Ammar Bagdache, Parlamentarischer Fraktionsführer der KPS und Mitglied ihres Politbüros, der belgischen PTB-Zeitung „Solidaire“ ein aufschlußreiches Interview. Die vor 80 Jahren gegründete KP Syriens sei die älteste kommunistische Partei in der arabischen Welt, der langjährige KP-Generalsekretär Khaled Bagdache als erster Kommunist in ein arabisches Parlament gewählt worden, berichtete der Interviewte. Die Anwesenheit von Kommunisten im heutigen syrischen Kabinett besitze eine lange Tradition. Bis heute gebe es eine Strategie der Allianz mit der Baath-Partei Syriens (diese darf nicht mit der irakischen Partei gleichen Namens verwechselt werden – R. F.). Zunächst Teil der antikolonialen Front gegen das französische Protektorat, trete die KPS seit der 1946 errungenen Unabhängigkeit Syriens konsequent für die nationale Souveränität ein. Zugleich verteidige sie die Arbeiterrechte. Die erste Gewerkschaft des Landes sei von Kommunisten ins Leben gerufen worden. Eine entschiedene Verfechterin der

Bauerninteressen, habe die KPS auch die erste landwirtschaftliche Kooperative gegründet.

In den Jahren 1955/56 sei eine breite Koalition mit Vertretern der nationalen Bourgeoisie und der progressiv-nationalistischen Baath-Partei entstanden, die aber nur bis zur Vereinigung Syriens mit dem Ägypten Nassers existiert habe. Folge dieses Staaten-Zusammenschlusses sei eine scharfe antikommunistische Repression gewesen. Auch die Baathisten seien verfolgt worden. Die KP habe in die Illegalität gehen müssen. 1961 – mit dem Ende der Union zwischen Damaskus und Kairo – sei die national-revolutionäre Bewegung wieder an die Öffentlichkeit getreten.

1966 sei der linke Flügel der Baath-Partei an die Macht gekommen. Seit diesem Zeitpunkt unterhalte die KP Beziehungen zu ihr. Ab 1973 bestehe die nationale fortschrittliche Front, die eine engere Kooperation ermögliche.

Zur derzeitigen Situation erklärte Ammar Bagdache u. a.: Syriens Regierung sehe sich nicht nur enormem äußeren Druck der USA und Israels, sondern auch innerer Auflehnung gegenüber. Die neue Bourgeoisie

sie stehe im Bunde mit den internationalen Monopolen. Sie suche ihrem ökonomischen Einfluß auch entsprechendes politisches Gewicht hinzuzufügen. Noch bestehe ein starker staatlicher Sektor in der Wirtschaft.

Der syrische Politiker würdigte den patriotischen irakischen Widerstand gegen die USA-Aggressoren und -Okkupanten. Dessen Stärke erkläre nicht zuletzt die Tatsache, daß Washington noch keinen Angriff auf Syrien gewagt habe. Den Kern der Operationen in Irak bildeten Offiziere mit langjähriger militärischer Erfahrung. Aber auch andere Sektoren stünden im Kampf, darunter frühere Baathisten. Als Teil dieser Front habe sich die KP des Irak (Kader) formiert. Natürlich spielten auch patriotische und antiimperialistische Organisationen des Islam eine Rolle.

„Wir sind gegen jede Form der Kollaboration von Irakern mit den fremden Okkupanten. Daher lehnen wir auch die sogenannte irakische provisorische Regierung ab, die jeder Legitimität entbehrt“, betonte Ammar Bagdache.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Venezuelas Ölwanne

Venezuelas Präsident Hugo Chávez hat auf Drohungen aus den USA, man werde „Sanktionen“ gegen die staatliche Erdölgesellschaft verhängen, falls Caracas den Export in die Vereinigten Staaten einstelle, unmißverständlich geantwortet. In einer vom einzigen nicht privaten Fernsehsender übertragenen Ansprache erklärte der Staatsmann, dessen Bruder übrigens venezolanischer Botschafter in Kuba ist: „Wenn Mr. Bush von dem Wahnsinn besessen sein sollte, den Versuch einer Blockade Venezuelas, oder – schlimmer als das – einer Invasion als Antwort auf die verzweifelten Gesänge seiner hiesigen Lakaien zu unternehmen, wird nicht mehr ein Tropfen Erdöl aus diesem Land zu ihnen gelangen.“ Chávez fügte hinzu, das Volk werde das freie und demokratische Venezuela notfalls mit seinem Blut verteidigen.

R. F., gestützt auf Xinhua



Rußland:

13,7 Prozent für KPRF-Kandidaten

Bei den russischen Präsidentschaftswahlen, die vom Medienterror zugunsten Putins bestimmt wurden, hat der kommunistische Kandidat Nikolai Charitonow rund 13,7 % der Stimmen erhalten und den zweiten Platz eingenommen. (Im Dezember 2003, als die Duma neu gewählt wurde, waren auf die Liste der KPRF 12,7 % des Votums entfallen.) Im Unterschied dazu hatte der diesmal nicht antretende KPRF-Vorsitzende Gennadi Sjaganow bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 mehr als 29 % der Stimmen auf sich vereinigen können. Die Wahlbeteiligung lag diesmal nur bei 64,3%. Etwa 3,5% der Abstimmenden entschieden sich gegen alle Kandidaten.

KKE:

Prinzipienfestigkeit zahlt sich aus

Bei den griechischen Parlamentswahlen am 7. März 2004, die im Zeichen einer gnadenlosen Polarisierung zugunsten der beiden großen Blöcke – der rechtskonservativen Neuen Demokratie und der rechtssozialdemokratischen PASOK – standen, konnte sich die KP Griechenlands (KKE) gut behaupten. Die für ihre konsequente marxistisch-leninistische Haltung bekannte Partei, von der auch die gewerkschaftliche Kampffront (PAME) geführt wird, übersprang mühelos die 3-Prozent-Hürde und erreichte knapp 6 % (bisher 5,5 %). Die KKE gewann ein Mandat hinzu und ist jetzt mit 12 Abgeordneten im Athener Parlament vertreten.

Spanien: Kriegspartei abgeblitzt

Die hochfavorisierte Volkspartei (PP) des bisherigen Präsidenten Aznar – eines willigen Gefolgsmannes der Bush-Administration – ist bei den spanischen Parlamentswahlen aus dem Rennen geworfen worden. Unmittelbar nach einer Serie von Anschlüssen, die mit der Komplizenschaft Madrids bei Washingtons Irak-Aggression im Zusammenhang gestanden haben dürften, erlitt die PP des Halbfaschisten Aznar eine unerwartete Schlappe. Ans Ruder kehrte die sozialdemokratische PSOE zurück, die in Aussicht gestellt hatte, die spanischen Truppen aus Irak zurückzuziehen.

Michael Mäde trommelt Alarm

Der Lyriker und Prosaautor Michael Mäde hat uns seinen jüngsten Gedichtband „Wider die Ruhe“ zugesandt.

Medienkunde

Es ist Krieg und alle Blätter schreien,
DIE SCHLACHT BEGINNT
DEUTSCHE TORNADOS FLIEGEN
IN DER ERSTEN REIHE
und Bomben fallen IM VIERSTUNDENTAKT,
ein IRRER SERBE war es,
der den Krieg zu wollen hatte,
der IRRE heißt SLOBO
und soll gefälligst ANRUFEN
und die NATO MUSS DEN SERBEN
EINE LEKTION ERTEILEN,
und aus den alten Nazifliegern
werden plötzlich wieder deutsche Sieger.
Die HUMANITÄREN AKTIONEN
aus der LUFT gegriffen,
werden unermüdlich fortgesetzt
und die Schäden sind
vor allem KOLLATERAL,
illegal, schießegal.
SERBIEN MUSS STERBIEN.
Das ist schon wieder gemeint.

An die Genossen

Nein, wir hängen keiner Utopie an.
Unsere Vorstellung ist lebbar,
real, neudeutsch machbar. Nein,
wir sind keine Kronenwächter,
wir harren nicht
der Auferstehung Barbarossas,
eines Tages, nein, wir leben,
wir denken, wir lieben, wir sind
totgesagt, schon lang, nein,
unsere Träume sind noch lange
keine Flucht.
Was, frage ich euch,
würde die auch schon bringen.

Alles war Unsinn,

ein großer Fehler, alles falsch,
seht, die fadenscheinig gewordenen
Sozialisten sagen es selbst:
Es ging nicht,
nur bunter kann man es haben,
aber man wird immer regiert.
Und der Markt ist gut,
weil er da ist, und anders
ist das einfach nicht zu machen

und Gleichheit ist Gleichmacherei
und Neid ist eine Triebkraft,
und Triebkräfte sind wichtig
für den Fortschritt von irgendetwas.
Und die Erde ist noch immer keine Scheibe,
obschon wir ganz gerade auf ihr gehen.

Resümee (vorläufig)

Die Ordnung ist hergestellt.
Mein Land gibt es nicht mehr.
Der Heimat bin ich entflohen.
Meine Erwartungen sind gezähmt.
Der Schatten,
der auf mich fällt,
wird länger, schon
seit zwölf Jahren.

Mein Sohn hat Waschtage

Träge rekelte sich der Kampfanzug.
Trainingsanzüge mit häßlichen Vögeln
reihen sich auf der Leine.
Der Wind höhnt ums Haus.
Auf meiner Terrasse trocknet die Wäsche
der feindlichen Armee.

Der Colonel von Cattenberg

Ahnungslose könnten hinter einem solchen Titel ein Märchen vermuten. Aber weit gefehlt. Die Geschichten von Gerhard Bengsch haben, das sei schon mal verraten, weder einen glücklichen Ausgang, noch entspringen sie allein der Phantasie des Autors. Es

geht – wie sollte es anders bei ihm sein – um den einzelnen Menschen. Mit einer Mischung aus Ironie, Humor und Stolz schildert er diesen in seinen Stärken und Schwächen, in seinen Höhenflügen und seelischen Abgründen, in seiner Genialität und Ver-

werflichkeit. Nie aber ohne Bezug zu den politischen Verhältnissen. So wird glaubhaft und nachvollziehbar, wie sie das Individuum prägen und seine Biographie – so oder so – beeinflussen.

Die wechselvollen Schicksalswege der Helden des drei Erzählungen umfassenden Buches führen durch das Hier und Heute, einer Zeit also, die alles andere als gesicherte und lebensfreundliche Umstände bereithält. Und weil das so ist, geraten die Akteure in den Geschichten stets in Situationen, in denen sie der Übermacht und Skrupellosigkeit jener unterliegen, die sich Land und Gut der DDR angeeignet haben. Zunächst beginnt immer alles mit viel Hoffnung, Erwartung, Ärmelhochkrempeln: Ein Rentner aus Dortmund, der sein Lebtage hart arbeiten mußte, steigt über Nacht zu den Reichen auf, denn er erbt in Ostdeutschland ... Ein gut ausgebildeter Ingenieur, der in der DDR sein Zuhause und seine Perspektive hatte, wird plötzlich arbeitslos und hat einen seltsamen Einfall ... Ein karrierebewußtes Ehepaar will mit der Gründung einer

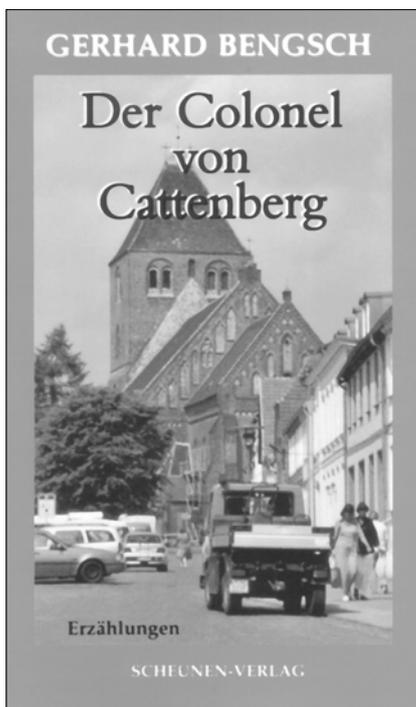
eigenen Firma hoch hinaus und erleidet doch Schiffbruch

...

Es endet stets, wie es enden muß: unter Verhältnissen, in denen aus Humanismus Machtkampf und Rechtlosigkeit, aus Gemeinschaftsinn Egoismus, aus des Volkes Eigentum Privatbesitz wird. Gerhard Bengsch, Autor erfolgreicher Kino- und Fernsehfilme wie „Krupp und Krause“ oder „Grüß Gott, Genosse“, veröffentlichte in den 90er Jahren Erzählungen und Satiren, die vielen von uns ein Begriff sein werden: „Prünzke & Prott“, „Herr Minister läßt grüßen“, „Unterlassene Hilfeleistung“, „Meine Reisen mit Annabella“, „Gute Nacht, Antonio“ und „Geisterstunde“. Mit „Der Colonel von Cattenberg“ setzte der Schriftsteller die Reihe seiner Gegenwartsgeschichten fort. Es ist nun zu seinem Vermächtnis geworden.

Bruni Steiniger

Gerhard Bengsch. *Der Colonel von Cattenberg*. SCHEUNEN-VERLAG Kückenshagen 2003, 288 Seiten, ISBN 3-924301-74-6



Das letzte bislang veröffentlichte Werk des prominenten Autors aus der DDR

Erinnern an Bodo Uhse

Der heute wohl weniger bekannte Schriftsteller Bodo Uhse erblickte vor gut 100 Jahren – am 12. März 1904 – in Rastatt das Licht der Welt. Dies ist uns Anlaß, sich des bereits am 2. Juli 1963 jung Verstorbenen zu erinnern. Sein Weg führte ihn aus einer preußisch-schlesischen Offiziersfamilie über die Nazi-Partei, aus der er schon 1930 ausgeschlossen wurde, an die Seite der Arbeiterklasse. Uhse emigrierte 1933 nach Paris, wurde 1934 von den Nazis ausgebürgert, nahm 1936 am Spanienkrieg teil, kehrte 1938 krank nach Frankreich zurück, übersiedelte 1940 nach Mexiko und kam 1948 wieder nach Berlin. Sein Gesamtwerk, das der Aufbau-Verlag Berlin in einer sechsbändigen Ausgabe vorlegte, ist nicht allzu umfangreich. Uhses Freund Günter Caspar betreute diese Edition hervorragend. Die autobiographisch gefärbten Romane „Die Söhne“, „Söldner und Soldat“, „Leutnant Bertram“ und „Die Patrioten“ kündeten vom Aufbruch zu Wahrheit und Zukunft. Sie sind Zeitdokumente von bleibendem Wert. „Leutnant Bertram“ erschien erstmals 1944. Das Buch entlarvt den Hitlerfaschismus und ist zugleich ein Heldenlied auf die deutschen Spanienkämpfer. Wen der Schriftsteller mit seinen Romanen erreichte, der mußte sich mit den Fragen Söldner oder Soldat, Nationalist oder Patriot auseinandersetzen. Denn für Bodo Uhse war die im guten Sinne nationale Literatur „nicht nur ein schmückendes Kleid der Völker, sondern der wahre Ausdruck ihrer Seele“. F. C. Weiskopf wies darauf hin, daß sich der Erzähler an Kleist und Fontane geschult habe. Folglich wußte er in

knapper Art seine Figuren zu charakterisieren, um sich auf die künstlerische Gestaltung des Details konzentrieren zu können.

Aus dem Exil brachte Uhse den Band „Die heilige Kunigunde im Schnee“ (1949) mit. Später folgten die „Mexikanischen Erzählungen“ (1957) und das Prosawerk über Käthe Kollwitz „Die Aufgabe“ (1958). Literarische Früchte seiner Aufenthalte in Spanien, China und Kuba waren Reiseberichte und Reportagen wie „Die erste Schlacht“, „Tagebuch aus China“ und „Im Rhythmus der Conga“. Diese spannenden Tagebücher wurden auch in die Gesammelten Werke in Einzelausgaben aufgenommen. Im sechsten Band erfaßte man Uhses Publizistik, von den 30er Jahren bis zu seinem frühen Tod. Literarische Porträts von Kisch, Becher, Brecht, Weiskopf, Rivera, Rolland, Hikmet und anderen gehören dazu. Ferner enthält der Band Aufsätze, Reden, Briefe, Essays und Tagebuchnotizen, die von der Vielseitigkeit und den kulturpolitischen Aktivitäten des Schriftstellers zeugen.

Bodo Uhse nahm zahlreiche gesellschaftliche Verpflichtungen wahr: Chefredakteur der Zeitschrift „Aufbau“, Mitglied des Präsidialrates des Kulturbundes, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes, Vorstandsmitglied des PEN-Zentrums Ost und West und Sekretär der Sektion Sprachpflege und Dichtkunst der Akademie der Künste der DDR. Wenige Monate vor seinem Ableben wurde ihm die Chefredaktion der Zeitschrift „Sinn und Form“ übertragen. Bodo Uhse ist auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin bestattet worden.

Dieter Fechner

Zum Tod des marxistischen Historikers Hans-Joachim Krusch

Am 20. Februar dieses Jahres ist Hans-Joachim Krusch, der Sprecher des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS (MAK), nach kurzer Krankheit 68jährig in Berlin gestorben.

Mit Hans war ich seit etwa Mitte der 90er Jahre freundschaftlich und politisch verbunden. Auf einer der ersten gemeinsamen Geschichtskonferenzen des MAK, der Marx-Engels-Stiftung und der Geschichtskommission der DKP hatte ich ihn kennengelernt. In ihm begegnete ich einem Genossen, der sein Leben ganz der sozialistischen Bewegung gewidmet hatte.

1935 geboren, studierte er nach seiner Lehre an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät und anschließend Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Seit 1958 arbeitete er am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Sein wichtigstes Forschungsgebiet war die deutsche Arbeiterbewegung der frühen zwanziger Jahre. Mit Arbeiten auf diesem Gebiet promovierte und habilitierte er. Zuletzt war er am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin tätig.

Nach seiner „Abwicklung“ gründete Hans 1992 mit anderen marxistischen Wissenschaftlern und langjährigen Weggefährten den MAK, seinerzeit als Arbeitskreis bei der Historischen Kommission der PDS, deren Sprecher er von Beginn an war. Der MAK versteht sich als eigenständiges und organisationsübergreifendes Gremium. In seiner Leitung

arbeiten Mitglieder der PDS, der DKP und Parteilose, der Gewerkschaften, der VVN-BdA, der GBM und anderer Vereinigungen zusammen. Die umfangreiche publizistische und organisatorische Arbeit des MAK lag zum großen Teil auf den Schultern seines Sprechers: Die von ihm initiierte, seit 1995 vierteljährlich erscheinende Geschichtskorrespondenz, die Reihe „Geschichte und Gesellschaft“, die monatlichen Zusammenkünfte zu historischen Themen in Berlin-Weiße See sowie die zweijährlichen bundesweiten Konferenzen zu geschichtlichen und aktuellen Themen.

Zugleich setzte Hans seine Forschungsarbeit fort. Gemeinsam mit Günter Benser gab er ab 1993 die „Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland“ heraus. In dem Dokumentenband „Irrweg oder Alternative“ (1996) setzte er sich mit den Lügen über die angebliche „Zwangsvereinigung“ von SPD und KPD auseinander.

1995 gehörte Hans zu den Erstunterstützern des Marxistischen Forums. Gemeinsam mit Heinz Kallabis und Ingo Wagner veröffentlichte er 2001 einen eigenen Beitrag zur linken Programmdebatte in der BRD. Nach dem Chemnitzer Parteitag 2003 trat Hans aus der PDS aus.

Ende Januar 2004 hielt er auf einer Konferenz in der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen ein Referat zum Thema „Die Kommunistische Internationale, die KPD und die Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung 1923/24“. Niemand konnte ahnen, daß dies sein letzter Beitrag sein sollte und erst posthum erscheinen wird.

In der „jW“ schrieb Arnold Schölzel nach dem Tod von Hans: „Die Einheit der Arbeiterbewegung war ihm mehr als ein wissenschaftliches Objekt. Er gehörte zu denen, die sie am beharrlichsten und geduldigsten anstrebten.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Peter Wegner

Trauer um Gerhard Bengsch

Der Tod des renommierten Schriftstellers und standhaften Sozialisten Gerhard Bengsch aus Kleinmachnow, dessen wohl bekanntestes Werk das Drehbuch zum Fernsehfilm „Krupp und Krause“ gewesen ist, hat alle seine Freunde, Leser und Kampfgefährten tief erschüttert. Unter den Trauernden befindet sich

das große „RotFuchs“-Kollektiv. Wir sehen ihn noch auf der Veranstaltung unserer Berliner RF-Regionalgruppe im Spätherbst 2003, wo er packende Szenen aus seinem Spotless-Buch „Geisterstunde“ vortrug. „Ich fühle mich bei Euch immer sehr wohl“, sagte er damals. Und wir haben ihn, den langjährigen Begleiter unserer Zeitschrift, und seine Prosa sehr gemocht. Jetzt denken wir in Verbundenheit an seine Frau, die er auf menschlich bewegende Weise in den Rang einer literarischen Gestalt erhob. Auch seinem Sohn gilt unser Mitgefühl.

Klaus Steiniger



¡Presente!

■ „Zum erstenmal las ich den Namen **Attila József** unter einem Gedicht, das ich, ich weiß nicht mehr in welchem Jahr des Krieges, in einer der zahlreichen illegalen literarischen Zeitschriften der französischen Widerstandsbewegung gefunden hatte. Ich entsinne mich, daß die Übersetzung eindrucksvoll war, ungewöhnlich eindrucksvoll in einer Sprache, die sich fremder Poesie gegenüber leicht spröde gibt. Aber das Gedicht selbst traf mich, wie es einem gelegentlich ergeht mit einem Gedicht: Es läßt einen erbeben, es ist etwas, wovon man geträumt hat, wovon man träumen wird, man hat es sofort eingereiht in die geheime Anthologie, die jeder Liebhaber der Dichtung für sich selber anlegt.

Aus den Abgründen eines Volkes ist diese Dichtung aufgestanden, und vom Volk stammt nicht nur ihre Stofflichkeit, ihre Farbe, ihr Abendhimmel, der Rauch ihrer Dörfer, sondern auch ihr Übermut und ihre Verzweiflung, ihre Sinnlichkeit und Keuschheit, ihre Naivität, ihre Weisheit. Eingeschmolzen in Józsefs Dichtung sind die entscheidenden poetischen Bewegungen der Moderne: Man findet natürlich den Einfluß Adys, den er ganz früh gelesen hatte, aber auch Baudelaire und Poe, die französischen Surrealisten so gut wie Majakowski und ebenso Becher, Weinert, Brecht. Wie unbequem ist der Fall dieses Plebejers, unbequem vor allem für jene, welche die Existenz großer proletarischer Dichtung leugnen möchten, unbequem aber auch für solche, die das Kriterium für die Bedeutung proletarischer Dichtung nur unter dem Aspekt des Agitatorischen sehen.



Zeichnung: Ferenc Erdélyi

Wir erwähnten Einflüsse; viel wichtiger ist, was Attila József in die Weltlyrik brachte: einen Ton, der zwar schon früher aufgeklungen ist, den Anruf der Zukunft (der sich auch als Anruf an Vergangenes geben kann), einer Zukunft, die Güte und Schönheit verheißt, jenen Ton, den man bei Hölderlin wie bei Keats, bei Eichendorff wie bei Apollinaire hatte vernehmen können, hier aber merkwürdig verwandelt in einer Zeit, in der die Menschheit bewußt Geschichte macht. Immer hatte Attila József ein besonderes Interesse für Philosophie gehabt. Seine Dichtung ist eigentümlich von Philosophie geprägt. Gewiß handelt es sich hier nicht um in Verse gebrachten Marxismus, aber ich kenne keine andere Dichtung, in der so kühn und subtil subjektive Bewegung und marxistischer Gedanke ineinandergefügt sind.“

Stephan Hermlin über den Lyriker Attila József, der am 11. April 1904 100 Jahre alt geworden wäre (er starb am 3. Dezember 1937 in Balatonszárszó).

■ Der Schriftsteller **Anatole France**, an dessen 160. Geburtstag hier erinnert werden soll (er lebte vom 16. April 1844 bis 12. Oktober 1924), wurde in Paris als Sohn eines Buchhändlers geboren. Er beschrieb seine im kleinbürgerlichen Milieu verbrachte Kindheit und Jugend in mehreren Büchern. Auch seine erste Novellensammlung „Unsere Kinder“ trägt autobiographischen Charakter. 1869 wurde er Verlagslektor. Zunächst zeigen die Romane von France noch kein Verständnis für die gesellschaftliche Problematik seiner Zeit. 1876 wurde er Angestellter der Senatsbibliothek und zur gleichen Zeit Mitarbeiter der bürgerlichen Zeitung „Temps“.

Sein eigentliches Schaffen begann mit dem Roman „Professor Bonnards Schuld“. Fest auf bürgerlich-humanistischem Boden stehend, entwickelte sich France auf antiklerikaler Basis in den 90er Jahren unter dem Einfluß vor allem der Dreyfus-Affäre und seiner Freundschaft mit Jean Jaurès zum kämpferischen, für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt Eintretenden, mit der sozialistischen Bewegung verbundenen Humanisten, dessen progressive politische Profilierung sich deutlich zuerst in „Die Meinungen des Abbé Jérôme Coignard“ abzeichnet. Umfassend kommt diese zum Ausdruck in der direkt in die Zeitgeschichte eingreifenden, kritisch-realistischen vierteiligen „Zeitgenössischen Geschichte“. Im letzten Band („Professor Bergeret in Paris“) benutzt France die Ereignisse anläßlich der Ernennung eines neuen Bischofs dazu, die Rolle der Kirche und die Korruptheit des Staatsapparates aufzuzeigen und kleinbürgerliche Moral und Heuchelei bloßzustellen. Die Erzählung „Der Fall Crainquebille“ ist eine Satire auf die Justiz als Hüterin der bürgerlichen Ordnung.

Frances Glaube an eine bessere Zukunft der Menschheit, von dem die kommunistische Utopie in „Auf dem weißen Felsen“ zeugt, wurde von der Enttäuschung über die sich festigende bürgerliche Reaktion gedämpft, was spürbar ist in dem Roman „Die Insel der Pinguine“, in dem er satirisch die katholische Kirche und ihre Heiligenlegenden sowie die zweifelhaften politischen Machenschaften und Skandale der 3. Republik aufs Korn nimmt. In der Novellensammlung „Die Perlmutterdase“ und in dem Roman „Die Götter dürsten“ setzt sich France mit der Französischen Revolution von 1789 auseinander, wobei deutlich wird, welchen Abstand er zwischen den Hoffnungen von 1789 und den zerrütteten Verhältnissen der 3. Republik sieht und mit welcher Skepsis er den Möglichkeiten, die Welt zu verändern, gegenübersteht. Auch in „Aufruhr der Engel“, einem mythologischen Roman, die Auflehnung der Engel gegen die Tyrannei Gottes darstellend, läßt France diese sich am Schluß von ihren revolutionären Idealen lossagen. Erst die Oktoberrevolution, die France begeistert begrüßte (Gruß den Sowjets; 1922), wies ihm den Weg und ließ ihn seine Ratlosigkeit überwinden; sie führte ihn zu der „Clarté“-Bewegung von Henri Barbusse und zu der 1920 gegründeten Kommunistischen Partei Frankreichs, ohne daß jedoch seine neugewonnenen Erkenntnisse noch einen künstlerischen Niederschlag in größeren Arbeiten fanden. France war seit 1896 Mitglied der Académie française und erhielt 1921 den Nobelpreis für Literatur.

BUCHTIPS zum politischen Lied

Aus Anlaß einer Neuerscheinung und der Vorankündigung eines weiteren Buches von bzw. zu einigen Repräsentanten des politischen Lieds hier eine kleine Auswahl von Titeln (alle mit zahlreichen Abb.):

- **Paul Robeson:** Mein Lied – meine Waffe. Kongress-Verlag, Berlin 1958, 192 S.
- **Victor Jara.** Sein Leben – seine Lieder. Vorwort Pete Seeger. Verlag 2001, Frankfurt/Main 1976, 120 S.
- Daß nichts bleibt, wie es war. **Hannes Wader** u. seine Lieder. Hrsg.: Ulrich Maske. Pläne-Verlag, Dortmund 1984, 480 S.
- Victor Grossman: If I Had a Song. Lieder und Sänger der USA. Verlag Lied der Zeit, Berlin 1988, 340 S.
- **Süverkrüps** Liederjahre 1963–1985 ff. Hrsg.: Udo Achten. Grupello-Verlag, Düsseldorf 2002, 296 S. Mit 40 Radierungen Dieter Süverkrüps
- **Perry Friedman.** „Wenn die Neugier nicht wär“. Ein Kanadier in der DDR. Dietz-Verlag, Berlin 2004, 198 S., mit CD
- **Fasia.** Schwarze politische Sängerin in Deutschland. ASSO-Verlag, Oberhausen 2004 (Juni), Ca. 300 S., mit CD **W. M.**

Leserbriefe an RotFuchs



Ich bitte darum, mir die Zeitschrift „RotFuchs“ regelmäßig zuzusenden. Ich bin durch meine Omi darauf neugierig geworden.

Steffi Weber, Rostock

In der März-Ausgabe des RF war ich von dem Artikel „Mut in Ueckermünde“ tief berührt. Erst vor kurzer Zeit stand ich nämlich vor dem gleichen Problem, wurde jedoch „leider“ aus gesundheitlichen Gründen ausgemustert. Wäre dies nicht geschehen, hätte ich den netten Leuten im Kreiswehersatzamt auch meine wahren Beweggründe mitgeteilt: nämlich, daß ich in keiner reaktionären Okkupationsarmee dienen werde. Mit diesem Schreiben übersende ich 55 Euro, wovon ich Euch bitten möchte, 40 Euro als Zeichen meiner Solidarität an Genossen Ehler weiterzuleiten.

Kai Bergmann, Mahlow

Die CDU/CSU/FDP-Führer haben den Weg in eine andere Republik eingeschlagen – in eine Republik, die stark rechts ausgerichtet sein wird. Sie dürfte sozialpolitisch vor 1871 anlegen. Wenn diese Leute nicht aufgehalten werden, führt der Weg ins Verderben ... Der geistige Kopf ist der „große Finanzfachmann“ Horst Köhler, der bisherige Chef des IWF. Frau Merkel und Partner wissen sehr genau, welche verwerfliche Rolle der IWF in der Welt spielt ... Dieser Mann muß unter allen Umständen abgewehrt werden. Es geht auch darum, Merkel, Stoiber und Westerwelle in der Öffentlichkeit zu entlarven und von eigenen positiveren Kräften abzuschneiden. Nicht die „alten Seilschaften“ in der DDR sind eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland, sondern die rechten Kräfte in den Parteien ohne Ausnahme. Wer sich jetzt nicht gegen diesen Angriff des Kapitals und der Rechtsaußen-Fraktion wehrt, macht sich schuldig, wenn dem deutschen Volk Schlammes widerfahren sollte.

Bruno Kiesler, Berlin

Während mancher noch überlegt, wer der bessere der beiden – vom Volk ohnehin nicht zu wählenden – Präsidentschaftskandidaten ist, sollte man hören, was Gesine Schwan erklärt. Der „Bild am Sonntag“ sagte sie am 7. 3.: „Mein Antikommunismus bleibt.“ Wer sich daran erinnert, was die beiden ideologischen Zwillingsbrüder Faschismus-Antikommunismus und Antisemitismus Deutschland an Elend brachten, weiß, woran er bei Frau Schwan ist. Ein weiblicher Kandidat muß nicht unbedingt besser sein.

Gerhard Rosenberg, Berlin

Vielen Dank für den Leitartikel „Wählen?“ im März-RF. Ich habe mich auch mit dem Problem beschäftigt und über die Frage gegrübelt, wen man wählen sollte. Meine Spannweite reichte von Wahlverweigerung bis hin zur KPD. Die bekam bei der letzten Wahl in unserem Bezirk nur 15 Stimmen.

Den RF-Artikel habe ich ablichten lassen und in der Sitzung der bunten PDS-Truppe, die der Wahlvorbereitung diente, zur Diskussion gestellt. Die Reaktion war einfach herrlich. Alle wehrten sich gegen den Ausdruck „Wende“. Alle bestätigten, daß sie auch Konterrevolution sagen. Alle dachten laut nach und waren mit dem letzten Abschnitt Eures Artikels – alles in allem – sehr einverstanden. Das wollte ich Euch mitteilen, damit Ihr wißt, wie wir mit dem „RotFuchs“ arbeiten.

Brigitte Marx, Zörbig

Der jüngste „RotFuchs“ bestärkte uns wieder in unserer Meinung und brachte Balsam auf unsere Wunden. Der Beitrag zum Frauentag tat sooo gut! Auch das Interview mit Erik Neutsch zeigte, daß wir nicht umsonst gelebt haben. Sehr leicht kann

man nicht mit dem Leitartikel „Wählen?“ umgehen, wenn man Mitglied der PDS ist. Aber in vielen Punkten geben wir dem Autor recht. Die PDS sollte in diesem Staat keine Regierungskoalition eingehen, sondern ... auf der Oppositionsbank sitzen und ordentlich kämpfen. Wir kennen zwar zwei Genossen, die in der Regierungsverantwortung sind, die Rügener Landrätin Kerstin Kassner und den Bürgermeister von Saßnitz Dieter Holtz. Sie nehmen ihre Arbeit sehr ernst und tun alles, um auch die sozialen Belange der Bürger zu vertreten. (...) Was aber die Schweriner betrifft, so scheinen sie sich von der Basis lösen zu wollen. Doch diese zeigt ihnen die Zähne.

Herta und Klaus Howaldt, Lohme

In Vorbereitung der Wahlen fürs Europaparlament haben sich die Wahlstrategen der PDS wieder einige wenig originelle Texte einfallen lassen, von denen sich einer nicht nur durch Banalität und Leere auszeichnet, sondern auch hinter die Ideale der Französischen Revolution zurückfällt: „Der Mensch ist die Mitte. Jetzt erst recht!“ Offensichtlich schien den Schöpfern des Slogans das übliche „Im Mittelpunkt steht der Mensch“ zu sehr abgenutzt. So verfielen sie auf eine Variante, die sich schwer verifizieren läßt und kaum zur materiellen Gewalt werden dürfte. Diese Anthropologie der Mitte läßt einen immerhin fragen, ob es da auch ein Rechts oder Links gibt (womit demokratische Sozialisten natürlich nichts zu tun haben wollen) oder wo die übrige belebte Natur bleibt. Hinzu tritt in diesem Doppelslogan ein Imperativ, der trotzköpfiges Mutmachen auszurücken versucht. Weniger oder gar nichts wäre mehr gewesen.

Dr. Wolfgang Schmitt, Berlin

Wie wohltuend ist es, im März-„RotFuchs“ „Wählen?“ zu lesen. Mit Analyse und Schlußfolgerungen stimme ich völlig überein. Ich wünschte mir, daß noch viel mehr Menschen dieses Landes mit solcher Konsequenz den heutigen Zustand durchdenken und zwar bis zu Ende.

Noch ein paar Worte zur Eliteausbildung. Abgesehen davon, daß die ABF die DDR-Elite ausgebildet hat, waren die Spezialklassen an den Erweiterten Oberschulen Ausbildungsstätten für Eliteschüler. In der Klasse Technische Rechner der EOS „Adolf Reichwein“ in Halle befanden sich z. B. keine Schüler mit der Note „Befriedigend“ auch nur in einem Unterrichtsfach. Ähnlich war die Lage in den Spezialklassen für Chemie/Physik/Mathematik oder für Russisch. Von den Kinder- und Jugendsportschulen der DDR will ich gar nicht erst reden. Vom 5. bis zum 12. oder 13. Schuljahr war das Eliteausbildung mit berufsvorbereitendem Charakter. Es war völlig unwesentlich, ob die Eltern Schulgeld, Lehrbücher, Internatskosten oder Sportspezialkleidung bezahlen konnten oder nicht. Da saß die Elite aus dem Volk der DDR. Da waren die Tore für hohe Bildung geöffnet. Der Sohn des Werkzeugmachers lernte gemeinsam mit der Tochter des LPG-Bauern, die Tochter des Hochschullehrers mit dem Sohn des Predigers der Adventistengemeinde. Und heute? Eliteklassen, Eliteschulen, Eliteuniversitäten? Kann das jemand bezahlen? Natürlich. Jene, die sich jetzt für die Elite halten und ihren eigenen Nachwuchs dahin bringen wollen.

Wolfgang Ahrens, Ballenstedt

Ihr habt auf einem dem „RotFuchs“ beigelegten Flugblatt zur Meinungsäußerung herausgefordert. Bis auf einen Punkt stimme ich Eurer Werbeschrift zu: Spannend und unterhaltend im gebräuchlichen Sinne der Worte ist Eure Tribüne für Kommunisten und Sozialisten nicht – für mich und meinesgleichen im erweiterten Sinne der tragenden Idee schon. Um auch noch wirklich spannend und unterhaltend zu sein, bedürfte sie eines Stammplatzes fürs Feuilleton, eines Blattes mit Versen, Anekdoten, Skizzen, Kurzreportagen, evtl. Fotomontagen, anschaulicher Bilder aus dem Leben von Arbeitern, Arbeitslosen und den im Alter oder in der Krankheit von dieser humanen Gesell-

schaft auf die soziale Abfallkippe Expedierten. So gewann in der Weimarer Republik die linksrevolutionäre Presse durch die freie Mitarbeit von Erich Weinert, Ernst Busch, Wieland Herzfelde, John Heartfield an Ausstrahlung und Breitenwirkung. Der „RotFuchs“ platze aus den Nähten, wollte er das auch noch bringen, es würde ihn überfordern, sein Konzept überschreiten. Mich stört nur die Floskel, da Euer für die linke Intelligenz bedeutsames Blättchen sich ansonsten dadurch auszeichnet, daß es sich von bloßen Floskeln freihält. Ein unterhaltendes und spannendes, sei es auch kleines Feuilleton wäre Sache einer linken Massenpresse, die es nicht gibt. Das ND steht nur auf einem Bein links, und das hinkt zudem. Die „junge Welt“ ist leider keine Massenzeitung, wie es ihr gebührt.

Karl Mundstock, Berlin

Jede Ausgabe des „RotFuchs“ bringt solide, wertvolle Informationen und regt zum Nach- und Weiterdenken an. Darüber hinaus habe ich von Anfang an etwas von der Nähe, Wärme und menschlichen Zusammengehörigkeit erfahren, die in dem bewegenden Leitartikel als „politische Heimat“ beschrieben wurde. Gleich nach dem Abdruck meines Briefes im Januar-Heft erfreuten mich mehrere spontane Anrufe mir bisher unbekannter Genossen, die über viele Gemeinsamkeiten auf ähnlichen politischen Lebenswegen zu berichten wußten.

Bei aufmerksamer Durchsicht der Leserbriefseiten stellte ich fest, daß Euer Schwerpunkt bisher offensichtlich im Osten liegt. Der Westen ist unterrepräsentiert, obwohl doch hierzulande, besonders seit 1989/90, so viele „heimatlose Linke“ herumlaufen. Um selbst einen kleinen Beitrag zur weiteren Verbreitung zu leisten, habe ich 20 Kopien meines Briefes, der bei Euch unter der Überschrift „Post aus Hannover“ erschien, angefertigt und mit der Verlagsanschrift an Menschen aus meinem Freundeskreis verschickt. Die Resonanz war überwiegend positiv.

Heinz Jürgen Furian, Hannover

Da hat doch unsere sächsische Freistaatsregierung zum Internationalen Frauentag die mittelalterliche Versandhändlerin Barbara Uthmann aus Annaberg-Buchholz (1514–1575) als Retterin aus sozialer Not hoch geehrt. Sie habe durch den Verkauf von von den Bergmannsfamilien geklöppelten Borten das Elend gemindert. Aber wie meist in ihrem Tun haben unsere Regierenden auch hier wieder zu kurz gegriffen. Haben diese Leute in ihren Elite-Hochschulen keinen Geschichtsunterricht gehabt? Bereits vor mehr als 2000 Jahren gab es eine Vorkämpferin für Frauenrechte, für Ansprüche auf höchste Staats- und Regierungsämter: Nofretete! Und selbst Grit Striezel von der Chemnitz „Freien Presse“, die sich über die „Ehrung 400 Jahre alter Vorbilder“ ausläßt, findet keine jüngeren.

Wie wär's denn mit Clara Zetkin? Sie ist ebenfalls aus der Region. **Erhard Haugk, Zwickau**

Angeregt durch den eindrucksvollen Artikel von Günter Freyer über den Wanderredner der Partei fiel mir eine Episode ein, die mir einst Hermann Dunckers Freund Prof. Oskar Hinckel erzählt hat. Duncker, später Direktor der Hochschule des FDGB in Bernal, wurde einmal von einem Studenten gefragt, was Denken sei. Der Fragesteller, der sich gerade mit Problemen der marxistischen Philosophie beschäftigte, erwartete eine umfassende Erklärung. Hermann Duncker gab sie wahrscheinlich später, antwortete dem Studenten jedoch zunächst: „Denken? ... Das ist vor allem ein Nachdenken.“ Damit hat er auf eine Eigenschaft aufmerksam gemacht, die heute jedem politisch denkenden Zeitgenossen eigen sein sollte. Erst tieferes Nachdenken verhilft dem Menschen zur notwendigen Einsicht und zu einem festen Standpunkt.

Dr. Rudolf Dix, Zeuthen

Seit einigen Jahren wird über die Notwendigkeit der Existenz einer revolutionären, marxistischen

und massenwirksamen Partei gesprochen und geschrieben. (...) Es gibt noch so viele Dinge, über die wir uns im Vorfeld einig werden müssen, und das nicht nur innerhalb unseres „RotFuchs“-Fördervereins, sondern möglichst kooperativ mit allen marxistisch orientierten Kräften.

Nehmen wir die beiden Begriffe Toleranz und Prinzipienfestigkeit. Toleranz heißt, daß wir für jeden offen sind, der an einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse mitwirken möchte. Und Prinzipienfestigkeit, daß keiner in unseren Reihen Platz finden darf, der sich diesem System angepaßt hat und darin angekommen ist.

Beibehalten sollte man den Verzicht auf zugespitzte Polemik in bezug auf bestehende sozialistische und kommunistische Parteien. Die Fakten sprechen doch für sich: In den 13 Jahren seit der Okkupation und Annexion der DDR hat es keine Partei verstanden, massenwirksamen Widerstand zu organisieren. Das Gegenbeispiel war Thälmann. Unter seiner Führung errang die KPD nur 13 Jahre nach ihrer Gründung 1932 fast 6 Millionen Stimmen. Natürlich waren das andere Verhältnisse. Heute – im Zeitalter der Massenverdummungsmittel, die sich als Medien bezeichnen – gestaltet sich die Sache schwieriger. Um voranzukommen, brauchten wir eine Partei, die Kommunisten und Sozialisten vereint und bei ihrer Gründung bereits über genügend Mitglieder verfügt, um an allen wichtigen Orten ihre Ziele vertreten zu können.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Zwar höre ich schon seit Jahren von den bedauerlichen Auseinandersetzungen in der DKP, aber es macht mich besonders traurig, wenn ich im März-„RotFuchs“ aus dem Beitrag des früheren DKP-Vorsitzenden und geschätzten deutschen Kommunisten Herbert Mies erfahren muß, welche scheinbar unüberwindliche Schärfe der Konflikt angenommen hat. Dabei bedürfte es gerade jetzt einer starken und ideologisch geschlossenen kommunistischen Kraft. (...) Da ist es erfreulich, daß am 21. 2. 2004 bei uns die Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau/Plauen des RF-Fördervereins gegründet worden ist. Aus der Bildung weiterer derartiger Gruppen im gesamten BRD-Gebiet muß etwas Positives herauskommen.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Meine Generation – die der 40er – kann ich in all den Lesermeinungen leider nicht erkennen, schade, denn gerade wir sollten darauf acht geben, daß das Vergangene, was für uns das Alltägliche war, nicht irgendwann nur noch in den Geschichtsbüchern steht. Das Wort „Gemeinsamkeit“ darf nicht als Erinnerung behandelt werden. (...) Wir verarmen doch täglich mehr am Mangel von Wahrheit und Miteinander. Denen sollten wir danken, die nie den Ton in ihrer Stimme heben, die aufrecht und besonnen mit dem Nächsten über das Morgen im Sinne des Gestern reden. Viele, die zur „Wende“ – dem Alter nach – die Kampfereserve darstellten, sind doch heute die Wegbereiter der Kinder, die das Morgen meistern müssen. Gelingt es uns, unseren Kindern die Wahrheit zu erhalten, werden sie gegen Stürme ihres Lebens im Morgen schon heute gewappnet sein. Wir sollten das Vergangene nicht verklärt betrachten, sondern der jungen Generation Gelegenheit geben, unsere würdigen Nachfolger zu sein. Und bis es so weit ist, hat jeder von uns einem harten Beitrag zu leisten.

Ramona Grabow, Boitzenburger Land

Am 9. 3. veröffentlichte das Brandenburger PDS-Blatt „Zeitung“ einen Artikel des PDS-Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Warnick unter der Überschrift „Städtebauförderung auf dem Sparplan der Landesregierung“. In ihm heißt es: „Ein unumgänglicher Schwerpunkt des Stadtumbaues Ost ist deshalb auch der Abriß leerstehender Wohnungen.“

Für mich ergibt sich eine Reihe von Fragen an Hans-Jürgen Warnick, aber nicht nur an ihn: 1. Wieviel DDR-Neubauwohnungen wurden im Land Brandenburg seit 1990 abgerissen, zerstört,

vernichtet, liquidiert? 2. Welcher finanzielle und materielle Wert ist darin enthalten? 3. Wer hat diese Werte erarbeitet? 4. Wem gehörten sie? 5. Wieviel Obdachlose leben in der BRD und im Land Brandenburg? 6. Wieviel weitere Abrisse sind geplant? 7. Wieviel Neubauwohnungen wurden in Brandenburg unter Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Nutzfläche und Wald oder auf städtischen Grünflächen seit 1990 gebaut? 8. Ist es nicht skrupellos, Wohnraumvernichtung zu einem „unumgänglichen Schwerpunkt“ zu erklären? Und schließlich frage ich: Was sagen die fast 70000 Mitglieder der PDS, der auch ich angehöre, dazu? **Horst Jäkel, Potsdam**

Auch ich gehöre zu den ND-Lesern, die durch Eure Annonce auf Euch aufmerksam geworden sind und umgehend um die Zusendung von Probeexemplaren gebeten haben. (...) Ich muß unumwunden zugeben, daß mir die Lektüre wie eine warme Mahlzeit nach langer entbehrungsreicher Noternährung vorgekommen und bekommen ist. Der Höhepunkt der bisherigen, und ich muß gestehen, mich gefühlsmäßig aufwühlenden Empfindungen war die Leserversammlung bei uns in Magdeburg am 29. 1. 04, an der ich teilgenommen habe. (...) Ich wünsche mir im RF mehr Analysen und Meinungen darüber, warum das sozialistische Weltsystem, beginnend mit der DDR, in solcher brachialen Geschwindigkeit zusammengebrochen ist. Sind wir Kommunisten/Sozialisten nicht verpflichtet, die Ursachen dafür gründlich und schonungslos aufzuklären?

Diesen Vorgang nur als Konterrevolution zu klassifizieren, ist m. E. zu unkritisch. Wir machen es uns damit zu leicht. Was haben wir falsch gemacht, daß uns gerade auch viele der von uns erzogenen jungen Menschen als erste in den Rücken gefallen sind? Ich denke, um jemals einen Neuanfang gestalten zu können, müssen wir unseren Nachfahren eine saubere wissenschaftliche Aufarbeitung ohne Wenn und Aber, eben marxistisch-leninistisch, bieten. **Gerhard Heilmann, Magdeburg**

Gelegentlich hat mir ein Bekannter einen „RotFuchs“ in den Briefkasten gelegt. Jetzt erhielt ich durch Vermittlung von Genossen der DKP die Nummern 71 und 73 zugesandt. Gern möchte ich Mitglied des Fördervereins werden. (...) Der RF könnte durch seine klare Sprache und seine prinzipienfeste marxistische Grundeinstellung zur Tribüne nicht nur für Kommunisten und Sozialisten werden, sondern auch für alle Bürger, die eine andere Politik wollen.

Meine 1992 einsetzenden Befürchtungen über den Weg der PDS haben sich von Jahr zu Jahr mehr bestätigt. Im Programm der PDS vom Oktober 2003 finden sie ihren negativen Höhepunkt, der eigentlich nur noch von der Teilnahme einiger Funktionsträger an der Leichenfledderei gegenüber der DDR übertroffen wird. Das Programm der PDS kann ich im Gegensatz zu Sahara Wagenknecht nicht als „vertretbaren Kompromiß“ akzeptieren. Ich bin deshalb aus dieser Partei ausgetreten. Klipp und klar bekenne ich mich zu meinem Vaterland DDR, dem ich mit ganzer Kraft – zuletzt als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Hoyerswerda – gedient habe. Als Arbeiterkind konnte ich studieren. Man übertrug mir – dem jungen Ingenieur – hohe Verantwortung in der Braunkohleindustrie. Aus meiner Sicht war die DDR, ohne sie schönzureden, das Beste, was die deutsche Arbeiterklasse geschaffen hat. (...)

Bei der Organisation des Widerstandes gegen die Politik der Herrschenden und der Zusammenführung linker Kräfte könnte der „RotFuchs“ hilfreich sein. Er ist keine Partei, aber kollektiver Organisator allemal und für mich mit Sicherheit politische Heimat. **Horst Franzkowiak, Hoyerswerda**

Vor längerer Zeit hatte ich schon mal ein Exemplar des „RotFuchs“ in der Hand. Damals glaube ich noch an die Aufbruchstimmung in der PDS mit der Bildung des rot-roten Senats in Berlin. (...) Ich er-

wartete nach dem gescheiterten CDU/SPD-Senat einen ehrlichen Neubeginn und die Überwindung der Spaltung zwischen den kommunistischen und den sozialdemokratischen Parteimitgliedern. Dann kam der abrupte Auszug Gregor Gysis aus dem Senat mit der lendenlahmen Erklärung „So wollte ich nie werden“ – er wurde es aber. Gysi ließ die Genossen ohne weitere Klärung allein. Dieser Verrat an der eigenen Aufgabe war die Ursache für die Wahlniederlage und riß die PDS in die schwerste Krise ihrer Existenz.

Angesichts der nun schon unkenntlich gewordenen PDS-Politik besann ich mich auf das „RotFuchs“-Exemplar. Wir beide – meine Frau und ich – sind Mitglieder der PDS und freuen uns, daß mit dem „RotFuchs“ Widerstand organisiert werden kann, der bitter notwendig ist, um die geplanten Grausamkeiten gegen das Volk, insbesondere gegen die Menschen der „neuen“ Bundesländer, aufzuhalten. **Alfred Krajewski, Berlin**

Die Idee, in der Agentur für Arbeit die Arbeitssuchenden „Kunden“ zu nennen, ist genial. In der Marktwirtschaft bezeichnet man im allgemeinen als Kunden einen Käufer, der ein Geschäft betritt, um gegen Bezahlung eine Ware zu erwerben. Ein Beispiel: Im Fleischerladen kauft man gegen Geld Fleisch und Wurst für den eigenen Konsum. Die Agentur für Arbeit kehrt das Tauschverhältnis um und stellt es auf den Kopf. Hier kommen Verkäufer der Ware Arbeitskraft und bitten um deren Verwendung im Produktionsprozeß. Um bei dem Beispiel zu bleiben: Das Fleisch kommt in den Fleischerladen und ersucht konsumiert zu werden. Meist bekommt es zur Antwort: „Nein danke, unsere Tigerlein sind satt.“ Die Idee, die Arbeitslosen als „Kunden“ zu bezeichnen, ist nobelpreisverdächtig. **Dr. sc. Heinz Malorny, Berlin**

Die Losung zur Mai-Feier 1895 entdeckte ich am 7. Oktober 2003 im Herbergsmuseum (Wanderbur-schenmuseum) in Blankenburg/Harz. Sie lautet: „Enterbt, bedrückt, so wandern wir, vom Kampf ums Brot getrieben, da steht's auf leuchtendem Panier, steht unser Trost geschrieben: Vereint euch! Der Weltenmai, er macht das Volk der Arbeit frei!“ Bis 1990 war dieses Museum eine Gedenkstätte für Wilhelm Pieck. Er lebte während seiner Wanderjahre fast 12 Monate in der Herberge. **Rudolf Härtl, Strausberg**

Das Buch „Kundschafter im Westen“ ist spät, aber zur richtigen Zeit in den Verkauf gekommen. So sehr sich Frau BIRTHLER und deren Getreue auch bemühen, mit Rosenholzrauch die Köpfe zu vernebeln, es bleibt Tatsache, daß 40 Jahre Frieden in Europa auch der Tätigkeit der Kundschafter zu verdanken sind. Man sollte das Buch lesen und als Geschenkgabe verbreiten. Für die Belebung der zeitgeschichtlichen Diskussion an Gymnasien, Hochschulen oder in Klubs ist es nach den vorliegenden Erfahrungen ein interessanter Ausgangspunkt. Frau BIRTHLER wird sicher noch einige „Gedenktafeln“ enthüllen. Aber Tatsache bleibt: Die erfolgreiche Tätigkeit der Kundschafter/Militäraufklärer wäre ohne die freiwillige, zuverlässige Mitarbeit vieler Bürger der DDR und der BRD bei der Aufrechterhaltung der Verbindungslinien in Ausbildung, Führung und Betreuung nicht möglich gewesen. **Harry Schreyer, Berlin**

Die Erledigung einer persönlichen Angelegenheit führte mich dieser Tage in die Normannenstraße und damit auch zu der Tafel, mit der die DDR als Staat der Diktatur und des Terrors, das MfS als deren Vollstrecker verleumdet werden. Die persönliche Konfrontation mit dieser Tafel, die ich bisher nur aus Schilderungen kannte, hat mein Innerstes aufgewühlt und Empörung über den Inhalt, Ernüchterung über die Mitwirkung von Genossen der PDS ausgelöst. Daß sich jetzt, 14 Jahre nach dem Ende der DDR, Funktionsträger der PDS und Leitungsgremien dazu hergeben, im Verein mit der BIRTHLER-Behörde Gedenktafeln mit derart böswilligen Verleumdungen anzubringen,

ist nicht nachvollziehbar und in meinen Augen eine schändliche Handlung. (...) Die Tafel kann unter Menschen, besonders Jugendlichen, die der permanenten Meinungsmanipulation ausgesetzt sind, eine verheerende Wirkung haben. Gibt es bei den Genossen, die für die Mitwirkung an dieser Tafel Verantwortung tragen, ein Gefühl dafür, was Stammwähler der PDS bewegt, wenn sie jetzt von Funktionären und Abgeordneten der PDS als Vollstrecker des Terrors verunglimpft werden? Viele Jahre war ich Mitarbeiter des MfS. (...) Uns heute zu unterstellen, Vollstrecker des Terrors gewesen zu sein, ist eine ungeheuerliche Verleumdung. Ist das etwa der Preis dafür, daß jemand in Anspruch nehmen kann, in der BRD angekommen zu sein?

Meine Forderung lautet: Die Verantwortlichen der PDS mögen unverzüglich dafür sorgen, daß diese Tafel entfernt wird.

Johannes Schindler, Berlin

Am „RotFuchs“ Nr. 73 gefiel mir besonders die Arbeit von Prof. Werner Roß, der die gegenwärtige Situation recht gut analysiert. Aber haben wir nicht auch einen erheblichen Anteil an der „Verhau-schweinung“? Haben wir nicht immer erklärt, es ginge um die „maximale Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen“? Mit einer solchen Parole – dazu Exquisit- und Delikatläden – konnten wir die Systemausein-anderersetzung in Europa nur verlieren! Es wird in Zukunft wohl besser heißen müssen: „Optimale Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen“. Aber beim Nachdenken müssen wir uns nicht beeilen. Vielleicht kann das noch griffiger formuliert werden. Auf jeden Fall ist das Streben nach Verbesserung der Lebenssituation legal und normal. Nur müssen irgendwo moralisch-ethische Grenzen gesetzt werden. Das gegenwärtige System hat, bei Lichte besehen, keine Werte mehr (außer geheuchelten). Hierin kann die Stärke eines neuen echt sozialistischen Gesellschaftsansatzes liegen.

Dr. Ernst-Jürgen Langrock, Hoyerswerda

Wie immer ist der März-„RotFuchs“ im Inhalt hochaktuell. Er entspricht voll meinen Vorstellungen. Ich teile auch die Meinung, die an einer Stelle geäußert wird, daß das ND weiter an linker politischer Stoßrichtung verliert. (...) Auch stimme ich der Ansicht zu, daß immer mehr Funktionäre der PDS in dieser Bundesrepublik ankommen, d.h. den revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System aufgeben. Angesichts dieser Situation muß man kein Prophet sein, um vorzusagen, daß die PDS bei folgenden Wahlen neue Schläge wird hinnehmen müssen. Gerade in der sich zuspitzenden weltweiten Klassenausein-anderersetzung ist es dringend erforderlich, das geistig-schöpferische Potential auf der Basis des Marxismus-Leninismus, welches sich um Ihre Zeitschrift schart, zusammenzuhalten und zu vergrößern. Besonders beeindruckt hat mich das Interview mit Erik Neutsch, der – wie viele von uns – ungerechte Behandlung und Zurücksetzungen durch die Führung hinnehmen mußte, sich aber an seine politisch-ideologischen Positionen und Ideale gehalten hat und bis heute dazu steht.

Dr. Gerhard Steinmüller, Schulzendorf

Die westdeutschen „Arbeitnehmer“, Werktätigen, Proletarier werden noch begreifen lernen, daß hauptsächlich die Existenz der DDR ihr soziales Netz ermöglicht hat. Mit der Vernichtung der DDR begann der soziale Abstieg, natürlich zuerst für die Brüder und Schwestern in der „Zone“ und in- zwischen für alle Werktätigen der BRD. Man sollte sich keinerlei Illusionen machen: Das, was wir heute erleben, ist erst der Anfang. Der Übergang der Macht an die CDU/CSU wird diesen Prozeß in das Extrem steigern. (...)

Ihr Brüder im Geiste, die ihr euch Sozialisten und Kommunisten nennt: Man muß klar feststellen, daß es z. Z. keine gesellschaftlich relevante Kraft gibt, die diesen Unternehmer-Staat aushebeln

oder überwinden könnte. Dennoch steht seine Abschaffung auf der Tagesordnung der nächsten 50 Jahre.

Günter Battke, Jena

Wie immer habe ich auch in diesem Monat den „RotFuchs“ sehr gründlich gelesen und im Kreise von Bekannten und Verwandten ausgewertet. Stets sind zahlreiche Artikel dabei, die großes Interesse, auch bei jungen Leuten, hervorrufen. Diesmal löste besonders die Information über die „bescheidenen“ Einkommen unserer „Besten“ leb- hafter Diskussionen aus. Wir fragen uns: Wo bleibt denn angesichts dieses Griffs in die Taschen des Volkes der Aufschrei jener Leute, die sich einst über die angeblich goldenen Wasserhähne in Wandlitz erregten? (...)

Bitte macht weiter so, stellt unsere Herrschenden an den Pranger!

Wolfgang Müller, Bad Dübén

Trotz mancherlei Differenzen in Fragen wie der Einschätzung der DKP-Führung und der Debatte über das Parteiprogramm habe ich mich entschlossen, Euer Anliegen zu unterstützen. Der „RotFuchs“ ist in vielem exzellent und liefert gerade für einen jungen Menschen (ich bin 26 Jahre alt) profunde Informationen über die Geschichte speziell der kommunistischen Bewegung, national und international.

Christian Kunz, Saarbrücken

Im Januar-„RotFuchs“, den ich verspätet las, fand ich den Artikel von Dr. Wilhelm Cesarz. Hier fehlen meines Erachtens logische Beweisketten. Wieso kommen die namenlosen Besitzer von Fondsanteilen nur durch eine Manipulation auf 424,9 Mrd. Euro? Worin besteht die Manipulation? Wie hoch sind denn die Fondsanteile der 755 000 Millionäre (minus der 30 Milliarden) überhaupt, sie selbst müssen logischerweise mindestens über ein Investivolumen von 755 Mio. Euro verfügen?

Nun zu Peter Franz. Er zitiert das dritte Gebot mit den Worten: „Du sollst den Namen Gottes nicht mißbrauchen, denn Gott wird den strafen, der das tut!“ Im Konfirmandenunterricht in Mecklenburg hatte ich Ende der 50er Jahre gelernt, daß das dritte Gebot von den evangelisch-lutherischen Christen verlangte, den Feiertag zu heiligen. Das, was Peter Franz zitiert, wurde uns als zweites Gebot beigebracht. So steht es auch in der Bibel (2. Moses, 20. Kap.). Natürlich sind beides Bagatellen.

Manfred Fischer, Berlin

Mein Dank an Martin Uebelacker (letzter Beitrag auf den Leserbriefseiten im Januar-Heft) für die sehr schönen Definitionen Arbeitskraftgeber und Kapitalgeber. Ich nehme diese Begriffe ab sofort in meinen Bestand auf.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

In manchen Köpfen ist der „Kalte Krieg“ anscheinend noch nicht beendet, sondern nur in eine neue Phase eingetreten. Ostrekruten müssen für die Bewerbung zum freiwilligen Dienst in einem Fragebogen die Vergangenheit ihrer Verwandten offenlegen. (Spiegel 47/03) Und wehe, Mutter, Vater usw. waren beim MfS/AfNS bzw. bei der Militärabwehr! Und jetzt müssen Beamte, die in den Grenztruppen der DDR gedient haben, eine geringere Besoldung hinnehmen. Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig begründete sein Urteil mit der „Rechtsstaatswidrigkeit“ der Grenztruppen der DDR. Welchem Recht und welchem Staat waren die Grenztruppen der DDR verpflichtet? Ihr Staat war die völkerrechtlich anerkannte DDR mit ihrer Verfassung und ihren Gesetzen. Es ist also absurd, irgendwelche „Widrigkeiten“ zu konstruieren, denn diese hätten ja gegen die Obrigkeit gerichtet sein müssen.

Peter Oldenburg, Schwerin

Es ist ein Dilemma, was sich gegenwärtig in der politischen Szene Deutschlands abspielt. Unter dem „Reform“-Slogan „Agende 2010“ erfolgt eine rabiate Demontage des „Sozialstaates“ und der

Demokratie. Daß dabei die SPD als Regierungspartei in der Wählergunst verliert, ist doch wahrlich kein Wunder. Auch der rasante Mitgliederschwund läßt sich da leicht erklären. Muß nicht ein „gestandener“ Sozialdemokrat bitter enttäuscht und sauer sein, wenn er die derzeitige skrupellose Politik seiner Partei mit den Aussagen des noch immer gültigen Grundsatzprogramms vom 17. April 1998 (Leipziger Parteitag) vergleicht? Da heißt es z.B.: „Es ist eine historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig. Die Sozialdemokratie will Demokratie und Sozialismus, Selbstbestimmung der Menschen in Politik und Arbeitswelt. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Grundwerte des demokratischen Sozialismus.“

Aber die Spitzenfunktionäre der SPD haben offensichtlich das Grundsatzprogramm längst abgelegt, sich von jeglichen linken Traditionen und Positionen losgesagt und dem durch ihren „Bastakanzler“ vorgegebenen rechten Weg verschwo- ren. Unter den Basisgenossen aber verstärken sich Unmut und Widerspruch angesichts solcher Selbstvernichtung.

Günter Stuedten, Berlin

Die Nazis verbrannten zunächst die Bücher großer Humanisten. Die Erben der Nazis zogen es vor, gleich die sozialistische Intelligenz laut Wilhelm Liebknechts „Volksfremdwörterbuch“ zu „schätzen“, zu „würdigen“ und zu „berechnen“, eben zu evaluieren. Es handelte sich um die pauschale Abrechnung mit der Produktivkraft Wissenschaft im Dienste der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Das aber ist eine schier unendliche Aufgabe für die Bourgeoisie. Da macht sie nicht einmal vor den Naturwissenschaften halt. Ja, warum eigentlich sollte sie sich auf dem annektierten Gebiet nicht auch kolonialer und halbkolonialer Methoden bedienen?

E. Rasmus, Berlin

Herzlichen Dank für die März-Nummer des „RotFuchs“. Natürlich bin ich als Mitglied der PDS an allem interessiert, was Linke denken und tun und wie das vielfältig im „RotFuchs“ behandelt wird. Hut ab, wie couragiert Ihr die Probleme anpackt! Wichtig ist, Geschichte, Erfahrungen und Lehren aus 40 Jahren DDR unter marxistisch-leninistischer Sicht für den heutigen Kampf zu vermitteln. Der „RotFuchs“ ist dafür ein geeignetes Forum.

Herbert Woischwill, Cottbus

Dank Gleichgesinnter bin ich seit über einem Jahr ständiger Empfänger des RF. Schon oft wollte ich Euch meine Anerkennung ausdrücken. In der Zeitung finde ich lange Gesuchtes. Sie bietet neben Wissen auch so viel von dem, was wir heute dringend brauchen. Deshalb versuche ich den RF, auch bei anderen bekanntzumachen und neue Leser zu gewinnen. Das Interesse war stets groß.

Aktueller Anlaß meiner Zeilen ist heute der Artikel „Eine zentrifugale Kraft“ von Bernhard Majorow (Nr. 73). Er bot mir wie nicht nur seine Artikel viel Neues und Interessantes. An den Fakten habe ich nicht den geringsten Zweifel. Es geht mir um die Umstände und Ursachen des Wiedererstarkens des Nationalismus in den osteuropäischen Ländern. Bei aller Sachlichkeit und Exaktheit der Ausführungen könnte man jedoch zu dem Schluß kommen, daß letztlich die Kommunisten dieser Länder die „Hauptschuld“ an der eingetretenen Situation tragen. Ich bezweifle keineswegs Fehleinschätzungen und Versäumnisse, die die Entwicklungen objektiv begünstigten. Schon gar nicht maße ich mir Wertungen oder Belehrungen an. Durch meinen früheren Dienst zum Schutz der DDR habe ich allerdings auch sehr viel über Funktionieren und Wirkung solcher Sender wie Radio Freies Europa und vieler anderer Institutionen im Dienste der Konterrevolution erfahren. Das Schüren von Nationalismus in allen nur erdenklichen Sprachen nahm breiten Raum ein. Das bedarf sicher keiner Erläuterung.

Heinz Simon, Berlin



Neuer Kolonialismus

Grafik: Klaus Parche

Die „RotFuchs“-Regionalgruppe Berlin lädt Mitglieder und Interessenten zu einer Veranstaltung mit dem Verfassungsrechtler

Prof. Dr. Detlef Joseph

in die Begegnungsstätte der Volksolidarität, Torstraße 203–205, herzlich ein.

Thema: Probleme des EU-Verfassungsentwurfs
Termin: 23. April 2004, 16.30 Uhr

Am **6. April 2004** findet in **Strausberg**, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, um **18.00 Uhr**, eine Veranstaltung der dortigen Regionalgruppe mit Autoren des Werkes

Die Sicherheit

statt. An dem Gespräch beteiligen sich Generalleutnant a.D.

Dr. Wolfgang Schwanitz
Oberst a.D. **Dr. Reinhard Grimmer**
und Oberstleutnant a.D. **Dieter Skiba**

Vereinsmitglieder, RF-Leser und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Die Regionalgruppe Magdeburg

lädt für Mittwoch, den **14. April**, um **16.00 Uhr**, in die Sportgaststätte des FSV 1895, Platz der Freundschaft, Alt Fermersleben, ein.

Autoren des Buches **Kundschafter im Westen** berichten vom Kampf an der unsichtbaren Front.

Buchverkauf und Signierung. Es wird um rege Teilnahme gebeten.

IMPRESSUM

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem **1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.**

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965

Neu: E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der **20.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)

Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
E-Mail:
rotfuchs.berlin@t-online.de

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Sylvia Feldbinder,
Bernd Koletzki

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160759